

(Präsident Denzer)

- (A) Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein. Ich rufe Punkt 1 auf:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988
(Haushaltsgesetz 1988)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/2250
erste Lesung - Beratung

In Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/2112
erste Lesung

und

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1987 bis 1991

Unterrichtung durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Drucksache 10/2251

und

Finanzbericht Nordrhein-Westfalen 1988

- (B) Vorlage 10/1160

und

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1988
(Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 1988)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/2252
erste Lesung - Beratung

sowie

Erstes Gesetz zur Regelung von Rahmenbedingungen über die Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände
(1. Gemeindefinanzierungsrahmengesetz - CFRG 1987)

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/2083
erste Lesung

Meine Damen und Herren! Die Haushaltsvorlagen der Landesregierung wurden in der

Plenarsitzung am 16. September eingebracht, wobei die erste Lesung des Gesetzentwurfes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung Drucksache 10/2112 am 16. September unterbrochen wurde und heute fortgesetzt wird. Zu diesem Haushaltskomplex hinzugekommen ist die erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktion der F.D.P. - 1. Gemeindefinanzierungsrahmengesetz, Drucksache 10/2083 -, das heute von der F.D.P.-Fraktion des Hauses eingebracht wird. (C)

Ein Hinweis zum Beratungsverfahren nach den Abstimmungen im Ältestenrat: Die Beratung erfolgt in zwei Beratungsblöcken, und zwar: erster Block Haushalt, zweiter Block Gemeindefinanzierung.

Zum Haushalt werden als erste, den Vereinbarungen entsprechend, die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen zu Wort kommen. Zu Beginn der Beratung des zweiten Blocks, zur Gemeindefinanzierung, wird zunächst die Fraktion der F.D.P. ihren Gesetzentwurf Drucksache 10/2083 einbringen. Im übrigen, meine Damen und Herren, ist keine Festlegung der Redezeiten und der Rednerzahl vorgesehen.

Ich eröffne nunmehr die Beratung und rufe den ersten Beratungsblock - Stichwort Haushalt - auf. Das Wort dazu hat der Herr Abg. Schauerte von der Fraktion der CDU.

Schauerte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Vorbemerkung zur Abwesenheit des Ministerpräsidenten Rau: Die Abwesenheit ist nötig, wenn es darum geht, Arbeitsplätze für das Land Nordrhein-Westfalen zu sichern. Die Anwesenheit hier bei der ersten Lesung eines Haushalts ist ebenfalls nötig, weil hier Rechenschaft zu legen ist über das, was in der Vergangenheit geschehen ist und was für die Zukunft geplant ist. (D)

(Zuruf von der SPD)

Der Ministerpräsident wußte seit spätestens dem 08.07. dieses Jahres, also seit nunmehr zweieinhalb Monaten, daß heute die Aufsichtsratssitzung in Frankfurt mit diesem Tagesordnungspunkt stattfinden würde. Gestern wurden wir erstmals, fast beiläufig, von diesem Tatbestand informiert. Der Ministerpräsident hätte diese Kollision vermeiden können. Wir wären bereit gewesen, auch die erste Lesung zu verschieben, wenn die Aufsichtsratssitzung der Lufthansa nicht zu verschieben gewesen wäre.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Hunger (SPD))

(Schauerte (CDU))

- (A) Ich kann abschließend nur sagen: Ich wünsche dem Ministerpräsidenten im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen viel Erfolg in Frankfurt; jedenfalls mehr Erfolg, als er bei seiner Terminplanung in seiner eigenen Staatskanzlei hat.

(Beifall bei der CDU)

Wir beraten heute den Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen mit einem Volumen von 61 Milliarden DM. Das ist der zweitgrößte Haushalt der Bundesrepublik Deutschland, aber leider einer der schlechtesten. Nur noch Bremen und Saarland haben schlechtere Haushaltsdaten als das einst reiche und finanziell starke Land Nordrhein-Westfalen.

(Grätz (SPD): Schleswig-Holstein!)

- Nein, Schleswig-Holstein hat bessere Daten, Herr Grätz; gucken Sie einmal nach!

Dieser Haushalt ist nicht mehr geschönt wie der letzte Haushalt, der ja für die Bundestagswahl des Ministerpräsidenten Rau herhalten mußte. Herr Finanzminister Posser, Sie haben einen Haushalt hier vorgelegt, und Sie haben ihn begründet in einer bedrückenden Weise, in einer beängstigenden Weise, aber leider auch in einer absolut perspektivlosen Weise.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

- (B) Es ist nicht eine Erfolgsbilanz, eine Eröffnungsbilanz, mit der man nach vorne weisen kann, sondern es ist die Schlußbilanz einer gescheiterten Politik. Die CDU-Fraktion geht davon aus, daß dies Ihr letzter Haushalt ist, weil sich die Gerüchte nun wirklich verdichten, daß Sie im kommenden Jahr das Amt nicht weiter ausüben wollen. Deswegen gebietet es sich für uns, diesen Haushalt nicht nur punktuell allein zu betrachten, sondern eine Gesamtbilanz aufzustellen: Was ist denn in den zehn Haushaltsjahren, für die Sie Verantwortung tragen in diesem Land, für die der Ministerpräsident mit Ihnen Verantwortung trägt in diesem Land, tatsächlich geschehen?

Ein Haushalt allein wäre nur eine Momentaufnahme. Die Frage ist zu stellen: Wo kommt ein Haushalt her? Wo geht ein Haushalt hin? Welche Linien sind daraus abzulesen?

Die Ausgangslage 1978, Herr Finanzminister: Wir hatten ein Volumen von 48 Milliarden DM. Wir haben heute 12 Milliarden DM mehr; das sind 61 Milliarden DM. Wir hatten Schulden von 30 Milliarden DM, wir werden am Ende des von Ihnen vorgelegten Haushalts 100 Mil-

liarden DM haben; das sind 70 Milliarden DM (C) Schulden mehr. Wir hatten damals Schulden je Einwohner von 1 818 DM. Wir haben heute, wenn wir die Gesamtverschuldung zugrunde legen, eine Verschuldung pro Kopf der Einwohner des Landes Nordrhein-Westfalen von 6 000 DM. Wir mußten damals Zinsen in einer Größenordnung von 1,5 Milliarden DM zahlen, im Haushaltsjahr 1988 zahlen wir Zinsen in Höhe von 6,6 Milliarden DM. Das Personal kostete damals 17,7 Milliarden DM und machte 38 % des Haushalts aus; es kostet jetzt 24,3 Milliarden DM und macht über 40 % des Haushalts aus: eine Personalkostenquotensteigerung von mehr als 1,8 %. Die Investitionen sind von 11,5 Milliarden DM gleich 22 % des Haushalts auf 7,6 Milliarden DM gleich 12,7 % des Haushalts heruntergefahren worden.

Um das noch einmal zu verdeutlichen: Das Haushaltsvolumen nahm um 12 Milliarden DM zu; davon gingen allein 6,7 Milliarden DM für Personalkostensteigerungen und 5,1 Milliarden DM für Zinskostensteigerungen drauf. Das heißt, das gesamte Wachstum des Landeshaushalts von über 12 Milliarden DM wurde allein durch diese beiden Ausgabeblöcke absolut aufgezehrt; für eine Entwicklung nach vorne war nichts mehr drin.

Die Personalkosten stiegen, wie gesagt, um 6,7 Milliarden DM, die Investitionen gingen um 4 Milliarden DM herunter: Das ist, Herr Posser, eine tödliche Schere, die zum Ruin führt.

(Beifall bei der CDU)

(D) Diese ruinöse Politik, von der Sie selbst in Ihrer Einbringungsrede auch gesprochen haben - Sie haben nachher versucht, das etwas geradezurücken -, wird leider im neuen Haushalt ungebrochen und klar erkennbar fortgeschrieben. Die Personalkosten steigen erneut um 606 Millionen DM, d. h., sie steigen um 2,6 % und damit deutlich stärker als der Gesamthaushalt; die Zinsen steigen um 283 Millionen DM und damit um 4,5 % und damit wiederum deutlich stärker als der Gesamthaushalt, und die Investitionen gehen um 1 Milliarde DM oder 11 % zurück; damit öffnet sich die von mir beschriebene Schere erneut.

Die Gewichte sind falsch. Der Haushalt hat ein nicht länger zu ertragendes und nicht länger zu verantwortendes Übergewicht bei Personal und Zinsen.

Dieses Ergebnis, Herr Finanzminister Posser, ist niederschmetternd! Warum ist es so schlecht? Sehen Sie, Sie selbst haben diese

(Schauerte (CDU))

- (A) Frage in Ihrem berühmten Posser-Brief einmal gestellt: Warum ist die Finanzlage des Landes Nordrhein-Westfalen so schlecht? Ich erinnere an den Brief aus dem Jahre 1985. Sie beschrieben damals: 1974 hatte das Land die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller Länder. Das Land zahlte im Länderfinanzausgleich noch Geld, weil es so reich war. 1966 war das Land rund zwanzigmal weniger verschuldet als die Gemeinden des Landes. Heute aber, Ist-Stand 1984 - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten -

liegt im Flächenländervergleich das Land mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von damals knapp 4 000 DM hinter dem Saarland und Schleswig-Holstein an dritter Stelle, zählt schon seit 1981 im Länderfinanzausgleich nichts mehr, ist doppelt so hoch verschuldet wie seine Gemeinden.

Sie fuhren fort:

In den letzten Jahren ist die negative Entwicklung besonders stürmisch verlaufen. Bis 1980 lag das Land hinter Bayern in der Pro-Kopf-Verschuldung noch an zweitbesten Stelle. Seither ist es jedes Jahr um einen Platz abgesackt. 1981 hatte es auch Baden-Württemberg überholt, 1982 zusätzlich Hessen, 1983 Niedersachsen und 1984 Rheinland-Pfalz. Als nächstes wird es Schleswig-Holstein überholen.

Das ist Originalzitat von Ihnen, Herr Minister, aus dem Frühjahr 1985.

(B)

Ich habe gesagt: Wir haben heute 6 000 DM Schulden. Wir haben alle anderen Flächenländer weit hinter uns gelassen.

Sie fahren fort:

Von Ende 1977 bis 1984 hatten die übrigen Flächenländer im Durchschnitt einen Verschuldungsanstieg von 188 %, das Saarland den stärksten von 198 %. In demselben Zeitraum ist die Verschuldung von Nordrhein-Westfalen aber um nicht weniger als 408 % gestiegen.

Das war im wesentlichen die Zeit Ihrer Verantwortung als Finanzminister.

Gründe für diese Entwicklung! Herr Finanzminister, so eine Entwicklung ist keine Eintagsfliege; sie kommt nicht über Nacht. Sie ist das Ergebnis eines langen Prozesses, für den Sie alleine gar nicht einmal die Verantwortung tragen; aber in einer wichtigen Phase trugen Sie die Verantwortung schon. Der größte Teil der Fehler in der Finanzpolitik dieses Landes, die mangelnde Bereit-

schaft, rechtzeitig das Ruder herumzuwerfen, ist in den Jahren 1978, 1979, 1980 und 1981 zu sehen.

(C)

In dieser Zeit wuchsen die Schulden des Landes um fast 40 Milliarden DM. Für die Schulden, die in diesen wenigen Jahren unter Ihrer Verantwortung angehäuft wurden, zahlen wir heute pro Jahr 3 Milliarden DM Zinsen.

In dieser Zeit wurden mehr als 32 000 neue Personalstellen geschaffen. In dieser Zeit wurde die Personalquote massiv nach oben geschraubt. Tatsächlich müssen wir ja, wenn wir die Landschaftsverbände hereinrechnen, von einer Personalquote von mehr als 43 % ausgehen.

(Zustimmung bei der CDU
- Dr. Farthmann (SPD): Sie wollen doch immer mehr Leute einstellen!)

In dieser Zeit machten die Blöcke Zinsen und Personal mehr als 58 % der Einnahmen des Landes aus. In dem Zusammenhang möchte ich einmal auf einen Punkt hinweisen: Zu sagen, die Personalquote errechneten wir am Gesamthaushalt einschließlich der neuen Schulden, ist natürlich ein gefährliches Unterfangen.

(Trinius (SPD): Das ist bundesweit so vereinbart.)

Das heißt, wenn ich viele neue Schulden mache, habe ich eine niedrige Personalquote. Viel realistischer wäre es, die Personalquote endlich einmal an dem zu errechnen, was wir an eigenen Einnahmen haben. Wenn ich diese Rechnung aufmache, Herr Posser, dann finden Sie sich in Ihrem Ländervergleich mit Ihren Zahlen überhaupt nicht mehr wieder - so weit hinten sind Sie.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Damit das klar ist: Eine um einen Prozentpunkt höhere Personalkostenquote bedeutet für das Land allein 600 Millionen DM mehr Ausgaben pro Jahr.

(Schaufuß (SPD): Ihr fordert doch immer mehr Personal!)

Eine um 2 oder 2,5 % höhere Personalkostenquote kostet das Land mehr als das, was die Kohle in diesem Land kostet. - Dies, damit wir einmal die Relationen deutlich machen und damit nicht immer nur einäugig auf eine Entwicklung geschaut wird.

(Beifall bei der CDU)

(Schauerte (CDU))

- (A) Es gibt weitere Ausgabensünden, die die Sozialdemokraten beschlossen haben. Auch das kann man genüßlich in dem Posser-Brief nachlesen. Herr Posser schreibt in dem Brief, den ich schon zitiert habe, auf Seite 3:

Weitere Hauptursachen sind in sonstigen Mehrausgaben zu suchen, die wir als sozialdemokratische Regierung und Fraktion aus politischer Überzeugung in der Vergangenheit auf uns genommen haben, aber in diesem Umfang nun wohl nicht mehr aufrechterhalten können.

Herr Posser fährt fort:

In der Summe aller dieser Entwicklungen auf der Einnahme- und Ausgabeseite ergibt sich, daß wir, um im Durchschnitt der übrigen Flächenländer zu bleiben, seit Anfang der 80er Jahre Jahr für Jahr etwa 3 bis 4 Milliarden DM weniger Neuverschuldung hätten auf uns nehmen dürfen.

Deutlicher, Herr Posser, kann man die Situation nicht beschreiben.

Was waren denn die sozialdemokratischen Sonderwünsche, die es da zu finanzieren galt? Da waren die immensen Zuwendungen an die Neue Heimat, die jetzt mit dem Kauf der Wohnungen der Neuen Heimat ein trauriges, unrühmliches und von der CDU so nicht zu akzeptierendes zusätzliches Kostenpaket ausmachen sollen.

- (B) (Schleußer (SPD): So ein Unsinn, Herr Schauerte! Das sagen Sie wider besseres Wissen!)

Da waren die Kosten der LEG. Da waren die Kosten des Klinikums. Da sind die Kosten des Schnellen Brüters, den Herr Farthmann großzügig - wie man im "Spiegel" lesen kann - genehmigt und dann, als er aus der Verantwortung heraus war, als "Höllengeheißer" bezeichnet hat. Da waren die Kosten der Gesamtschule.

All diese Dinge sind sozialdemokratische Sonderwünsche gewesen, die die Ursache für die miserable, für die unerträgliche Kopflastigkeit des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen abgeben.

Herr Minister Posser, Sie sind in den vergangenen Jahren gewarnt worden. Ich will einmal eine ganz seriöse Quelle nennen: Die Industrie- und Handelskammern dieses Landes haben 1984 ein umfangreiches Gutachten vorgelegt, in dem sie ihre eigene Finanzplanung auf der Basis 1984 hochgerechnet haben. Sie haben Ihnen gesagt: Das funk-

tioniert hinten und vorne nicht, und wir prophezeien, Herr Posser, Sie haben 1988 100 Milliarden DM Schulden. (C)

Die haben wir 1988! Die Industrie- und Handelskammern sind bitter bestätigt worden durch die mangelnde Entschlossenheit der Landesregierung, diese Zahlen und Fakten wirklich ernsthaft in den Griff zu bekommen und das Ruder herumzuwerfen.

Theo Schwefer hat schon 1973 angefangen, Sie zu warnen. Ich denke an die Parlamentsinitiativen, die Jahr für Jahr versucht wurden, um eine Kurskorrektur herbeizuführen. Es wurde nicht akzeptiert. Wie hat Herr Ministerpräsident Rau so schön in seiner Rede vor der Landtagsfraktion gesagt: "Die Verantwortung in diesem Lande tragen wir Sozialdemokraten alleine." Und in der Politik müsse das Verursacherprinzip wieder wirksam werden, dafür sei er.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Ich kann das nur bestätigen. Die Verantwortung für diese Entwicklung trägt die Sozialdemokratische Partei im Lande Nordrhein-Westfalen zuallererst. Und Sie, Herr Finanzminister Posser, haben nicht genug Widerstand leisten können, dürfen oder wollen. Ich weiß nicht, was der eigentliche Grund war.

Bei der Einnahmenseite sind Sozialdemokraten immer sehr schnell dabei. Das ist ja eine Seite, die Sozialdemokraten bevorzugen.

(Paus (CDU): Die beherrschen sie auch!)

Im Zweifel bevorzugen sie sie immer in der Richtung: Es müssen mehr Steuern aus der Region, aus den Bürgern, aus den Unternehmen herausgeholt werden, damit die politischen Wünsche auch alle erfüllt werden. (D)

Damit das ganz klar ist: Als die Bundesregierung in Bonn anfang, lag die Staatsquote bei 50 %. Wir haben dem Wähler versprochen, die Staatsquote deutlich herabzusetzen. Davon lassen wir uns auch durch Ihre Polemiken gegen eine vernünftige, sozial ausgewogene und sachlich gebotene Steuerpolitik nicht abhalten.

(Beifall bei der CDU)

Niedrige Steuersätze liegen im Interesse aller Bürger und der Wirtschaft. Alle Sachverständigen, Herr Finanzminister, sagen, daß gerade die Auswirkungen der Steuerreform der wichtigste Beitrag zur Stärkung der

(Schauerte (CDU))

- (A) Binnennachfrage und zur Stabilisierung der Konjunktur sind.

(Schleußer (SPD): Auch das stimmt nicht!)

Sie wollen exakt diese Steuersenkungen unmöglich machen. Das sind nämlich dieselben Sachverständigen, zum großen Teil dieselben, Herr Schleußer, die auch seinerzeit Ihre Bundesregierung unter Helmut Schmidt beraten haben. Als die Bundesregierung Helmut Schmidt denen nicht mehr folgen wollte, ging es in der Bundesrepublik Deutschland so steil bergab, daß Sie selbst Ihren Kanzler anschließend im Stich lassen mußten.

Ich kann also nur noch einmal sagen: Wir werden an der Steuerreform festhalten. Ich will einmal ein Beispiel anführen - Herr Posser, Sie selbst haben ein Viertel Ihrer Rede mit der Steuerreform zugebracht; deswegen ist das hier sicherlich erlaubt -: Die CDU erhöht die Kinderfreibeträge von 432 DM pro Jahr und Kind auf 2 484 DM pro Jahr und Kind; das ist eine Anhebung um das Fünffache. Dagegen polemisieren Sozialdemokraten.

Ich will Ihnen einmal ein praktisches Beispiel nennen: Eltern müssen für ihr Kind einen Mantel zum Preis von 100 DM anschaffen.

- (B) Falls sie die Kosten vom zu versteuernden Einkommen zu begleichen haben, ergibt sich folgende Rechnung: Bei einem Steuersatz von 22 % müßte ein Ehepaar 128 DM einnehmen, um aus dem zu versteuernden Geld 100 DM übrig zu haben, mit dem es den Mantel bezahlen könnte. Bei einem Steuersatz von 56 % wäre zur Begleichung der 100 DM für den Kindermantel sogar ein Verdienst von 227 DM erforderlich. Ohne eine steuerliche Berücksichtigung von Unterhaltslasten für Kinder würde also zu den 100 DM für den Kindermantel noch eine steuerliche Zusatzbelastung von 28 DM bei der niedrigen Progressionsstufe und von 127 DM bei der hohen Progression hinzukommen. Im Ergebnis werden damit Aufwendungen für Kinder besteuert. Das kann nicht im Sinne einer vernünftigen Familienpolitik sein.

(Beifall bei der CDU)

Den gleichen Effekt, den ich Ihnen hier an dem Kindermantel vorgeführt habe, haben wir bei den Absetzungen für die Kilometerpauschale. Hier hat der, der einen höheren Verdienst hat, auch einen größeren Vorteil bei der Absetzung. Diesen Effekt haben wir auch beim häuslichen Arbeitszimmer, bei Spesen und bei der Berufskleidung. Überall

(C) soll das gelten, nur bei Kindern, die wir politisch in besonderer Weise wollen und unterstützen wollen, da soll das nicht gelten.

(Beifall bei der CDU - Schleußer (SPD): Das ist wirklich das Allerletzte)

- Wissen Sie, die Sozialdemokraten kommen mir in dieser Debatte ein wenig heuchlerisch vor.

(Dorn (F.D.P.): Was sind denn Kinder, die wir politisch wollen?)

- Ich denke, Herr Dorn, wenn Sie sich den Bericht über die Bevölkerungsentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen ansehen, dann sollten Sie auch bei dieser Frage noch etwas nachdenklicher werden.

(Dorn (F.D.P.): Trotzdem ist es Unsinn, es so zu sagen!)

Ich will noch eine Bemerkung zu dem Verhalten der Sozialdemokraten bei der Steuerreformdiskussion machen. Die SPD-Abgeordneten dieses Hauses und die Funktionäre polemisieren landauf, landab gegen die Steuerreform. Sie haben aber persönlich ihren Steuerberater durch ihre Ehefrau schon fragen lassen, was ihnen denn persönlich die Steuerreform bringt. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wenn Sie das so ehrlich meinen, dann spenden Sie doch das, was Ihnen die Steuerreform an Vorteilen einbringt, gemeinnützigen Einrichtungen. Wenn Sie meinen, Sie brauchen das alles nicht, dann wäre das ein ehrlicher Beitrag.

(D)

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Stattdessen produzieren Sie öffentlich Enttäuschung, und privat haben Sie durch Ihre Ehefrau bereits eine Woche länger Urlaub buchen lassen; das ist die Situation.

(Dr. Farthmann (SPD): Dummes Zeug! - Weitere Zurufe von der SPD)

Das erinnert mich fatal an bestimmte Verhaltensweisen bei anderen Fragen hier im Hause.

Ich will aber ein weiteres Beispiel nennen. Ein Verheirateter mit drei Kindern, der ein Jahresbruttoeinkommen von 24 000 DM hat - man stelle sich einmal vor: 24 000 DM, so wenig! -, muß nach Ihren alten Steuersätzen jetzt pro Jahr 1 426 DM Steuern zahlen. Nach der Durchführung der Steuerreform zahlt dieser Mann keine Steuern mehr. Und das sind 500 000 Menschen in diesem Lande.

(Beifall bei der CDU)

(Schauerte (CDU))

- (A) Ein Arbeitnehmer mit drei Kindern und 36 000 DM Bruttoeinkommen mußte nach den alten Steuersätzen 3 516 DM Steuern pro Jahr zahlen und er muß in Zukunft nur noch 1 948 DM bezahlen. Damit hat er eine Gesamtentlastung von 1 568 DM. Er hat eine Entlastung von 44 % seiner bisherigen Steuer-schuld. Ich bin sehr gespannt, wie Sie auf Dauer Ihre Kampagne durchhalten wollen, wenn Sie den Arbeitnehmern diese Steuervorteile wieder nehmen wollen.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Nun zu den Steuereinnahmen des Landes, das ja von dieser Steuerreform ach so böse ge-beutelt wird! Wenn man die Sozialdemokraten im Lande, wenn man Herrn Posser hört, müßte man eigentlich zu dem Ergebnis kommen, daß ab 1982 die Entwicklung der Steuer-einnahmen in Ländern und Gemeinden immerzu nach unten tendiert hat und eine bösartige Bundesregierung sich selbst bereichert hat, indem sie für sich selbst Vorteile herausgeholt und alle anderen belastet hat. Tatsache ist - und da sollten Sie sehr vorsichtig sein -: Der einzige Fall, wo dieses Land in einem Jahr weniger Steuereinnahmen hatte als im vorausgegangenen Jahr, war während der glorreichen Zeit von Helmut Schmidt, nämlich im Jahre 1981. Da hatten wir 309 Millionen DM Steuereinnahmen weniger.

- (B) Ab 1982 hatten wir jedes Jahr nennenswerte Steuerzuwächse in einer Größenordnung zwischen 3 und 6 %, und das wird auch für die Zukunft so gelten. Herr Finanzminister, Sie haben ja jetzt in einem Leserbrief der "Wirtschaftswoche" den Eindruck etwas korrigiert, der von Ihnen immer erweckt worden ist. Wir werden auch 1987 mehr Steuern einnehmen. Man muß ja berücksichtigen, das Sie die 86er Zahlen wegen der Flick-Sonderentwicklung so unglaublich hoch gerechnet haben. Bei einer Betrachtung der Ist-Zahlen von 1987 und 1988 - Steuerschätzung Mai 1987 - kann man tatsächlich sagen, daß das Land Nordrhein-Westfalen 1988 1,9 Milliarden DM mehr Steuern einnehmen wird, als für 1987 zu erwarten sind. Das ist eine kräftige Steuerzuwachsrate, mit der ein Finanzminister auskommen muß. 1989 werden es 1,9 Milliarden DM sein, 1990 2,2 Milliarden DM und 1991 2,25 Milliarden DM.

Ich kann nur noch einmal nachdrücklich betonen: Zuwachsraten in einer Größenordnung von 3, 4 oder 5 % müssen für die Zukunft für alle Ebenen ausreichen, wenn wir die Bürger entlasten wollen.

(Beifall bei der CDU)

(C) Mit der CDU ist eine Steuersteigerungspolitik nicht zu machen. Wir befinden uns im internationalen Wettbewerb, wir müssen die sozial Schwachen entlasten. Wir dürfen nicht wieder in eine Situation kommen, daß 50 % und mehr dessen, was ein Bürger erarbeitet, an die Gemeinschaft abgegeben wird. Das ist leistungsfeindlich, und das nimmt jede Freude an der Arbeit. Dadurch würde auch das Wachstum im Lande Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik zurückbleiben.

Ohne Steuersenkung 1990 wäre das, was das Land 1990 und 1991 an Steuermehreinnahmen erwarten könnte, ein Plus von 4,6 Milliarden DM, das heißt mehr als 9 % Zuwachs auf das vorangegangene Jahr. Herr Posser, ich kann ja verstehen, daß Sie das gern hätten; aber ich habe einfach die Sorge: Wenn Sie das hätten, würde das auch wieder - wie in der Vergangenheit, als wir 10prozentige Steuerzuwächse hatten - nicht zur Konsolidierung verwandt, sondern leider als nächste Möglichkeit zu neuen Ausgaben, zur Erfüllung neuer politischer Wünsche bestimmter Interessengruppen verwandt. Eine solche Politik wird die CDU nicht tragen!

(Beifall bei der CDU)

(D) Lassen Sie mich in dem Zusammenhang auch noch ein Wort zu den Gemeinden sagen; dazu wird ja nachher noch zu sprechen sein. Auch bei den Gemeinden gilt: Nur 1981 hatten die Gemeinden bei den Steuereinnahmen ein Minus von 2,9 %; 1982 hatten sie plus 4 %, 1983 hatten sie plus 7 %, 1984 hatten sie plus 6 %, 1985 hatten sie plus 5 %, 1986 hatten sie plus 6,2 %. Herr Finanzminister Posser, wenn das, was an Steuermehreinnahmen beim Land und bei den Gemeinden aufgrund der wiederbelebten wirtschaftlichen Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffen ist, den Gemeinden gelassen worden wäre, hätten wir heute reiche Gemeinden, die volle Töpfe zum Investieren hätten, die volle Töpfe zur Modernisierung des Landes hätten. Daß die Gemeinden praktisch stehengeblieben sind, ist ausschließlich auf das zurückzuführen, was diese Landesregierung getan hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Damit wir uns richtig verstehen: Ich fordere hier nicht, den Gemeinden die 15 Milliarden DM, die ihnen im Grunde das Land genommen hat, heute wiederzugeben; aber ich möchte einmal mit der Unehrllichkeit aufräumen, die immer wieder stattfindet. Hier ist die Verantwortung in der miserablen Haushaltslage des Landes zu sehen,

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

(Schauerte (CDU))

- (A) und Schuldzuweisungen in Richtung Bonn werden wir in dieser Frage nicht mehr akzeptieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum nächsten Punkt, zum Länderfinanzausgleich. Nordrhein-Westfalen hat in der Tat Ansprüche an den Länderfinanzausgleich. Ich kann nur noch einmal sagen: Das ist traurig, aber wahr! Denn es ist kein Zeichen von guten Ergebnissen, wenn man Geld aus dem Länderfinanzausgleich bekommt, sondern das ist ein Zeichen von nachlassender Wirtschafts-, Steuer- und Finanzkraft; es ist ein Zeichen vom Nachhinken gegenüber der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Da sollte sich die Landesregierung zunächst einmal sehr, sehr vorwurfsvoll an die eigene Brust schlagen.

Seit 1978 zahlen wir praktisch nichts mehr. Die Zahlen des Länderfinanzausgleichs, Herr Posser, sollten Sie auch nicht beschönigen. Das Land hat 11,4 Milliarden DM in all den Jahren seit Kriegsende gezahlt. Hamburg, das kleine Hamburg, hat 14 Milliarden DM gezahlt! Das Land Baden-Württemberg hat mittlerweile 24 Milliarden DM in den Länderfinanzausgleich gezahlt und muß 1988 erheblich mehr, nämlich 2,3 Milliarden DM, in den Länderfinanzausgleich zahlen, als wir als Kohlesonderlast zu tragen haben. Das muß man doch auch einmal in der Relation sehen! Das ist auch vorbei. Die eigentliche Verschuldungspolitik dieses Landes, Herr Finanzminister, ging ja los, als wir in den Länderfinanzausgleich nicht mehr zahlten. Die letzten Jahre im Länderfinanzausgleich waren Größenordnungen von 200, 300, 400, 500 Millionen DM; das waren ja keine Milliardenbeträge, wie Sie es hier immer leicht als Eindruck erwecken wollen.

Wir reden mit Ihnen über den Länderfinanzausgleich. Wir haben das in der Vergangenheit gesagt, und wir sagen das in der Zukunft. Wir werden ohne Wenn und Aber darauf achten, daß das Land nach Recht und Gesetz das bekommt, was ihm zusteht, ohne Wenn und Aber -

(Beifall bei der CDU)

auf realistischer Basis. Ich biete dafür ausdrücklich noch einmal die Zusammenarbeit der CDU-Landtagsfraktion, aber auch der Landespartei unter Norbert Blüm an.

(Beifall bei der CDU)

In dieser Frage brauchen wir eine realistische Grundlage, und dann sind wir mit dabei, Mehrheiten dafür zu gewinnen, daß wir ordentlich bedient werden.

Wir rechnen für das neue Jahr mit Beträgen von deutlich mehr als 500 Millionen DM. Ich hätte gern irgendwann einmal eine Aufklärung, warum Sie 1988 weniger erwarten, als Sie 1987 im Haushalt hatten. Über diesen Punkt müßten wir vielleicht noch einmal miteinander reden. Möglicherweise haben Sie den ja anderswo versteckt oder untergebracht; aber darüber sollten wir einmal sprechen.

Ich komme zu den Kohlelasten. Da warne ich zunächst - wie wir das immer getan haben - vor einer Legende, vor einer Kohlelastlegende, die die eigentliche Ursache für die Verschuldungspolitik dieses Landes zeigt. Herr Finanzminister, das paßt nicht. Ich sage das jetzt mit Bedacht: Wer das so formuliert und diesen Eindruck erweckt, handelt nicht redlich.

In Ihrer Amtszeit - und wir reden ja noch über Ihre Bilanz - haben wir, wenn ich richtig gerechnet habe, 9,2 Milliarden DM einschließlich 1988 für die Kohle ausgegeben. Sie, Herr Finanzminister, haben im selben Zeitraum 44,7 Milliarden DM für Zinsen ausgegeben, und Sie haben im selben Zeitraum 71,5 Milliarden DM neue Schulden gemacht. Ich will die Zahl von 9 Milliarden DM, die wir für die Kohle ausgegeben haben, nicht geringachten; sie machen aber nur 12 % dessen aus, was wir in derselben Zeit an neuen Schulden gemacht haben. Fangen Sie bei der Ursachenforschung bitte einmal bei den 88 % selbstgemachter Schulden an; dann kommen wir weiter!

(Beifall bei der CDU)

Wir haben bereits, als Sie noch der Meinung waren, die Kohlelast lasse sich über den Länderfinanzausgleich regeln, deutlich erklärt: Das ist ein gesamtenergiepolitisches Konzept; das ist keine Sache für Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen, sondern das ist eine Angelegenheit, die auch bilateral verhandelt werden muß. Sie haben jetzt diesen Weg für richtig erkannt und beschritten.

(Minister Dr. Posser: Wir haben beides gemacht!)

- Nein, nein. Wir haben Sie vor dem Irrweg des anderen gewarnt.

Wir sind mit der Landesgruppe der nordrhein-westfälischen CDU zusammengewesen. Ich denke, das war ein sachliches und faires Gespräch. Wir warten dazu noch auf einige Erklärungen von Ihnen.

(Schauerte (CDU))

- (A) Wir sind dabei, mit Norbert Blüm auch auf diesem Feld darauf zu achten, daß dem Land wirklich geholfen wird. Ich muß aber noch einmal warnen: In dieser Situation den Eindruck zu erwecken, das Land wolle völlig aus der Kohleförderung heraus, wird die Zustimmungsbereitschaft in Bundesrat und Bundestag zur gewollten Aufrechterhaltung der Leistungen bei der und für die Kohle ausgesprochen erschweren.

(Minister Dr. Posser: Das wollen wir doch gar nicht!)

Ich warne vor dieser Gefahr und darf deswegen noch einmal darum bitten, nur mit realistischen Vorstellungen in diese Verhandlungsrunde zu gehen.

Denken Sie daran: Hände, die helfen sollen, schlägt man nicht. Das gilt in der privaten Sphäre ebenso wie in der Politik. Wenn uns der neue CDU-Landesvorsitzende Norbert Blüm, der ja offensichtlich die Landesregierung in erhebliche Unruhe versetzt hat,

(Zustimmung bei der CDU - Widerspruch und Zurufe bei der SPD)

hier nun hilft - lesen Sie nur die "Süddeutsche Zeitung", oder lesen Sie den "Spiegel"; der sagt Ihnen schon, was Sache ist; denn es handelt sich ja um eine Zeitschrift, die nicht in Verdacht steht - das sieht man ja jetzt bei Barschel - der CDU helfen zu wollen - -

(B)

(Zurufe von der SPD)

- Da sagt sie Ihnen ja einmal etwas, da schreibt sie Ihnen einmal etwas darüber ins Stammbuch, was dieses Kabinett "für ein sauberer Haufen ist".

(Erneute Zurufe von der SPD)

Noch einmal zurück: Wenn Norbert Blüm, der zum Beispiel als Minister über einen Einzeletat verfügt, der größer ist als Ihr Landesetat, Herr Finanzminister Posser -, wenn also dieser Norbert Blüm zu einem gemeinsamen Gespräch aller Fraktions- und Parteivorsitzenden in Nordrhein-Westfalen einlädt und Herr Rau sich dann ziert und sagt, sein Gesprächspartner sei der Bundeskanzler, und er habe hier eine protokollarische Frage, dann kann ich nur betonen: Das ist ein schlimmes Beispiel dafür, wie wir die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen nicht transportieren dürfen!

(Zustimmung bei der CDU)

Wir haben kein Verständnis für Herrn Rau, wenn er wegen geradezu peinlicher Rangordnungsprobleme solche Gesprächseinladungen ausschlägt. Bäumer redet vom Staatsnotstand, und Rau hat Protokollprobleme - das also ist die Bandbreite der Sozialdemokratischen Partei!

(C)

(Beifall bei der CDU - Widerspruch und Zurufe von der SPD)

Hier im Landtag wird die Mithilfe der CDU-Fraktion und der Partei gefordert, und gleichzeitig schlagen Sie von der SPD eine notwendige Gesprächsrunde aus, nur weil sie von Norbert Blüm angeregt wurde! Wollen wir denn hier mit unterschiedlicher Rollenverteilung spielen, oder wollen wir uns an der Sache orientieren, an dem, was die Menschen in unserem Lande brauchen?

(Erneut Beifall bei der CDU)

Die "Süddeutsche Zeitung" vom 14. Juli hat wohl schon recht, wenn sie schreibt: "Blüm bringt Rau in Verlegenheit".

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

Sozialdemokraten denken bei Einnahmen immer an die Steuern, und zwar an Steuererhöhungen; ich habe darauf bereits hingewiesen. - Das ist zu kurz gedacht, Herr Finanzminister. Basis für die Steuern ist eigentlich wirtschaftliches Handeln. Steuern, Steuereinnahmen sind das Ende zahlloser wirtschaftlicher Prozesse in einer Volkswirtschaft. Die herausragende Sonderlast dieses Landes ist in der Tat das zu geringe wirtschaftliche Wachstum; denn darin liegt das Defizit begründet, das ist der Grund für die Einnahmeschwäche, die es uns zur Zeit so schwer macht, mit der Konsolidierung voranzukommen, bei der Konsolidierung wirklich einmal "Boden unter die Füße zu kriegen". Sie, Herr Finanzminister, haben in Ihrer Rede zu diesem Teil nichts gesagt; leider haben Sie dazu absolut geschwiegen. Ist das ein stilles Eingeständnis, daß hierin eines unserer Hauptprobleme liegt?

(D)

(Widerspruch des Ministers Dr. Posser)

Die Wachstumslücke, die dieses Land drückt, ist die eigentliche Sonderlast in unserer Zeit, und darin liegen die eigentlichen Ursachen der Misere.

Ich komme noch einmal zurück auf den Bericht der Landeszentralbank, die ja Herr Wertz leitet, der ehemalige Finanzminister dieses Landes - SPD! - Von 1982 bis 1986 ist nach Aussagen der Landeszentralbank das

(Schauerte (CDU))

- (A) Bruttosozialprodukt in Nordrhein-Westfalen um 7 % gestiegen, in den übrigen Ländern der Bundesrepublik hingegen um 11 %. Das sind - von 1982 bis 1986 - vier fehlende Prozentpunkte beim Bruttosozialprodukt. Ein Prozent fehlendes Bruttosozialprodukt bedeutet für Sie, Herr Finanzminister, in Einnahmen umgerechnet, 500 Millionen DM für den Landeshaushalt. Wenn ich diese Zahlen auf 1988 hochrechne - denn die Wachstumsücke ist ja noch größer geworden -, macht unsere Wachstumsücke von 1982 bis 1988 mehr als 6 % aus.

Das bedeutet: Weil Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik, für die Sozialdemokraten nun über zwanzig Jahre Verantwortung in diesem Lande tragen, so erfolglos war, nimmt der Finanzminister 1988 3 Milliarden DM Steuern weniger ein.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

Dieses Bild wird auch nicht besser, wenn wir Kohle und Stahl herausnehmen - denn das ist ja die Ausrede, die dann sofort kommt.

(Schleußer (SPD): Wieso denn Ausrede?!)

- Weil sie nicht richtig ist und in die Irre führt! - Ich verweise noch einmal auf die Zahlen der Landeszentralbank. So ist zum Beispiel im Jahre 1986 das Bauhauptgewerbe in unserem Lande um 4 % geschrumpft, im übrigen Bundesgebiet jedoch um 3,5 % gestiegen. Die Verbrauchsgüterfertigung ist um 1,2 % gewachsen; im Durchschnitt stieg sie doppelt so stark. Im verarbeitenden Gewerbe haben wir einen Zuwachs von 1,3 %; im Durchschnitt der Länder beträgt dieser Satz 2,7 %. Ohne den Montanbereich macht der Satz nur noch 1,6 % aus, während sich der Durchschnitt der Länder auf 2,7 % beläuft.

Woran liegt das? Ich habe es gerade gesagt: nur zum Teil und sehr eingeschränkt am Montanbereich und an der alten Industrieregion. Letztlich liegt dies daran, daß wir in den vergangenen Jahren - ich meine das sehr ernst - zuviel für die Vergangenheitsbewältigung und zu wenig für die Zukunftsgestaltung getan haben.

Nordrhein-Westfalen hat bei der Wirtschaft keinen guten Ruf. Was ist zu tun? Nötig ist eine Änderung im Denken und im Handeln. Nötig ist eine Umstellung, ist eine Neubesinnung. Was fehlt, was unverzichtbar ist und dringend gebraucht wird, ist eine neue, erfolgreiche Wirtschaftspolitik für Nordrhein-Westfalen, ist eine Politik, die eine Aufbruchstimmung schafft, die ein Klima erzeugt, in dem Investitionen gedeihen,

Innovationen wachsen und Leistung Freude macht, weil sie sich wieder lohnt. Da müssen Bremsklötze weggezogen werden, da müssen Bürokratien zu Dienstleistungszentren werden, da muß ein Wirtschaftsminister her, der sich im Kabinett durchsetzen kann und den die Wirtschaft ernst nimmt, (C)

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU - Pohlmann (SPD): Vor allem muß die CDU mit der Schwarzmalerei aufhören!)

nicht einer, der nun seit längerer Zeit vergeblich darauf wartet, daß der vorhin zitierte Herr Wertz ihm als Präsident der Landeszentralbank Platz macht.

Er wird noch lange auf diese Position warten müssen; denn Herr Wertz ist über die Sozialdemokraten verstimmt und hat sich entschieden, seine Zusage nicht zu halten, sondern etwas länger im Amt zu bleiben.

(Dr. Farthmann (SPD): Räuberpistolen!)

Da muß ein Kabinett her, in dem Fachwissen gefragt und Ideologie verpönt ist. Aber versuchen Sie das einmal bei einem Herrn Minister Zöpel, dem Mann, der 1980 gegen den Widerstand der CDU ein großes Ministerium zugewiesen bekam, um es bis heute zur Unkenntlichkeit schrumpfen zu lassen!

(Zustimmung bei der CDU)

Ist es denn gerechtfertigt, daß seine Unbeliebtheit im Kabinett und in Ihrer Fraktion die Bauarbeiter mit Arbeitsplatzverlusten bezahlen müssen, indem seinem Haushalt über eine Milliarde DM an Investitionsmitteln gestrichen werden? Machen Sie das draußen einmal einem Arbeitnehmer klar! Der Ministerpräsident sollte einen solchen Mann aus dem Verkehr ziehen. (D)

(Dr. Farthmann (SPD): Man kann nur sparen oder ausgeben wollen, aber nicht beides zugleich! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Herr Farthmann, wollen Sie damit sagen, daß Sie Herrn Zöpel nur deswegen halten, weil es sonst zu teuer wäre? Das muß man doch daraus folgern.

(Wendzinski (SPD): Sie verdrehen die Worte! - Weitere Zurufe von der SPD)

Ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten einmal den "Spiegel" von dieser Woche,

(Zurufe von der SPD)

(Schauerte (CDU))

(A) Seite 90:

Lädiert präsentiert sich die Regierung Rau ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da es im Revier kriselt wie lange nicht mehr. Im Kohlenpott stehen Massenentlassungen bevor. Das Land ist praktisch pleite. Finanzminister Diether Posser schiebt fast 100 Milliarden Schulden vor sich her. Über dem Land liegt, sagt VEBA-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder, der Geruch der Niederlage, und selbst Genossen fahren schwere Geschütze auf. Die Düsseldorfer Landesregierung - kritisiert ein SPD-Oberstadtdirektor - sei die schlechteste in der ganzen Republik.

(Beifall bei der CDU)

Das haben nicht wir gesagt, sondern das haben Zeitungen geschrieben, die Ihnen ausgesprochen nahestehen,

(Lachen und Zurufe von der SPD)

und tüchtige Kommunalpolitiker. - Ich weiß ja, daß das weh tut.

Das Batelle-Institut in Frankfurt hat den Auftrag bekommen, doch einmal eine "Prognose 2000 NRW" zu erstellen. Darin müssen, wenn ich dem "Spiegel" glauben darf, fürchterliche Bemerkungen über die Landesregierung stehen. Danach soll das Institut erklärt haben, die meisten Ministerien - -

(B) (Dr. Farthmann (SPD): Glauben Sie lieber, was der "Spiegel" über Barschel schreibt! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Herr Farthmann, Sie sind ja der einzige, der in dieser Studie gelobt wird. Wissen Sie, warum? Weil Sie so schnell Ihre Meinung ändern können.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Das ist das einzige Lob, das dort ausgesprochen worden ist. Ich kann es vorlesen. Das Frankfurter Batelle-Institut, ein ja ausgesprochen renommiertes Haus, sagt:

Wir sehen kein Land. Die meisten Ministerien, Raus Staatskanzlei vorweg - so das Fazit eines Symposiums - würden miserabel gemanagt. Sie seien schlechter - so ein Teilnehmer - als manche Klitsche.

Uns von der Opposition würde dieses Gutachten wirklich sehr interessieren.

Wenn das, was im "Spiegel" steht, nicht im Gutachten steht, können Sie uns zitieren;

dann werden wir das hier zurücknehmen. Aber wir möchten gern wissen, was in diesem Gutachten tatsächlich über die Effizienz dieser Landesregierung steht.

Ich will auch noch das Zitat über Herrn Farthmann bringen:

Als starker Mann an der Basis fühlt sich dagegen Fraktionschef Farthmann, ein Meister schneller Kehrtwendungen. In seiner Amtszeit als Arbeitsminister hat er mit elf zum Teil großzügigen Teilerrichtungsgenehmigungen den Bau des Schnellen Brütters ermöglicht. Kaum hatte er sein Amt niedergelegt, warnte er vor dem Höllenfeuer von Kalkar. Vor der Bundestagswahl im Januar erklärte er Vertrauten, es sei vermutlich falsch, daß sich die SPD von den Grünen abgrenze. Drei Monate später verblüffte er den SPD-Bundesvorstand mit dem Bekenntnis, die Partei müsse die Option zur Zusammenarbeit mit der CDU wieder öffnen, sonst binde sie sich hoffnungslos an die Grünen.

Das nenne ich Schnelligkeit, Herr Farthmann!

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Schauerte, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Weiss?

(Schauerte (CDU): Ja, ausnahmsweise.)

Weiss*) (CDU): Herr Kollege Schauerte, können Sie sich eigentlich erklären, woher der "Spiegel" an diese Informationen kommt, wenn wir Sie noch nicht haben?

(Zuruf von der SPD: Aus Kiel! - Weitere Zurufe - Allgemeine Heiterkeit)

Schauerte (CDU): Herr Weiss, der "Spiegel" - -

(Fortgesetzte Zurufe)

Ich kann dazu nur eins sagen. Wenn einer - -

(Anhaltende Zurufe)

Es könnte natürlich auch wieder ein Pfeiffer dabeigewesen sein. Aber das will ich nicht behaupten. Nur: Wenn eine Zeitung in einer Sache - wie bei Barschel - unrecht hat, muß sie deswegen nicht in allen anderen Sachen unrecht haben.

(Zuruf von der SPD: Oder umgekehrt! Weitere Zurufe von SPD)

Das sollten wir einmal sehr deutlich festhalten. Sonst dürften wir Ihnen schon gar

(C)

(D)

(Schauerte (CDU))

- (A) nichts mehr glauben; denn Sie alle hatten schon einmal unrecht.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Aber unabhängig von einer neuen Politik in der Wirtschaft dieses Landes, die ein weiteres Abgleiten Nordrhein-Westfalens verhindern soll und stoppen muß - wir haben in dieser Frage keine Zeit zu verlieren -, müssen auch Finanzmittel für diesen Prozeß der Erneuerung bereitgestellt werden. Der Landeshaushalt gibt dafür heute nichts mehr her. Es sind noch geringe Umschichtungen möglich, die aber nicht reichen würden, um wirklich eine Kehrtwendung zu vollziehen. Es geht nicht anders: Wir müssen, wie in schweren Zeiten der Not - und ich darf die SPD herzlich bitten, darüber wirklich einmal neu und unvoreingenommen nachzudenken -, das vorhandene Vermögen zusammenkratzen, konzentrieren, umschichten und es für die Erneuerung und die Innovation dieses Landes einsetzen.

(Zustimmung bei der CDU)

- (B) Die CDU hat dazu Eckwerte für die Errichtung einer Landesentwicklungsbank vorgelegt. Diese Landesentwicklungsbank soll im Rahmen einer Gesamtkonzeption für die Wirtschaftsförderung und Technologiepolitik im Lande Nordrhein-Westfalen arbeiten. Sie soll die Durchführung aller wirtschaftsorientierten Fördermaßnahmen übernehmen. Als Staatsbank hat sie die Aufgabe, den effektiven Einsatz aller öffentlichen Wirtschaftsförderungsprogramme in enger Abstimmung mit der Kreditwirtschaft sicherzustellen. Sie soll finanziert werden durch eine Rückführung der Kapitalbeteiligung des Landes an der Westdeutschen Landesbank auf 25 %, durch Verkauf dieser Beteiligungen an die Sparkassenorganisationen - erwartete Einnahme rund zwei Milliarden DM -, Erwartete Einnahme: rund 2 Milliarden DM. Durch Abzweigung von Darlehensrückflüssen des Wohnungsbauvermögens: jährlich 300 Millionen DM. Zuweisungen aus dem Landeshaushalt als Ersatz für unzählige Fördertöpfe! Denn das ist auch ein Problem, das wir haben: die mangelnde Effektivität der immer noch für Wirtschaftsförderung zur Verfügung gestellten unzähligen Töpfe in unzähligen Häusern, über die niemand mehr genau Bescheid weiß und die sich gegenseitig behindern und ausschließen.

Wir denken, daß damit in einem Zeitraum von fünf Jahren zur Initialzündung für die Erneuerung unseres Landes, zum Schließen der Wachstumsücke in Nordrhein-Westfalen ein Kapital von etwa 6 Milliarden DM angesammelt werden könnte. Wir sind in dieser Frage für

jeden Ratschlag offen. Wir sind offen für jede Bereicherung. Wir sind auch offen für Korrekturen. Aber wir sind sicher, daß wir ohne eine solche Konzentration der jetzt noch vorhandenen Vermögensmassen und der noch spärlich vorhandenen beweglichen Mittel im Haushalt aus der tödlichen Schere, die ich vorhin deutlich gemacht habe, nicht herauskommen.

(Zustimmung bei der CDU)

Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch; greifen Sie sie auf! Wir dürfen - ich habe es gesagt - keine Zeit mehr verlieren. Die Wachstumsücke wird täglich größer. Die Zeit arbeitet gegen Nordrhein-Westfalen. Das entspricht im Grunde dem, was der Finanzminister mit "Sonst laufen wir in den Ruin" gesagt hat, nur bieten wir ein zusätzliches Instrumentarium an, um genau diesen Ruin im Interesse der 16,7 Millionen Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen zu vermeiden.

Wir alle sind nicht für das Zuwarten, das Treiben-Lassen, das Klagen über Dritte gewählt worden, sondern dafür, die anstehenden Probleme zu lösen. Wir, das ganze Parlament, müssen, wenn die Landesregierung nicht will, die Landesregierung bei dieser bedrückenden Ausgangslage auf Trab bringen. Wir müssen sie flottmachen, damit das Notwendige eingeleitet wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Wissen Sie, das Warten auf Mittel aus dem Länderfinanzausgleich wird uns nie helfen, die Wachstumsücke wirklich zu schließen, weil wir selbst bei optimaler Ausgestaltung des Länderfinanzausgleichs am Ende immer noch weniger Finanzmasse haben werden als der Durchschnitt der Länder; denn der Länderfinanzausgleich überkompensiert nicht. Wir werden also unter dem Durchschnitt bleiben. Das heißt, diese Mittel sind wichtig, sie helfen uns aber nicht wirklich aus der Krise heraus. Aus der Krise heraus hilft nur eine gemeinsame Kraftanstrengung nach vorn, und wir bieten dazu ausdrücklich unsere Mitarbeit an.

(Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

Die Ursachen des Defizits liegen tiefer.

Herr Posser, ein persönliches Wort an Sie! Leider haben Sie mit Ihrem letzten Haushalt nicht die Chance gehabt, bessere Zahlen zu präsentieren. Wir hätten Ihnen persönlich, aber auch allen in diesem Lande bessere Zahlen gewünscht. Aber die Zahlen sind heute nicht mehr wegzudiskutieren. Sie sind, wenn

(Schauerte (CDU))

- (A) es denn überhaupt Verantwortlichkeit in der Politik gibt, das Ergebnis einer Landespolitik, für die seit zwanzig Jahren die SPD die Verantwortung trägt.

(Zustimmung bei der CDU)

Für die Beratung kündige ich an:

1. einen Antrag auf Einrichtung einer Landesentwicklungsbank als Initialzündung zur wirtschaftlichen Erneuerung unseres Landes.

(Dr. Farthmann (SPD): Das war doch ein Flop!)

- Aber kein Antrag!

(Zuruf des Abg. Schleußer (SPD))

- Ziehen Sie sich warm an!

(Lachen bei der SPD)

Wir wissen doch, daß in Ihrem eigenen Landeskabinett krampfhaft versucht wird, von dem Brief von Herrn Jochimsen herunterzukommen, in dem er gesagt hat, er sei gegen eine solche Strukturbank. In der WestLB und allen Gremien, die damit zu tun haben, wird doch intensiv darüber nachgedacht. Ohne geht es doch nicht. Schieben Sie das doch nicht einfach weg!

(Zustimmung bei der CDU - Erneuter Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

(B)

Wir brauchen einen neutralen Zugang, damit die Kreditwirtschaft wirklich zugreift. Wir können doch nicht eine Sparte des Bankgewerbes einseitig bevorzugen; dann greift so etwas nicht. Nun lernen Sie doch aus der Vergangenheit. Deswegen kommen wir doch auf keinen grünen Zweig. Denken Sie doch um!

(Zustimmung bei der CDU)

2. Anträge auf sofortige Umstellung des Landeshaushalts - ich will das in der ersten Lesung jetzt nicht vertiefen - von der Soll- auf die Ist-Rechnung. Wir erwarten von dieser seit langem geforderten Umstellung neue und wirkungsvolle Sparmöglichkeiten durch das Parlament.

3. Wir werden beantragen, daß uns die Studie des Batelle-Instituts, Frankfurt, "NW 2000" zur Verfügung gestellt wird.

4. Wir werden im Haushalt gründlich nach allen ideologischen Ansätzen suchen und sie zu streichen beantragen.

5. Wir werden - daran lassen wir uns von niemandem hindern - gemeinsam mit Norbert Blüm konsequent und im Ergebnis erfolgreich die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen in Bundestag und Bundesrat vertreten.

(C)

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Dorn für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident, ich möchte zwei Vorbemerkungen machen.

Erstens: Ich erbitte von Ihnen, Herr Präsident, die Genehmigung, einige wenige Zitate und zwei kurze Liedertexte in meiner Rede vortragen zu dürfen.

(Dr. Pohl (CDU): Liedertexte? - Nagel (CDU): Singen!)

- Sie haben richtig gehört, Herr Kollege Pohl. Wenn Sie sie nachher hören, werden Sie vielleicht sogar zustimmen.

(Dr. Pohl (CDU): Dann bitte ich auch zu singen!)

- Nein, singen kann ich die Liedertexte leider nicht, weil ich im Gegensatz zu meinen "drei Frauen" völlig unbegabt bin, was das Singen angeht. Meine Frau und meine beiden Töchter sind da viel begabter.

(D)

(Wendzinski (SPD): Dann geht es Ihnen so wie mir!)

Zweitens: Der Ministerpräsident ist heute nicht anwesend. Da ich mich in meiner Rede überwiegend mit seiner Politik auseinandersetze, nehme ich an, daß der anwesende Chef der Staatskanzlei, der inzwischen leider auch nicht mehr anwesend ist,

(Lachen bei der CDU)

aber vielleicht einer seiner Kabinettskollegen ihn wenigstens über unsere Argumente informiert.

(Minister Dr. Posser: Er wird es selber nachlesen, Herr Dorn!)

- Danke schön, Herr Finanzminister!

Meine Damen und Herren! Als ich den Finanzminister in der vorigen Woche hier oben stehen sah, wie er in seiner Redlichkeit das

(Dorn (F.D.P.))

- (A) mündlich vortrug, was Kabinett und Mehrheitsfraktion ihm so auferlegt hatten,

(Dr. Pohl (CDU): Ja!)

da konnte er einem schon leid tun.

(Dr. Pohl (CDU): Richtig!)

Dies ist ein Haushalt, der die tiefe Resignation spüren läßt, welche die SPD mit ihrer Politik selbst verursacht hat und aus der sie keinen Ausweg mehr finden kann. Nun ist für mich bei der Rede des Finanzministers deutlich geworden: Die Landesregierung denkt nicht mehr an die Zukunft, weil sie selbst immer deutlicher spürt, daß es mit der von ihr durchgeführten Politik keine vernünftigen Zukunftschancen mehr gibt.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Sie hat selbst den Glauben an eine konkrete Gestaltung von Perspektiven verloren. Nach der Rede des Finanzministers wurde ich an einen Ausspruch meines verstorbenen Freundes Wolfgang Döring erinnert, der in einer Rede mit Blick auf die SPD ein altes Reiterlied zitierte:

Sie ziehen auf stillen Wegen, die Fahne eingerollt; es rinnt so leis' der Regen, als wär' es so gewollt.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

- (B) Bei diesem Lied, so sagte er, konnte man früher schon immer melancholisch werden.

(Dr. Pohl (CDU): Das ist wohl wahr!)

In meiner Laufbahn als Parlamentarier habe ich nun schon über 30 Haushaltsdebatten miterlebt, aber ich muß gestehen: Ich war selten so gespannt auf die Einbringung eines Haushalts wie auf die des nächstjährigen Landeshaushalts,

(Dr. Pohl (CDU): Richtig!)

weil ich schon in der dritten Lesung des Haushalts 1987 am 19. Dezember 1986 erklärte:

Die Landesregierung legt uns einen Haushalt vor, mit dem sie die von ihr selbst in der Regierungserklärung 1985 angekündigte Politik für diese Parlamentsperiode endgültig zu Grabe trägt.

Der Haushaltsentwurf für 1988 bestätigt meine Auffassung in vollem Umfang. Für den Bereich der Gemeindefinanzierung hat meine

Fraktion die innige Verschmelzung von Exekutive und Legislative im Rahmen einer Großen Anfrage aufgearbeitet. Die Antwort der Landesregierung kennen wir seit der vorvergangenen Woche. Ich bin sicher, daß mein Kollege Dr. Riemer hier auf die abenteuerten Eiertänze eingehen wird, die die Landesregierung aufgeführt hat, um dieses innige Verhältnis zu verschleiern. Nachdem die SPD-Regierung den Finanzanteil der Gemeinden von 28,5 auf 23,6 % im Landeshaushalt gekürzt hat, fiel ihr für das Jahr 1987 etwas Neues ein. Der Anteil der Gemeinden an der Grunderwerbsteuer wurde um 308 Millionen DM zugunsten des Landes gekürzt. An dieser Stelle möchte ich auf einen Zwischenruf eingehen, den Sie, Herr Finanzminister Dr. Posser, vorhin bei der Rede des Kollegen Schauerte gemacht haben, als Sie sagten, keine Mark sei den Gemeinden zugunsten des Landes gekürzt worden.

(Zuruf von der SPD)

- Steuergelder sind alle Gelder, über die wir im Landeshaushalt und auf der Gemeindeebene verfügen.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Die Garde der SPD-Oberbürgermeister und Kommunalpolitiker faßte mit ihren Kommunalparlamenten geharnischte Beschlüsse, die sie auch den Landtagsabgeordneten aller drei Parteien zuschickte, doch die Genossen auf der Landesebene hatten für die Resolution nur ein müdes Lächeln übrig und blieben bei ihren gemeindefeindlichen Entscheidungen. Im übrigen schimpften sie auf Bonn, obwohl die Bonner daran nun wirklich unbeteiligt waren.

(Zuruf des Abg. Hunger (SPD))

- Das ist nun das Problem, Herr Kollege Hunger. Die Zuständigkeiten in der politischen Verantwortung sind für Sie immer ein großes Rätsel geblieben und mit der Realität nicht zu vereinbaren.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Im Jahre 1988 verfiel die SPD auf einen neuen Trick, um die Gemeinden weiter zu schröpfen. 250,8 Millionen DM aus dem Kfz-Steuerverbund vereinnahmt das Land, und der Finanzminister erklärte dazu schlecht und einfach: Dies ist 1988 der Konsolidierungsbeitrag der Kommunen für den Landeshaushalt.

Meine Damen und Herren, und wieder geht ein Aufschrei, von der SPD auf der kommunalen Ebene gesteuert, an die Landtagsabgeordneten. Da heißt es in einem Schreiben der

(C)

(D)

(Dorn (F.D.P.))

(A) Vereinigung der Finanzdezernenten vom 16.09.:

Die faktische Streichung des schon traditionellen Kfz-Steuerverbundes trifft die Städte in ihrer finanziellen Substanz.

Doch die pikanteste Vorlage, die mich erreichte, ist folgende. Der Oberbürgermeister der Stadt Köln - SPD - und der Oberstadtdirektor von Köln - ebenfalls SPD - schreiben an die Kölner Landtagsabgeordnete Rauterkus - ebenfalls SPD -

(Dr. Pohl (CDU): Das Schreiben habe ich auch!)

und teilen ihr mit, daß die Großstädte den vom Land geforderten Beitrag der Kommunen nicht leisten könnten.

Die Abgeordnete Rauterkus schickt dieses Schreiben an den Landtagspräsidenten mit der Bitte, es an die Landtagsabgeordneten weiterzuleiten.

(Westermann (SPD): Das kann nie verkehrt sein!)

Dieser tat das selbstverständlich auch, und nun haben wir es alle schwarz auf weiß vorliegen.

Doch was machen die SPD-Abgeordneten?

(B) (Westermann (SPD): Die haben es gelesen!)

- Das Lesen allein wird ihnen angesichts der Einstellung ihrer Basis zu diesem Problem wohl nicht allzuviel helfen. - Obwohl dies ausschließlich eine Entscheidung der SPD Nordrhein-Westfalen ist, schimpfen sie auf Bonn, und damit haben sie ihr Soll erfüllt - allerdings wollen sie vorher lesen, haben sie freundlicherweise konzediert. Und die Kommunen bekommen die 250 Millionen DM doch abgezogen! Das ist das Ende der Rechnung.

Der Haushalt 1988 geriet auch durch die frühe Einbeziehung der SPD-Fraktion im Landtag schon zeitig in die Schlagzeilen.

Professor Farthmann sprach davon, der Haushalt sei aus nackter Not geboren. Mein Kollege Schleußer hat laut "Wirtschaftswoche" beklagt, die Möglichkeiten einzusparen stießen an eine Grenze. Die Spannung steigerte sich noch, als Sie, Herr Finanzminister, am 15. Juli der Presse die Eckdaten des Landeshaushalts erläuterten. Sie sprachen davon - ich zitiere aus Ihrem Pressepapier -, es hätten gegenüber der bisherigen Finanzpla-

nung Kürzungen von rund 2 Milliarden DM gefunden werden müssen. Das ließ mich aufhorchen, denn meine Fraktion hatte ja vor einem Jahr eine um 2 Milliarden DM niedrigere Kreditaufnahme gefordert. Sollte die Landesregierung nun tatsächlich, wenn auch mit einem Jahr Verspätung, diesen Kurs der Vernunft einschlagen, obwohl Sie, Herr Finanzminister, noch vor einem Jahr im Plenum zu den Sparvorschlägen meiner Fraktion gesagt hatten, es könne sein, daß die Herren aus der Haushaltsabteilung in ihrem Sparbemühen die eine oder andere Million übersehen hätten, daß aber Kürzungen in der Größenordnung von 2 Milliarden DM völlig unmöglich seien? Es ist erst eine Anzahl von Monaten her, daß uns die Landesregierung das verkündet hat.

Ein drittel Jahr nach dieser Erklärung sprachen Sie von Kürzungen von genau 1 980 800 000 DM. Noch erstaunlicher gerade aus F.D.P.-Sicht waren die Zahlen, die Sie zu den Kürzungen der Einzel Etats bekannt gaben, weil auch der Schwerpunkt dieser Kürzungen ganz auffällig den F.D.P.-Vorschlägen folgte, z. B. den von uns vorgeschlagenen und von meinem Kollegen Kuhl beantragten Kürzungen im Einzelplan 11, dort insbesondere im Wohnungsbau.

Seit genau einer Woche wissen wir es besser: Dieser Haushalt ist kein Sparhaushalt. Das ganze Gerede von Kürzungen war nichts als ein großer Bluff. Herr Apel hat in der vergangenen Woche in Bonn den Stoltenberg-Etat als "Lügenbüchlein" bezeichnet. So weit möchte ich nicht gehen. Nicht der Haushalt ist eine Lüge, sondern all das, was im Vorfeld dieser Haushaltsberatungen zu dem Haushalt von der SPD geliefert wurde, ist eine einzige Mogelpackung. Die 12 Kilo Haushalt beweisen: Auch 1988 hat die Landesregierung nicht die Kraft gefunden, wirklich energisch zu sparen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Bei einer fast um 1,1 Milliarde DM höheren Neuverschuldung ist dieser Haushaltsentwurf ein Dokument der Ohnmacht, der totalen Rat- und Hilflosigkeit. Während Sie, Herr Posser, in allen Jahren von der angepeilten Konsolidierung der Haushaltsfinanzen gesprochen haben, gelingt es der Landesregierung noch nicht einmal mehr, die galoppierende Verschuldung zu bremsen, geschweige denn, sie mittelfristig zurückzunehmen. Nach der neuen mittelfristigen Finanzplanung wird Nordrhein-Westfalen bereits 1990, also im nächsten Wahljahr, mit rund 110 Milliarden DM verschuldet sein. 110 Milliarden DM Gesamtverschuldung sind nicht nur als absolute Größe

(C)

(D)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) für ein Land mit einer - leider - nur noch unterdurchschnittlich zunehmenden Wirtschaftskraft viel zu viel; das hat vielmehr genau die Folgen, die Sie, Herr Finanzminister, vor genau zwei Jahren fast prophetisch beschrieben haben. Ich zitiere Dr. Posser:

Es liegt auf der Hand, daß sich eine solche spezielle Verschuldungspolitik nur wenige Jahre durchhalten läßt, weil die dramatisch rasch steigenden Zinsbelastungen den Haushalt sonst in Kürze geradezu erdrosseln würden, wie am abschreckenden Beispiel anderer hochverschuldeter Länder - Brasilien, Mexiko, Polen, aber auch Bremen und das Saarland - zu studieren ist.

So weit das Zitat.

Nach dem Verhalten der SPD zu urteilen, predigte er tauben Ohren. Jetzt wird er noch deutlicher und spricht von dem drohenden finanziellen Ruin unseres Landes. Wir fragen uns: Wann endlich wird der Ministerpräsident begreifen, daß er nun mit rigorosen Entscheidungen seine Regierung und die Mehrheitsfraktion zu einer Finanzpolitik der Vernunft führen muß?

(Dr. Pohl (CDU): Nie!)

Possers Formulierung vom drohenden Ruin des Landes hatte Hans-Otto Bäumer bereits im Juli dieses Jahres vorweggenommen, als er sagte: In Nordrhein-Westfalen droht angesichts leerer Kassen und der Probleme bei Kohle und Stahl der Staatsnotstand. In einem dramatischen Tempo versinken wir über eine finanzielle Unbeweglichkeit in die Hilflosigkeit. An Ministerpräsident Rau appellierte dessen ehemaliger Minister, die Erbarmlichkeit der feigen Politik zu beenden.

Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Professor Farthmann erklärte in einem Interview mit der "Westfälischen Rundschau" im Juli 1987: "Die Bürger erwarten jetzt von der Landesregierung Taten."

Die wichtigste Größe in diesem Haushalt überhaupt ist die Zinsquote. Diese Quote steigt unaufhörlich und überdurchschnittlich. 1988 liegt sie schon bei 11 %. Fast jede neunte Mark, die das Land zur Verfügung gestellt hat, wird also von den Banken kassiert, fällt damit für die politische Gestaltung der Zukunft aus.

Horst-Werner Hartelt schreibt in der NRZ:

Es gibt ja viele gute Erklärungen, aber kaum eine triftige Entschuldigung für den

riesigen Schuldenberg Nordrhein-Westfalens. Ende nächsten Jahres wird die Gesamtverschuldung des Landes 100 Milliarden DM ausmachen. Welch eine Summe! Welch ein Fehlverhalten verantwortlicher Politiker in Landesregierung und im Landtag!

Soweit das Zitat, dem wir Freien Demokraten nur voll zustimmen können.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Schleußer (SPD): Ein Stückchen weiter noch, Herr Kollege, dann kommt auch Ihre Verantwortung mit zum Tragen!)

- Ich komme auf unsere Verantwortung, Herr Schleußer - da können Sie unbesorgt sein -, noch sehr deutlich zu sprechen.

Hätte Nordrhein-Westfalen ein Verschuldungsniveau, das nur dem Durchschnitt der übrigen Flächenländer entspräche, müßte es nicht 6,7 Milliarden DM an Zinsen zahlen, sondern weniger als 5 Milliarden DM. Als Johannes Rau Ministerpräsident wurde, hatte unser Land 30 Milliarden DM Schulden. Daran waren wir gemeinsam mit Ihnen beteiligt,

(Schleußer (SPD): Ein Stückchen weiter noch!)

- Herr Schleußer, gemeinsam mit Ihnen.

1988 hat die Schuldenpolitik der Regierung Rau die Rekordhöhe von 99,7 Milliarden DM im Vergleich zu 30 Milliarden damals erreicht. Sieben Jahre Alleinherrschaft der SPD haben uns dieses verheerende Ergebnis sozialdemokratischer Finanzpolitik beschert.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Wenn nur die Hälfte der eingesparten Zinsen zur Verringerung der Neuverschuldung verwendet würde, blieben immer noch 900 Millionen DM, um tatsächlich ein Konzept zur Zukunftssicherung Nordrhein-Westfalens zu entwickeln und zu finanzieren, wie wir es gefordert haben.

Ich werde jetzt mit einigen wenigen Zahlen die Diskrepanzen zwischen den Erläuterungen des Haushalts, seinem angeblichen Sparzuschnitt und der bitteren Haushaltswahrheit aufzeigen.

Das Gesamtvolumen des Haushalts beläuft sich auf rund 61 Milliarden DM. Das ist gegenüber dem Haushalt 1987 eine Steigerung um 1,9 %. Um diesen Prozentsatz, genau sogar nur um 1,8 %, sollte nach der letztjährigen Finanz-

(C)

(D)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) planung das Gesamtvolumen auch steigen. Wo also stecken die angeblichen Kürzungen?

In absoluten Zahlen liegt der Haushaltsentwurf um ganze 128,9 Millionen DM unter dem Planvolumen entsprechend der letzten Finanzplanung. Wo also steckt der von Herrn Posser gefeierte Kürzungsbetrag von genau 1 980,8 Millionen DM? - Es gibt diesen Kürzungsbetrag nicht. Der Haushalt 1988, wie er uns nun vorliegt, weicht um ganze 0,21 % von den Plandaten nach unten ab.

Nichts anderes als die Finanzplanung kann aber der Parameter sein, an dem sich entscheidet, ob nun gespart wird oder nicht. Das haben Sie, Herr Finanzminister, wiederholt betont, auch in Ihrer Pressekonferenz am 15. Juli 1987. Ich zitiere noch einmal aus dem von Ihren Mitarbeitern verteilten Pressebegleitpapier:

Gegenüber der bisherigen Finanzplanung mußten Kürzungen von rund 2 Milliarden DM gefunden werden.

So schrieben Sie es damals. Wenn es denn tatsächlich einmal einen um 2 Milliarden DM höheren Entwurf gegeben haben sollte, wäre dieser Wahnsinnsentwurf um genau diese 2 Milliarden DM von der bisherigen Finanzplanung nach oben abgewichen.

- (B) Herr Finanzminister, ich weiß und kann mir gut vorstellen, wie bitter es für Sie ist, sich nach all den Jahren, in denen Sie nach besten Kräften - das unterstreichen wir besonders - für die Konsolidierung der Landesfinanzen gekämpft haben, ausgerechnet mit diesem Haushalt zu verabschieden. Der Kampf um Konsolidierung war ein Kampf gegen Windmühlenflügel. Wer Cervantes kennt, weiß: Auch Don Quichotte war ein tragischer Held.

Aber nicht nur die Globalzahlen des Haushaltsplans decken sich nicht mit den regierungsamtlichen Erläuterungen. Dies gilt auch für die angeblichen Kürzungsbeträge der einzelnen Ressorts. Ich werde aus dem gesamten uns gelieferten Zahlenmaterial nur die gravierendsten Ungereimtheiten herausgreifen.

Angeblich sollte zum Beispiel der Einzelplan 06 mit 29,4 Milliarden DM an den Kürzungsoperationen beteiligt sein. Tatsächlich aber wird das Planungsergebnis sogar um 43,8 Millionen DM überschritten. Also: keine Kürzung, sondern ein Überschreiten des Planungsrahmens!

Angeblich sollte der Einzelplan 07 mit 137,8 Millionen DM an den Kürzungen beteiligt sein. Die Wahrheit: Nichts ist gekürzt wor-

- den, der Einzelplan liegt um 42,2 Millionen DM über dem Planungsergebnis! (C)

Der Einzelplan 08 sollte mit 155 Millionen DM an den Kürzungsoperationen beteiligt sein. Kürzung? - Nein! Der Einzelplan liegt sogar um 183,3 Millionen DM über dem letzten Planungsergebnis - ein Unterschied also, Herr Minister, von mehr als 300 Millionen DM gegenüber Ihren eigenen Zahlen vom Juli dieses Jahres in einem einzigen Etat!

Nun zu der gravierendsten Abweichung: Der Einzelplan 11 sollte - so war vor der Einbringung zu vernehmen - um sage und schreibe 1 351,6 Millionen DM gekürzt werden. Auch hier Fehlanzeige! Der haushaltspolitische Wahrheitsgehalt im Bereich des Wohnungsbaus wird von der Landesregierung nun auf Null heruntergefahren.

Die finanziellen Manipulationen, verbunden mit einer erneuten Abänderung des Haushaltsgesetzes, zeigen eindeutig, daß die Regierung alle über Jahrzehnte demokratisch gewachsenen Regelungen, die im Grundsatz von allen Parteien des Landtags akzeptiert waren, rücksichtslos über Bord wirft und mit ihrer absoluten Mehrheit den Weg in die finanzielle Unseriösität auf diesem Gebiet bis zum bitteren Ende geht. Dafür muß die nächste Generation die Kosten tragen, und dies ist eine ganz schlimme Entwicklung.

- Herr Ministerpräsident, ich habe im Fernsehen gesehen, wie Sie und einige andere, soweit Sie den Text noch kannten, gesungen haben: (D)

Wenn wir schreiten Seit' an Seit'
und die alten Lieder singen
und die Wälder widerklingen,
fühlen wir: Es muß gelingen.
Mit uns zieht die neue Zeit.

Aber wenn Sie Ihre Politik in den nächsten Jahren unverändert fortführen, werden Sie wohl kaum noch jemanden finden, der mit Ihnen Seit' an Seit' schreiten will. Und die neue Zeit, die Sie mit Ihrer Politik schaffen, ist nicht so hoffnungsfroh wie der Liedertext!

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Ich werde mich nun damit auseinandersetzen, was dieser Haushalt politisch bedeutet. Eines ist schon heute sicher: All das, was im Vorfeld in den Medien berichtet wurde, ist Makulatur. Dieser Haushalt ist kein Sparhaushalt. Die SPD wollte im Vorfeld dieser Haushaltseinbringung ihre Unfähigkeit, seriös mit Geld umzugehen, durch verbale Querschläge vernebeln.

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Wohin führt nun die Haushaltspolitik dieser Regierung? Auch Haushaltspolitiker sind in der Gefahr, vor lauter Zahlen aus den Augen zu verlieren, daß es nicht nur um Schwerpunkte im Haushalt geht, sondern daß es originäre finanzpolitische Zielsetzungen geben muß.

Wie sieht nun die finanzpolitische Perspektive aus, die sich aus dem Haushalt 1988 ergibt? Jens Feddersen sah die Lage bereits im Mai dieses Jahres so:

Die Situation Nordrhein-Westfalens nähert sich einem höchst kritischen Punkt. 100 Milliarden DM Schulden sind ein Alarmzeichen. Johannes Rau ist persönlich gefordert. Er wird auch intensiver als bisher über eine Umbildung seines Kabinetts nachdenken müssen. Da sind einige nicht mehr zu übersehende Schwachstellen.

Soweit Ihr Parteigenosse Jens Feddersen in einer Ihnen politisch nahestehenden Zeitung!

Ich sage hier für die Freien Demokraten in aller Deutlichkeit: Wir halten 5,6 Milliarden DM neue Schulden für unverantwortlich.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Dabei befinden wir uns in einer interessanten Gesellschaft. Wie sagte doch der SPD-Fraktionsvorsitzende, Prof. Farthmann, nach der Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion am 30. Juni 1987:

(B)

Die Begrenzung der Neuverschuldung auf 4,6 Milliarden DM ist das Maximum dessen, was Nordrhein-Westfalen aus eigener Kraft leisten kann.

(Wendzinski (SPD): Unter gleichen Steuerbedingungen wie bisher.)

So Ihr eigener Fraktionsvorsitzender, Herr Kollege Wendzinski.

(Weiterer Zuruf des Abg. Wendzinski (SPD))

- Darauf komme ich jetzt gleich zu sprechen; keine Sorge.

Aber seine Genossen im Kabinett führen den Kollegen Farthmann ad absurdum, indem sie nochmals 1 Milliarde DM bei der Neuverschuldung drauflegen. Dies ist ein weiteres konkretes Beispiel dafür, was die wortreichen Erklärungen der SPD-Fraktion in der Öffentlichkeit wert sind. Im Schuldenmachen sind Sie fast konkurrenzlos Weltmeister.

Die Dimension der Schulden in diesem Lande wird zu einem echten Demokratieproblem. Denn die Schulden, die die Regierung Rau aufnimmt, müssen auch noch in den nächsten Legislaturperioden zurückgezahlt und verzinst werden. Jede kommende Regierung hat es also mit einem von den Zinslasten erdrosselten Haushalt zu tun, hat keinerlei finanzpolitischen Spielraum mehr, kann nur noch Finanzmängel verwalten, aber kaum noch eigene Politik umsetzen. Diese Fesselung über Wahlperioden hinaus ist eine Entmündigung unserer Bürger, und sie ist zutiefst undemokratisch.

(C)

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Mit dieser Politik geht die Landesregierung, die SPD, den Weg weiter, der allein in einer unverantwortlichen Schuldenbelastung der jungen Generation endet; denn die Schulden der Ära Rau sind so langfristig angelegt, daß sie von nachkommenden Generationen mitgetragen werden müssen. Die finanzpolitische Talfahrt setzt sich also beschleunigt fort.

Deshalb, Herr Finanzminister: Wer nicht einmal den Versuch unternimmt, die Ausgaben an die Einnahmen anzupassen, der verzichtet auf Gestaltung in der Haushaltspolitik. Dieser Haushalt ist Ihre Kapitulation vor den Schuldenmachern im Kabinett und in der Mehrheitsfraktion. Und wer Sie kennt und persönlich schätzt, wie ich, der muß das schon sehr erschüttert zur Kenntnis nehmen. Oder wie Gerlind Schaidt in der "Kölnischen Rundschau" schreibt:

(D)

In Düsseldorf wird man sich wohl eingestehen müssen, daß die Finanznot auch hausgemacht ist. Dies ist Poppers letzter und zugleich auch traurigster Haushalt.

Ich möchte an dieser Stelle kurz auf die Steuerreform und ihre Auswirkungen eingehen. Dazu muß ich als erstes - an dem Vokabular von Herrn Apel komme ich nicht vorbei - auf die gradlose Finanzlüge eingehen, die von Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, öffentlich verbreitet wird. Man kann sicher über die Ursachen der Haushaltsmisere und der Finanzmisere in diesem Lande, auch über die Ursachen für die Finanznöte unserer Gemeinden, streiten. Ich werde gleich auf Ihre Argumente dazu zurückkommen, Herr Finanzminister. Wer aber hergeht, Herr Kollege Wendzinski, und den Anschein erweckt, als sei die bisherige Steuerreform Ursache oder auch nur Mitursache der Knappheit der öffentlichen Kassen in diesem Lande, der lügt.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Denn wer immer von Mindereinnahmen spricht, weiß: Das Land und die Gemeinden hatten sowohl 1986 als auch 1987 effektiv höhere Steuereinnahmen, obwohl die erste Stufe der Steuerreform bereits in Kraft war, und gerade in diesem Jahr werden wir ganz erhebliche Mehreinnahmen haben. Vor mir liegt der Bericht des Finanzministers vom 17. September 1987. Das ist ja wohl noch nicht allzu lange her, meine Damen und Herren. Da stellt der Herr Finanzminister fest, daß bei den Gemeinschaftssteuern die Lohnsteuern um 9,3 % gegenüber dem Vorjahr im Vergleichszeitraum gestiegen sind, nicht veranschlagte Steuern vom Ertrag um 13,3 %, die Umsatzsteuer um 9,6 %, die Einfuhrumsatzsteuer um 4,7 %. Sie stellen also schlicht und einfach fest, daß Sie mehr Geld haben als im Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres, obwohl die Steuerreform mit der ersten und zweiten Stufe bereits in Kraft ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Schultz (SPD): Lesen Sie doch einmal alle Zahlen vor!)

Geringere Steigerungsraten sind die notwendige Kehrseite der überfälligen Entlastung der Bürger in diesem Lande. Zu dieser Entlastung steht die F.D.P. Die Steuerreform ist sozial ausgewogen, und gerade die erste Stufe ist vorrangig Familien und Beziehern kleiner Einkommen zugute gekommen. Die Steuerreform ist ein Gebot der Gerechtigkeit, denn nichts zwar so willkürlich und so offensichtlich ungerecht wie der bisherige Verlauf der Progressionszone des Steuertarifs, der am 1. Januar nächsten Jahres abgeflacht wird.

(B)

Die Einkommens- und Lohnsteuerentwicklung zwingt jeden, der seinen Sachverstand noch nicht der Ideologie geopfert hat, einzusehen, daß dringend Steuersenkungen erforderlich sind.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Auch dazu möchte ich nur wenige Zahlen nennen: 1960 waren 5 % der Beschäftigten in der Progressionszone, 1970 waren es 20 %, 1980 waren es 60 %, und 1990 wären es zwei Drittel aller Beschäftigten gewesen. Das sind die Fakten, die auch Sie zu neuen Überlegungen bringen sollten, ähnlich denen,

(Zuruf des Abg. Schultz (SPD))

verehrter Herr Kollege, die Sie selbst in den 70er Jahren im Plenum des Deutschen Bundestages vertreten haben. Auch darauf komme ich zu sprechen; keine Sorge.

(Schultz (SPD): Das ist Literatur, was Sie hier machen.)

Die Bürger werden also ab Januar nächsten Jahres im eigenen Portemonnaie sehen, daß die Steuerreform auch sie betrifft, daß auch sie entlastet werden und nicht nur wenige Spitzenverdiener, wie die SPD böswillig und fälschlich behauptet. Außerdem wäre es gut, wenn die SPD in der Diskussion um die Steuerreform endlich einen Rest von Wahrheit zugeben würde.

(C)

(Beifall bei der F.D.P. - Schultz (SPD): Lesen Sie erst einmal die Zahlen wahrheitsgemäß vor, dann ist es gut.)

Denn die Behauptung, durch die Pläne der Bundesregierung würden die Reichen reicher und die Armen ärmer, und die Armen würden die Zeche dafür zahlen, ist nach den bisher durchgeführten zwei Stufen der Steuerreform nach 1986 sowieso nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Im übrigen sollten sich die Sozialdemokraten an die Entscheidung erinnern, die Finanzminister der SPD in den 70er Jahren getroffen haben.

(Rohe (SPD): Und der F.D.P.!))

Hier nur wenige Beispiele, Herr Kollege Rohe. Sie müssen Geduld haben; ich kann auch nicht alles, was ich vortragen will, in einer Minute zusammenfassen.

(Beifall bei der F.D.P.)

1974 wurde in einer Koalition aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten die Steuerlast um 11,3 Milliarden DM gesenkt. Dabei wurden mit Zustimmung der SPD über 3 Milliarden DM aus der Kürzung der Sparförderung der sogenannten kleinen Sparer geholt. 1977 kürzte man die Steuerlast um 13,5 Milliarden DM; davon holte sich die damalige Regierung der SPD und F.D.P. 6,2 Milliarden DM durch die Mehrwertsteuererhöhung von 11 auf 12 % zurück; also rund die Hälfte wurde über die Mehrwertsteuererhöhung finanziert - mit Ihrer Zustimmung, meine Damen und Herren von der SPD.

(D)

(Hört, hört! bei der CDU)

1978 wurde die Einkommensteuer um 13 Milliarden DM gekürzt; davon holte sich die sozialliberale Koalition

(Schultz (SPD): Liberal!)

6,5 Milliarden DM durch eine erneute Erhöhung der Mehrwertsteuer von 12 auf 13 % zurück. Eine Erhöhung der indirekten Steuern erfolgte unter dem SPD-Finanzmini-

(Dorn (F.D.P.))

- (A) ster in einer Regierung mit uns in Höhe von fast 8 Milliarden DM.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der SPD, weniger Demagogie, mehr Wahrheit! Auch hier gilt es, mehr zu versöhnen als zu spalten in Ihrer Öffentlichkeitsarbeit.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Reinhold Michels fragt in der "Rheinischen Post" berechtigt: "Warum sollen eigentlich die Steuerzahler darunter leiden, daß Regierungen jahrelang über ihre finanziellen Verhältnisse gelebt haben?"

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Manchmal bekommt man am Tage einer Rede, die man zu halten hat, noch interessante Informationen auf den Tisch.

(Abg. Schultz (SPD) lacht.)

- Ich freue mich, daß Sie Ihren Spaß an meiner Rede haben, Herr Kollege. Sie haben sicher nachher Gelegenheit, Ihre Freude hier zum Ausdruck zu bringen, wenn Sie davon etwas verstehen.

(Schultz (SPD): Ausgesprochen humorvoll! - Zuruf von der SPD: Und literarisch!)

- (B) Ich kann verstehen, daß Ihre Diskussion in der Argumentation draußen gegenüber den Bürgern nicht mit dem übereinstimmt, was Sie in der praktischen Politik selber leisten und entscheiden

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

und daß Ihre Öffentlichkeitsarbeit Schaden leiden wird. Deswegen versuchen Sie jetzt einen neuen Trick; den habe ich auch gerade erst kennengelernt. Er ist nicht uninteressant; deswegen möchte ich ihn sogleich vortragen.

Als Information der Landesregierung Nordrhein-Westfalen bekommen wir heute ein Papier auf unseren Tisch, in dem es heißt: "Der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, Professor Dr. Reimut Jochimsen, hat in einem Beitrag die Energiewende verhindert und die Notwendigkeit der Kohlevorrangpolitik begründet." Auf diesem offiziellen Papier der Landesregierung ist eine Ausgabe "Sozialdemokratischer Pressedienst Wirtschaft" angeheftet: "Die Energiewende verhindern - wer den heimischen Bergbau absaufen läßt, will den Plutoniumstaat. Jochimsen."

- (C) Nun frage ich mich: Was hat es eigentlich mit der Landesregierung zu tun, daß Sie nunmehr auf Kosten des Öffentlichkeitsetats der Landesregierung parteipolitische Pressedienste Ihrer Partei in die Öffentlichkeit bringen wollen?

(Beifall bei F.D.P. und CDU
- Tschoeltsch (F.D.P.): Die Landesregierung setzt Staat und Partei gleich!)

Wir werden sicherlich über die Frage der Öffentlichkeitsarbeit dieser Regierung noch zu reden haben.

(Schultz (SPD)): Über Pressearbeit müssen Sie sich schon in Schleswig-Holstein informieren!)

- Herr Kollege, Sie sollten doch endlich einsehen, daß es keinen Sinn hat, um die Dinge herumzureden, die hier schwarz auf weiß dem Parlament vorliegen!

An dieser Stelle nun ein Wort zu dem uns vorliegenden Finanzbericht. Der Finanzbericht soll - besser: sollte - uns Parlamentariern als Orientierungshilfe dienen. Er ist eine Erläuterung der Haushaltsvorlage im finanz- und gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang. Zur Steuerreform enthält der Finanzbericht folgende Aussage - ich zitiere -: "Ob das Mittel hierzu, Steuersenkungen insbesondere für die Besserverdienenden, geeignet ist, erscheint mehr als zweifelhaft." Ein solch polemischer Verriß in einem Wahlkampfpapier wäre noch zu akzeptieren. Die Aussage ist zwar falsch, doch darüber sollte dann der Bürger entscheiden. Eine solche Polemik in einer Regierungsvorlage ist allerdings völlig fehl am Platze. Dies ist nicht die einzige parteiiche Entgleisung, und der Finanzbericht ist so weit von Objektivität entfernt, daß er als Orientierungshilfe so gut wie wertlos ist. Das beste an diesem Bericht sind ohne Zweifel die im Anhang mitgelieferten Statistiken.

Auch 1988 wird das Land mehr Steuern einnehmen, werden die Gemeinden mehr Steuern einnehmen, trotz der zweiten Stufe der kleinen Steuerreform und trotz des Vorzieh-Paketes aus der großen Steuerreform durch das Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz.

Meine Fraktion hat im vergangenen Herbst bewiesen, daß es möglich wäre, die Finanzprobleme unseres Landes wirklich anzupacken. Dazu gehört Mut. Denn die rund 200 konkreten Kürzungsvorschläge, die wir in den Fachausschüssen eingebracht hatten, haben uns verständlicherweise in der interessierten Öffentlichkeit nicht nur Lob eingebracht, ganz im Gegenteil!

(D)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Herr Ministerpräsident, unsere Fraktion hat in den letzten zwei Jahren eine Reihe von Gesetzesvorlagen und Anträgen im Parlament eingebracht, die, wenn sie angenommen worden wären, dem Land Ausgaben in einer Höhe von mehreren Milliarden DM erspart hätten. Ich habe schon gesagt, daß uns das nicht leicht gefallen ist. Außerdem hätte die Schuldenaufnahme nach unseren Vorstellungen erheblich verringert werden können, und es wäre möglich gewesen, eine sinnvolle Umstrukturierung des Landeshaushalts vorzunehmen. Nur in einem wichtigen Punkt - das gebe ich zu - hat die Landesregierung unseren Antrag unterstützt, nämlich bei der Einführung der Ist-Abrechnung. Der Finanzminister war damals schon dafür. Alle anderen Vorschläge fielen der Abstimmungsguillotine der SPD zum Opfer.

Wir sehen, daß die SPD mit ihrer absoluten Mehrheit nicht bereit ist, vernünftige Vorschläge zu akzeptieren, und werden daher in dieser Legislaturperiode keine grundsätzlichen Vorschläge zur Haushaltspolitik mehr machen.

Wir rechnen im übrigen damit, daß Sie diese Politik hoffentlich 1990 nicht mehr fortsetzen können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

- (B) Doch der Landesregierung fehlt es nicht nur an Mut zur Entschlußkraft; Voraussetzung für die überfällige Wende in der Haushaltspolitik wäre zunächst eine Analyse der Gründe für die jetzige Misere.

Damit komme ich zu Ihren Argumenten in Ihrer Einbringungsrede, Herr Finanzminister. Ich gebe Ihnen recht: Das Land trägt schwer an seinen Kohlelasten. Sie wissen auch, daß wir Freien Demokraten als Landespolitiker eine Politik des Bundes nicht mittragen, die darauf hinausläuft, die Länder mit ihren Problemen im eigenen Saft schmoren zu lassen - auch wo die Probleme so groß sind, daß sie unmöglich von den Ländern allein gelöst werden können.

Die SPD hat auch in dieser Frage den Mund zu voll genommen. Großspurig verkündete sie in ihrem Programm für die 80er Jahre bereits im Jahre 1979:

Die Kohlekrise ist überwunden. Unsere vorausschauende Politik sicherte die Kohle als heimischen Energieträger. Damit hat Nordrhein-Westfalen einen entscheidenden Beitrag zur Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland geleistet.

(Grätz (SPD): Ja, das war vor der Wende!)

Welche Sprüche der SPD - und welche Realität! (C)

(Beifall bei der F.D.P.)

Das gleiche gilt für den Bereich der Stahlpolitik. Alle Angriffe leitet die Landesregierung zusammen mit den Gewerkschaftsfunktionären in Richtung Bonn. Wie überheblich klingt noch die Aussage des Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung am 19. November 1981, als er sagte: "Wir schaffen mit diesem Haushalt Vorsorge für die Erhaltung der Stahlbasis in unserem Land." Doch die wirtschafts- und finanzpolitischen Trauamtänzerien der SPD endeten kläglich.

(Beifall bei der F.D.P.)

"Rau in Nöten" heißt es im Leitartikel der "Lüdenscheider Nachrichten" vom 14. Juli 1987, und dann schildert der Chefredakteur Jürgen Rittinghaus die Begründung:

Selbst die Genossen Betriebsräte nehmen dem Ministerpräsidenten die seit Wochen wiederholte Litanei nicht mehr ab, daß nur die Bundesregierung in Bonn an der Misere in der Stahlindustrie eine Schuld treffe. Längst ist auch an der Basis im Revier erkannt, daß das Landeskabinett durch allzu lange Untätigkeit mitverantwortlich gemacht werden muß für die Zuspitzung, die es um drohende Arbeitsplatzverluste und deren Folgen gegeben hat.

(D) Eines, meine Damen und Herren von der SPD, ist doch unbestreitbar:

Die SPD hat ihre gravierendsten Kompetenzschwächen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die zwingende Folge müßte sein, daß man zuallererst die personelle Repräsentanz auf diesen Feldern überprüft.

Das schrieb kein geringerer als der frühere Vorstandssprecher der SPD Wolfgang Clement in der "Gewerkschaftspost". Vielleicht sollte Sie das langsam zum Nachdenken veranlassen, wenn Ihnen ständig Ihre eigenen Parteigenossen öffentlich mitteilen, was sie von Ihnen in diesen Bereichen der Finanz- und Wirtschaftspolitik halten.

Der Bund hat den Verfassungsauftrag, die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu sichern. Diese Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse sehen wir in Gefahr. Mein Fraktionsvorsitzender Achim Rohde hat noch in der vergangenen Woche in Bonn gegenüber dem Wirtschaftsminister des Bundes

(Dorn (F.D.P.))

- (A) mit allem Nachdruck einen Ausgleich des Bundes für die besonderen Kohlelasten für Nordrhein-Westfalen gefordert. Doch sind die Kohlelasten wirklich, wie Sie sagen, Herr Finanzminister, der Grund für die Überschuldung Nordrhein-Westfalens?

(Minister Dr. Posser: Nein, ein Grund!)

- Sie haben in Ihrer Rede gesagt "der Grund". - Von 1981 bis zum Ende dieses Jahres wird das Land rund 7,5 Milliarden DM an Kohlelöhnen gezahlt haben. Im selben Zeitraum wird das Land jedoch Ausgaben zur Förderung des Wohnungsbaus in Höhe von 12,5 Milliarden DM auf sich genommen haben; das sind allein 5 Milliarden DM mehr.

Nun kündigt der Finanzminister wegen der besonderen Probleme von Kohle und Stahl ein neues Programm an, das die Landesregierung unter der Bezeichnung "Zukunftsinitiative Montanregionen" beschlossen hat. Die Landesregierung will das Programm über vier Jahre mit einer Summe von 2 Milliarden DM finanzieren und verlangt vom Bund, daß er zwei Drittel dieser Kosten übernimmt. Die ersten 500 Millionen DM sollen bereits in den Haushalt 1988 fließen.

Diese politische Forderung, Herr Minister, wird zu einem Zeitpunkt aufgestellt, in dem der Bundeshaushalt längst vom Kabinett verabschiedet ist und alle Finanzdaten des Bundes bereits seit dem Frühjahr in der Kabinettsabstimmung waren.

(B)

(Zuruf des Abg. Schleußer (SPD))

Wenn der Bund jetzt den geforderten Betrag nicht im Haushalt unterbringen kann, sollte die Landesregierung wenigstens zugeben, daß ihre Forderungen und Planungen viel zu spät erhoben wurden und sie dafür selbst die Verantwortung tragen muß. Programme aufzustellen, die andere finanzieren sollen, ist wohl keine eigenverantwortliche Zukunftsplanung. Die Behauptung des Finanzministers, daß der Bund, wenn er nicht bereits 1988 auf die SPD-Forderung eingeht, eine Auszehrung der regionalen Wirtschaftskraft bewußt in Kauf nehme, ist ja wohl der Gipfel parteipolitischer Verdrängungskünste. So sollten Regierungen, die Verantwortung für alle tragen, nicht miteinander umgehen - egal, wie sie parteipolitisch zusammengesetzt sind.

Nordrhein-Westfalen ist im Länderfinanzausgleich benachteiligt worden. Darin gebe ich Ihnen recht, Herr Finanzminister. Diese Benachteiligung mag mit einigen hundert Millionen zu Buche schlagen; die 95 Milliarden DM Verschuldung erklärt sie ganz sicher nicht.

Damit komme ich zu dem für meine Fraktion wichtigsten Punkt in den diesjährigen Haushaltsberatungen. Es gibt einen ganzen Strauß von Gründen und Ursachen, die die Finanzmisere herbeigeführt haben. Dabei soll ein Grund nicht vernachlässigt werden, nach unserer Auffassung ganz sicher die Hauptsache, nämlich die jahrelange Ausgabefreudigkeit der sozialdemokratisch geführten Regierung und Fraktion, um noch einmal aus Ihrem Mexiko-Polen-Brief zu zitieren, Herr Finanzminister.

(C)

Dieser Haushalt ist immer noch kein Sparhaushalt, wenn die Landesregierung wirklich eine Konsolidierung der Finanzen will. Sie haben in Ihrer Einbringungsrede Aufgabenschwerpunkte bezeichnet. Ich kann nicht erkennen, daß dies echte Schwerpunkte sind.

Der einzige Schwerpunkt im Haushalt, der wirklich ins Auge springt, sind die 6,7 Milliarden DM Zinsausgaben. Der Haushaltsentwurf 1988 ist nach dem Motto erstellt worden: 'Das war schon immer so.' Im wesentlichen sind die Etatansätze fortgeschrieben worden. Die Milliarden-Kürzungsoperation hat nicht stattgefunden, doch sie wäre notwendig gewesen.

Durch unser Entschuldungsgesetz wollten wir - das war einer der Eckpunkte - das Parlament stärker an der Finanzplanung beteiligen. Im Nachhinein sahen wir uns dann in diesem Anliegen durch den Chef der Staatskanzlei bestätigt. Herr Leister hat gefordert, der Finanzplan solle in Zukunft zusätzliche Aussagen über die politischen Programmaufgaben des Landes und deren Entwicklung im mittelfristigen Zeitraum enthalten. Gemessen an dieser, wie wir meinen, berechtigten Forderung der Staatskanzlei ist dieser Haushalt eine maßlose Enttäuschung: einige Allgemeinplätze, aber keinerlei inhaltliche authentische Aussage zu den politischen Programmaufgaben.

(D)

Meine Fraktion hat durch ihr Entschuldungsgesetz und durch eine ganze Reihe von Anträgen in diesem Jahr versucht, die Landesregierung endlich zu einer Entscheidung über ihre politische Programmatik zu bewegen, um Klarheit über die zukünftige Politik in diesem Lande zu schaffen. Ich erinnere nur an unsere Anträge 'Vorlage eines Finanzierungskonzepts, Zukunftssicherung für Nordrhein-Westfalen' oder 'Zukunft für Nordrhein-Westfalen durch Vorrang für die Wissenschaft' oder 'Kurskorrektur für Nordrhein-Westfalen'. Bis heute sind wir noch ohne Antwort der Landesregierung und der SPD. Wir wissen nicht, in welchen Bereichen die Landesregierung welchen Umsteuerungsbe-

(Dorn (F.D.P.))

- (A) darf sieht und in welchen nicht. In der Debatte über unseren Antrag zur Kurskorrektur am 3. Juni haben Sie, Herr Ministerpräsident, für den Herbst eine Regierungserklärung angekündigt. Wir warten. Müssen wir, wie leider so oft bei Ihnen, vergeblich darauf warten, daß Sie endlich konkret sagen, was Sie wirklich tun wollen?

In der "Kölnischen Rundschau" vom 14. Juli 1987 konnten wir lesen, daß die Landes-SPD zu unbeweglich sei. Als Ursache dafür gab der Ministerpräsident kurioserweise an, daß die Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr es in den letzten Jahren gewohnt gewesen seien, daß sich die CDU vor allem mit sich selbst beschäftigte. - Welch grandiose Erklärung und Erkenntnis! Ich meine, der Grund für die Unbeweglichkeit der SPD ist viel einfacher: Die Partei hat sich der Regierungspolitik angeschlossen.

Manchmal ist es ja schon interessant, aus der Presse zu erfahren, was der Ministerpräsident in seiner Eigenschaft als Landesvorsitzender der SPD seinen Mandats- und Funktionsträgern in einem Rundbrief mitteilt. So schrieb er im Juli 1987 unter anderem:

Ich sage Euch offen, da muß sich auch manches ändern. Eine politische Partei, die ihre führenden Funktionäre von Montagmorgen bis Sonntagabend so beschäftigt, daß die Gefahr der Begegnung mit dem Wähler erst gar nicht mehr entsteht, die muß ihre Gremienarbeit überprüfen.

(B)

Meine Damen und Herren der SPD, ich glaube, der Ministerpräsident hatte sehr viel Anlaß, Ihnen das ins Stammbuch zu schreiben. Nur, glaube ich, muß er sich daran erinnern, daß er auch selbst Mitglied dieser Partei ist, die er so bezeichnet.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU
- Grätz (SPD): Das ist natürlich bei Ihnen alles anders!)

Aus der NRZ, einer der SPD nicht fernstehenden Zeitung, erfahren wir nun am 15. September: "Sozialdemokraten planen für die Zukunft". Dann heißt es: "'Irsee' wird spätestens 1989 'Codesberg' ablösen." Redakteur Manfred Stütting läßt uns dann wissen:

Willy Brandt findet den Text zu lang und nicht präzise genug. Anke Fuchs sagt: Das muß verständlicher werden und darf nicht so wissenschaftlich bleiben. Die Jusos vermissen den Stoff, der Leben bringt.

(Kenn (SPD): Hast Du Sorgen!)

"Blutleer" lautet ihr Urteil. Erhard Eppler sieht das Ding voller Dynamik. Alle reden vom "Irsee-Programm", mit dem die Sozialdemokraten die Zukunft theoretisch bewältigen wollen

(C)

und Stütting fährt dann fort:

(Zuruf von der SPD)

- Alles Zitate aus der NRZ! -

Diskussionsfreudige Genossen streiten, der Rest der Genossen steht schweigend daneben, zum Teil ahnungs- und zum Teil interessenlos. Sollte der Name 'Irsee' für die SPD wirklich eine tiefere Bedeutung haben?

Übrigens gibt es zum Thema Programmdiskussion eine interessante Formulierung von Günter Verheugen.

(Grätz (SPD): Wer ist denn das? - Weitere Zurufe von der SPD)

- Werden Sie doch nicht gleich nervös, wenn ich von Ihrem Parteigenossen spreche.

(Heiterkeit und Beifall bei der F.D.P.)

Günter Verheugen schreibt:

Das Prinzip der Wurstfabrikation: alles Brauchbare in einen Topf, etwas würzen und dann in eine neue Form bringen, beherrscht auch die Sozialdemokratische Partei.

(D)

Soweit das Zitat!

Bei kurzfristigen Programmen hat die NRW-SPD uns in der letzten Zeit mehrfach drastisch vorgeführt, wie ihre programmatischen Aussagen an ihrer eigenen Politik scheitern und immer mehr in den Bereich der Unglaubwürdigkeit versinken. Dabei denke ich an zwei Beispiele:

Im Frühjahr dieses Jahres lehnte der Ministerpräsident jede Beteiligung des Landes an Kosten für Sozialpläne für die Stahlarbeiter rigoros ab. Nachdem er dann von Kabinettsmitgliedern und Fraktionskollegen von der Stimmung unter den Stahlarbeitern informiert wurde, machte er eine Kehrtwendung um 180 Grad und setzte sich an die Spitze der Gegenbewegung zu seinen früheren Aussagen. Den zweiten Akt des Unfalldramas dieser Regierung werden wir nun Anfang Oktober auf dem SPD-Parteitag in der Energiepolitik vermutlich erleben. Beide Fälle beweisen, was man von der Glaubwürdigkeit so stolz ver-

(Dorn (F.D.P.))

- (A) kündeter Thesen zu halten hat. Vielleicht wird also Irsee möglicherweise auch zum Irrweg.

Bevor wir uns als Opposition kritisch mit den Einzeletats, mit den verschiedenen Fachbereichen beschäftigen, ist zunächst die Landesregierung gefordert, ihre Hausaufgaben nachzuholen. Wir fordern Sie auf, Herr Ministerpräsident, Ihr Versprechen einzulösen und alsbald in Ihrer Regierungserklärung das zu benennen - ich zitiere Ihr Versprechen -, "was an Kurskorrektur in Nordrhein-Westfalen nötig ist".

Im Juli dieses Jahres haben Sie in einem Pressegespräch den darüber dann staunenden Landeskindern versprochen, Sie würden sich jetzt aber in die engere Landespolitik einarbeiten. Es wäre gut, Herr Ministerpräsident, wenn Sie uns das Ergebnis Ihrer Einarbeitung bald vorlegen würden.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Frau Friebe: Ich danke Ihnen, Herr Abg. Dorn. - Für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt Herrn Abg. Schleußer das Wort; bitte schön.

- (B) Schleußer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Dorn, ich habe schon im vergangenen Jahr mit Ihnen darüber diskutiert, wie kurz Ihr Erinnerungsvermögen ist. Ich habe Sie im letzten Jahr bereits daran erinnern müssen, daß es, was die Nettokreditaufnahme angeht, eine beeindruckende Zahl gibt: 1979 sind noch 4,6 Milliarden DM Kredite aufzunehmen gewesen, und 1980 - also bei einem Haushalt, den Sie mit zu vertreten hatten, bei dem Sie viele langwirkende Beschlüsse mitgetragen hatten - waren es 8 Milliarden DM. Nur: Da endet meist das Erinnerungsvermögen des Kollegen Dorn. Ich möchte ihn wirklich bitten, im nächsten Jahr daran zu denken, daß es diese Zeit auch gab.

Sicherlich, Kollege Dorn, gibt es viele Reiterlieder, die man zitieren kann. Ich habe eine einzige Erinnerung, auf die das von dem "verlorenen Haufen" und den "eingerollten Fahnen" zutrifft, und das war am 11. Mai 1980, als der Wähler Sie aus dem Landtag geschickt hat.

(Beifall bei der SPD - Dorn (F.D.P.): Wir sind aber wieder hier!)

- Lieber Herr Kollege Dorn, das ist doch, wenn wir das recht betrachten, nicht das

Verdienst der F.D.P., daß das seit Mai 1985 wieder anders ist. (C)

(Dorn (F.D.P.): Ihr Verdienst aber auch nicht!)

Das ist der Niedergang der CDU; davon profitieren Sie.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.))

Ich will es dabei bewenden lassen und möchte mich meinem verehrten Kollegen Schauerte zuwenden. Herr Kollege Schauerte, es ist schon beeindruckend, wie eine Terminabsprache, wie Terminschwierigkeiten mit politischen Schlüssen versehen werden. Ich sage Ihnen noch eines: Diese Terminabstimmung war ja nicht nur nebenbei und so dahingesagt, sondern sie war besprochen.

(Widerspruch des Abg. Schauerte (CDU) - Zurufe von der CDU: Mit wem denn?)

Es ist manchmal bedrückend - auch für andere -, wie Sie Ihren Fraktionsvorsitzenden im Regen stehenlassen. Das ist nicht das erste Mal gewesen, daß man so etwas mitbekommen mußte.

Wenn ich an Ihre Spiegel-Zitate denke, dann möchte ich Ihnen sagen: Es gibt auch einen Spruch, der lautet, daß man sehr wohl in der Lage ist, den Splitter im Auge des Nachbarn, des Gegners zu erkennen und den Balken im eigenen Auge nicht. Ich glaube, gerade diese Spiegel-Ausgabe hätte der CDU reichlich Möglichkeiten gegeben, nachzudenken. Und ich befürchte, sie wird in Schleswig-Holstein noch viel nachdenken müssen, um dort zu vernünftigen Verhältnissen zu kommen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Beeindruckendste war allerdings, Herr Kollege Schauerte, daß Sie jetzt schon bereit sind, die mit großer Propaganda aufgebaute sogenannte Steuerreform zu beerdigen - so muß ich annehmen; denn die Zuwachsraten, die Sie uns für 1990 und die folgenden Jahre prognostiziert haben,

(Schauerte (CDU): Stehen im Finanzbericht!)

die stehen im Finanzbericht ohne Berücksichtigung der sogenannten Steuerentlastung 1990. Also: Wir haben nicht nur Späth, der hilft, daß dieser Unsinn nicht kommt; Herr

(Schleußer (SPD))

- (A) Schauerte wird uns ebenfalls helfen, daß das außen vor bleibt.

(Schauerte (CDU): Darüber reden wir dann, wenn es 1990 ist!)

Und das zieht sich ja durch alle Haushaltsberatungen, Herr Kollege Schauerte, daß wir heute einmal wieder eine der wenigen Stunden des Jahres erleben, in denen die CDU Sparsamkeit predigt, sie vor allen Dingen von anderen abfordert. Das hat sich so zum jährlichen Ritual entwickelt. Denn an den übrigen Plenartagen des Jahres sieht das ja völlig anders aus. Es gehören keine prophetischen Gaben dazu, schon heute zu sagen, daß bereits in der zweiten Lesung, spätestens bei der Stellungnahme der Fachausschüsse und aus den Fachausschüssen, aus Ihren Arbeitskreisen heraus die Ausgabenpolitiker der CDU das Sagen haben werden. Dann formulieren bereits hier bei der zweiten Lesung - das sage ich Ihnen! - die Bildungspolitiker, die Sozial- und die Jugendpolitiker, die Landwirte ihre Forderungen.

(Schauerte (CDU): Warten wir es ab!)

- (B) Sie flankieren das dann mit einer weiteren Aussage: mit dem Wunsch an unsere Fachpolitiker, doch endlich einmal dafür zu sorgen und sich darum zu kümmern, daß sich nicht wiederum die Finanzpolitiker bei der SPD durchsetzen. Das ist nachlesbar. Es wird regelmäßig schon bei der zweiten Lesung hier wiederholt. Was dann im Laufe eines Jahres an Forderungen kommt, ist nach meinem Dafürhalten mit einer Grundlage dafür, daß alles das, was von anderen abgefordert wird, selbst ausgelassen wird. Ich kann Ihnen nur empfehlen, Herr Schauerte: Entweder nehmen Sie Ihre Fraktionskollegen mit Ihren Forderungen und mit dem Vorwurf ernst, daß sich die Finanzpolitiker bei der SPD durchgesetzt haben - dann müssen Sie Ihre Tiraden hier lassen; dann passen die nicht hierher -, oder ich darf Sie bitten, Ihr Innenverhältnis in Ordnung zu bringen. Ich glaube, da wäre auch noch eine Menge zu tun!

(Zustimmung des Abg. Trinius (SPD))

Und in dem, was hier zur Finanzpolitik des Landes und zum Landeshaushalt vorgetragen worden ist, kann ich beim besten Willen keine haushaltspolitische Alternative der CDU erkennen. Das ist, Herr Rohde, so, wie es gesagt und gefordert wird, auch nicht ernst zu nehmen. Worauf wir und worauf auch die Bürger unseres Landes vergeblich warten, ist ein Konzept Ihrer finanzpolitischen Vorstellungen und ist auch eine Alternative zu der nach unserem Dafürhalten erfolgreichen

(Schauerte (CDU): Ruinösen!)

- Konsolidierungspolitik der Landesregierung und auch der Landtagsfraktion. (C)

(Dr. Pohl (CDU): Au, au!)

- Lieber Herr Kollege Pohl, ich werde Ihnen eine Reihe von Beispielen bringen, die Sie dann noch zu Ihrem Landesvorsitzenden mitnehmen können, wenn es um Vergleiche geht.

(Dr. Pohl (CDU): Und ich bringe die Gendarstellung!)

- Diese Möglichkeit haben Sie gleich, und ich bin sehr darauf gespannt.

Ich glaube, man kann der nordrhein-westfälischen Landesregierung nicht vorwerfen, daß sie sich sozusagen als "finanzwirtschaftlicher Störenfried" betätigt oder etwa Außenseiter in einer im übrigen heilen finanzwirtschaftlichen Welt sei. Das Gegenteil ist, meine ich, richtig. Das hat auch die Haushaltsdebatte im Bundestag vor vierzehn Tagen gezeigt. Sie hat viele deutliche Kratzer am Bild des angeblich so sparsamen "Hausvaters der Nation" offengelegt. Denn bisher lebte Herr Stoltenberg von seiner Behauptung, er habe die Bundesfinanzen wieder in Ordnung gebracht.

(Dautzenberg (CDU): Hat er auch!)

Ich finde, die Tatsachen sehen anders aus; hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. So erklärte - um das als Grundlage zu nehmen - der Bundesfinanzminister am 23. Dezember 1983 in der "Wirtschaftswoche":

Ich würde es nicht als befriedigend ansehen, wenn wir mit dem Abbau der Neuverschuldung bei einer Größenordnung zwischen 30 und 35 Milliarden DM Schluß machen würden.

So - ich wiederhole - am 23. Dezember 1983!

(Schauerte (CDU): Dazu stehen wir bis heute!)

Heute müssen wir feststellen, Herr Kollege Schauerte, daß 1988, knapp fünf Jahre nach dieser Äußerung, im Haushalt wieder eine Neuverschuldung von 30 Milliarden DM vorgesehen ist und daß auch 1990 fast 31 Milliarden DM als Kreditaufnahme im Haushalt stehen, so daß diese Aussage von 1983 aufs neue widerlegt wird.

(Schauerte (CDU): Sie müssen aber auch sagen, was er dazu erklärt hat!)

(Schleußer (SPD))

- (A) Und, Herr Schauerte, auch im laufenden Haushalt ist die Situation nicht besser. Sie wissen, daß vor einer Woche der Parlamentarische Staatssekretär Voss den Haushaltspolitikern der Koalition überraschend mitgeteilt hat - nach den Wahlen in Schleswig-Holstein und in Bremen -, daß man nicht mit der vorgesehenen Aufstockung der Nettokreditaufnahme von 22,3 auf 26,3 Milliarden DM auskomme, sondern eine weitere Kreditaufnahme von 3 Milliarden DM notwendig sei.

Bei dieser Entwicklung nimmt es nicht wunder, wenn mittlerweile nur noch von Haushaltspolitikern der Koalition nach Bewirtschaftungsmaßnahmen gerufen wird, solche Maßnahmen gefordert werden. Damit ist wohl eindeutig klar, daß aus den großen Ankündigungen des Bundesfinanzministers sehr wenig geworden ist.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte?

(Schleußer (SPD): Ja.)

- Bitte sehr!

(Zuruf von der SPD: Hat der Junge denn noch nicht genug gequatscht!)

Schauerte (CDU): Herr Kollege Schleußer, Sie wissen sehr wohl, daß der Herr Bundesfinanzminister von einer kurzfristigen Erhöhung in diesem Bereich gesprochen hat, die er wieder abbauen wird.

(B)

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Aber meine Frage dazu: Selbst wenn das stimmen sollte, was Sie sagen,

(Zuruf von der SPD: Stimmt alles!)

wie wollen Sie dann rechtfertigen, daß Sie von diesem Bundesfinanzminister eine Milliarde nach der anderen fordern?

(Beifall bei der CDU)

Schleußer (SPD): Ich gehe davon aus, daß der Herr Bundesfinanzminister sich bisher als eine Art Wunderknabe dargestellt hat und Jahr für Jahr deutlicher wird, daß er nur mit Wasser kochen kann, und daß auch Ihr Setzen auf den Bundesfinanzminister ein Setzen auf Sand gewesen ist. Ich kann Ihnen das an einer Reihe weiterer Beispiele belegen.

(Zustimmende Zurufe von der SPD - Gegenrufe von der CDU)

Was da übergekommen ist, das waren überwiegend ungerechtfertigte Prognosen - und nicht mehr.

(C)

Damit das deutlich wird und damit Ihnen noch mehr von Ihrer Frage beantwortet wird, lassen Sie mich einige Worte zur Verschuldungsbilanz dieses Bundesfinanzministers sagen! Da gab es einen Vortrag des Bundesfinanzministers im April 1966: "Sozialethische Neuorientierung deutscher Politik".

(Dautzenberg (CDU): Wirklich 1966?)

Darin wird zur Verschuldungssituation der sozialliberalen Regierung Stellung genommen. Ich darf mit Erlaubnis der Frau Präsidentin zitieren; Herr Stoltenberg sagt da:

Vor allem unter sozialethischen Gesichtspunkten war diese Politik unverantwortlich geworden.

(Schauerte (CDU): Damit hat er recht.)

Diese Politik diene zu einer immer stärkeren Vorbelastung der Zukunft der Generation unserer Kinder, der empfindlichen Einschränkung ihrer Lebens- und Gestaltungsmöglichkeiten. Sie war eine schwere Verletzung der sittlichen Grundlagen des Generationsvertrages.

- So 1966, im April.

(Schauerte (CDU): 1976! - Dautzenberg (CDU): War es nicht 1986? - Weitere Zurufe - Unruhe)

(D)

- 1986! Ich sage es, damit die Zahl diesmal richtig genannt ist: Es war 1986, als er schon lange Bundesfinanzminister war, also vor knapp einem Jahr.

Gemessen an diesen hehren Äußerungen stellt sich die Verschuldungsbilanz völlig anders dar. Ich glaube, man kann guten Gewissens und mit Recht sagen, daß der Bundesfinanzminister seinen eigenen Anspruch nicht rechtfertigt, daß er vielmehr täglich seinen eigenen Anspruch verletzt. Ich will das mit Zahlen belegen:

Seit 1986 sind die Schulden des Bundes um 105 Milliarden DM auf nunmehr 413 Milliarden DM gestiegen. Korrekterweise müssen 48 Milliarden DM Bundesbankgewinne hinzuge-rechnet werden. Nach der heutigen Mittelfristigen Finanzplanung des Bundes sollen bis 1991 noch einmal 140 Milliarden DM neue Schulden hinzukommen; 30 Milliarden DM zusätzlich eingestellter Bundesbankgewinne sind dabei berücksichtigt. Schon heute steht

(Schleußer (SPD))

- (A) fest, Herr Kollege Schauerte, daß die Regierung Kohl nach eigener Planung von 1983 bis 1991 - also in neun Jahren - 245 Milliarden DM neuer Schulden aufgehäuft haben wird, obwohl sie im gleichen Zeitraum auf 77 Milliarden DM Bundesbankgewinne zurückgreifen konnte. Und ich nehme an - Herr Dorn ist nicht mehr anwesend -, ein bißchen beteiligt wird die F.D.P. im Bund daran wohl auch noch sein. Ich sage Ihnen: Bei diesen Zahlen sind nicht einmal die großen Risiken als Folge der unfinanzierbaren Steuerentlastung berücksichtigt.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte?

(Schleußer (SPD): Ja.)

- Bitte schön, Herr Schauerte.

Schauerte (CDU): Herr Schleußer, können Sie bei dieser Bilanz, die Sie da ziehen, bestätigen, daß der Bundesfinanzminister allein 30 Milliarden DM Zinsen pro Jahr für die Schulden zahlen muß, die er von Ihnen übernommen hat?

Schleußer (SPD): Ich kann Ihnen bestätigen, Herr Schauerte - wenn mir hier immer die täglichen Zinsleistungen des Landes von der Opposition vorgehalten werden -, daß der Herr Bundesfinanzminister für eigene, von ihm aufgenommene Schulden in der Zwischenzeit 27 Millionen DM täglich bezahlt.

(B)

(Zurufe von der SPD: Hört, hört! - Weitere Zurufe)

Das bedeutet, meine Damen und Herren: Von der Regierung Kohl ist in neun Jahren ein Finanzierungsdefizit aus Neuverschuldung und Bundesbankgewinnen verursacht worden, das um 59 Milliarden DM größer ist als das Gesamtdefizit nach dreizehn Jahren sozial-liberaler Regierungszeit.

(Zurufe - Unruhe)

Da finde ich, daß ein Vergleich dieser Daten mit dem, was früher Zielvorstellung und Absichtserklärung des Bundesfinanzministers gewesen ist, eindeutig das Scheitern seiner Konsolidierungspläne und -absichten kennzeichnet. Das kann und will der Bundesfinanzminister nicht zugeben, obwohl diese Zahlen eine klare Sprache sprechen. Er sucht da einen neuen Fluchtweg und eine Zuflucht in einer völligen Kehrtwendung seines bisherigen finanzpolitischen Glaubenssatzes. Nunmehr ist eine Voll- oder Teilfinanzierung der Steuerentlastung 1990 durch Kreditauf-

nahme nicht mehr ausgeschlossen. Es ist auch kein finanzpolitischer Irrweg mehr, eine Steuersenkung auf Pump durchzuführen. Offensichtlich bereitet ihm auch das keine Kopfschmerzen mehr. Er kaschiert ein wenig die Wende und spricht davon - wie Sie das eben auch versucht haben, Herr Schauerte -, es sei nur eine geringfügige und vorübergehende Erhöhung der Nettokreditaufnahme zur Finanzierung dieser Steuerreform geplant. Ich sage Ihnen: Das ist Steuerentlastung auf Pump und finanzwirtschaftlich unverantwortlich.

(C)

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn dies auf der Bundesseite belegbar ist, muß man beiden Oppositionsparteien sagen, daß ihre Vorwürfe an Diether Posser und an die Landesregierung auf wackligen Beinen stehen. Es gibt einen weiteren Ausspruch: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Darum können Sie auch nicht ernsthaft der Öffentlichkeit gegenüber so tun, als seien die Schulden der Bundesregierung gute Schulden und die Schulden der Landesregierung schlechte Schulden, und dann noch damit rechnen, daß Sie in der Öffentlichkeit ernst genommen werden.

Die CDU und auch die F.D.P. täten gut daran, die Konsolidierungsleistung vor allem des Finanzministers und auch der Landesregierung anzuerkennen. In allen Vergleichsdaten ist die Konsolidierungsbilanz des Landes besser als die des Bundes, und das trotz ungleich schwierigerer Rahmenbedingungen. Ich sage auch: Die Konsolidierung ist hier entschlossener durchgeführt worden als in Bonn. Fakt ist, daß die jährliche Nettokreditaufnahme in Nordrhein-Westfalen von 1980, dem Jahr mit dem höchsten Wert, von 10,1 Milliarden DM bis 1987 auf 5,6 Milliarden DM oder um rund 45 % zurückgeführt wurde. Der Bundesregierung ist es dagegen nach den neusten Daten lediglich gelungen, ihre jährliche Neuverschuldung von 37,2 Milliarden DM im Jahr 1982 auf rund 29 Milliarden DM im Jahr 1987 oder um bescheidene 22 % zu senken.

(D)

Es gibt da ein interessantes Interview Ihres neuen Landesvorsitzenden mit den "Aachener Nachrichten". Ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren: Die "Aachener Nachrichten" fragen ihn: Aber macht denn nicht Bonn auch neue und mehr Schulden? - Norbert Blüm darauf:

Wenn Nordrhein-Westfalen die gleiche Konsolidierungsleistung zustande bringt, wie wir das in Bonn unter Beweis gestellt haben, werde ich die SPD in Düsseldorf in diesem Punkt nicht mehr angreifen.

(Schleußer (SPD))

- (A) Halten Sie sich da an Ihren Landesvorsitzenden, und lassen Sie die Angriffe, wie auch er sie sein lassen wird!

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: "Wenn" hat er gesagt!)

Ich weiß, daß es schwerfällt, Herr Schauerte - das erleben wir häufig genug in den Ausschusssitzungen -, Fakten und Zahlen anzuerkennen. Sie werfen zwar anderen ideologische Scheuklappen vor, ich weiß aber nicht, wer davon betroffener ist als Sie.

Der Vergleich, den ich eben gebracht habe - wie die Rückführung der Nettokreditermächtigungen ist -, wäre unvollständig, wenn man nicht auch noch auf andere, allein dem Bund zur Verfügung stehende Instrumente hinweisen würde, die zum Haushaltsausgleich herangezogen werden. Ich meine die Privatisierung von Industriebeteiligungen. Allein in den Jahren 1986 bis 1989 wird der Bund aus der Versilberung des ihm zugeflossenen Industriekapitals rund 6,6 Milliarden DM kassieren und damit Haushaltslöcher stopfen.

Für die Konsolidierungserfolge der Landesregierung, Herr Kollege Schauerte, war dagegen ausschließlich ein streng ausgabenorientierter Ansatz verantwortlich. Nach den Aussagen des Bundesfinanzministers betrug die Ausgabensteigerung in Nordrhein-Westfalen 1986 3,5 %. Das war die zweitniedrigste im Ländervergleich, nach dem Saarland. Im Durchschnitt lagen die Länder bei 4 %. Das ist um so bemerkenswerter, weil die Zuwachsraten der Landeshaushalte zwischen 1981 und 1985 die mit Abstand niedrigsten der Flächenländer waren. Sie lagen auch eindeutig unter dem Zuwachsraten des Bundes.

(Schauerte (CDU): Das ist doch Manipulation!)

Das gilt auch für den Haushaltsentwurf 1988 mit einer Zuwachsrate von 1,9 %.

(Schauerte (CDU): Mit Ausgabenauslagerungen! Eine Milliarde!)

1,9 % - das entspricht dem bisherigen Konsolidierungskurs. Das heißt, daß wir uns auch unter dieser Auslagerung weit unterhalb der vom Finanzplanungsrat vorgegebenen Größenordnung von 3 % halten. Bei einer Preissteigerungsrate von 2 %, die wir vermutlich zu erwarten haben, reicht diese Zuwachsrate nicht einmal aus, das Ausgabevolumen dieses Jahres unverändert weiterzufinanzieren. Sie sehen: Was da getan wird, konnte nur durch Ausgabenschmälerung erreicht werden.

(Schauerte (CDU): Durch Auslagerungen!)

Es gibt einen weiteren Beleg, wenn Sie meinen, daß sei allein durch Auslagerungen entstanden. Ich will Ihnen die Ausgaben im Ländervergleich nennen. Im Jahr 1986 lagen die Pro-Kopf-Ausgaben in Nordrhein-Westfalen bei 3 570 DM, die der anderen Bundesländer - auch christdemokratisch regierter - wie zum Beispiel Baden-Württemberg bei 3 593 DM oder Niedersachsen bei 3 884 DM.

(Schauerte (CDU): Landschaftsverbände, Kliniken!)

- Das ist jedes Jahr die gleiche Behauptung. Was die Landschaftsverbände und deren bedingte Wahrnehmung von Landesaufgaben angeht, so hat bereits im vergangenen Jahr der Finanzminister Ausführungen dazu gemacht. Sie können das im Protokoll der letzten Haushaltsdebatte nachlesen. Ich hoffe, Sie finden die Zeit dazu, damit man das nicht jährlich wiederholen muß.

Vor diesem Hintergrund kann die von der CDU immer wieder vorgetragene Behauptung, die Landesregierung wirtschaftete zu üppig, nur als grotesk bezeichnet werden.

Der Pro-Kopf-Vergleich und die prozentuale Steigerungsrate zeigen, daß wir eine am Erfolg orientierte Konsolidierungspolitik betreiben und diese Konsolidierungspolitik nirgendwo so eindeutig, so konsequent praktiziert wird wie in Nordrhein-Westfalen.

Im Hinblick auf die finanzpolitische Lage in Bonn frage ich: Wäre es nicht endlich an der Zeit, daß auch die CDU in Nordrhein-Westfalen eine realistische und nicht an parteipolitischen Gegensatz ausgerichtete Haltung zur aktuellen Finanzsituation des Landes einnimmt? Meine Damen und Herren von der CDU, es geht mir bei diesem Vergleich zwischen Land und Bund nicht darum, dem einen nur Erfolge und dem anderen nur Mißerfolge zuzuschreiben; es kommt mir vielmehr darauf an, deutlich zu machen, daß ein Land nicht wie eine Insel in einer sonst unruhigen See in seinen finanzpolitischen Entscheidungen autonom ist, mit seinen Entscheidungen auf seine Nachbarn keine Rücksicht zu nehmen braucht und von Außeneinflüssen völlig unabhängig ist. Richtig ist vielmehr, daß ein ganzes Bündel bundespolitisch beeinflusster, alle Länder gleich belastender Faktoren den Finanzstatus eines Landes massiv beeinflusst. Es gilt für alle Länder, auch für Nordrhein-Westfalen, daß sie durch die im schwächer werdende konjunkturelle Entwicklung und als Folge zahlreicher Steuerentlastungen der Bundesregierung ruinöse Steuerausfälle zu verkraften haben.

(C)

(D)

(Schleußer (SPD))

- (A) Schon 1988, Kollege Schauerte - und das mit steigender Tendenz in den Folgejahren -, wird die finanzielle Situation des Landes und seiner Gemeinden entscheidend dadurch geschwächt sein. Mit rund 2,3 Milliarden DM netto nach dem kommunalen Finanzausgleich wird die zweite erweiterte Stufe des Steuersenkungsgesetzes 1988 den Landeshaushalt belasten. Gleichzeitig werden aus konjunkturellen Gründen weitere 700 Millionen DM fehlen. Einnahmeverluste in einer Größenordnung von 7,7 Milliarden DM werden bis 1988 zudem die von der Bundesregierung seit der Wende beschlossenen Steuerrechtsänderungen mit sich bringen. Aufgrund beschlossener Gesetze hat Nordrhein-Westfalen allein im Haushaltsjahr 1988 einen Einnahmeverlust von netto 3 Milliarden DM zu verkraften, also mehr als die Hälfte seiner geplanten Nettokreditaufnahme.

Nun - das haben Sie vorhin wieder getan - wird von Ihnen immer wieder darauf hingewiesen, daß trotz der Steuersenkungsmaßnahmen der Bundesregierung die Steuereinnahmen des Landes noch stiegen, in Wirklichkeit also nur der Zuwachs abgeschwächt sei. Abgesehen von Ihrem Fehler, den ich soeben bereits angesprochen habe, was die Zeit 1990 und Folgejahre angeht, sage ich Ihnen: Das ist eine einseitige Behauptung; sie ist irreführend, weil man die Ergebnisse dieser verhängnisvollen Steuerpolitik für die öffentlichen Haushalte bagatellisieren will. Bei dieser Argumentation wird übersehen, daß die Aufgaben- und Ausgabenbelastungen eines Landes trotz abgeschwächter Einnahmeentwicklung im nächsten Jahr wachsen werden und wachsen müssen. Allein für die Personalkosten - Sie haben es angesprochen - und für die Zinsen werden im Jahre 1988 rund 900 Millionen DM mehr notwendig sein. Die Steuereinnahmen - das können Sie nur in einem Soll-Soll-Vergleich sehen - werden dagegen nur um knapp 440 Millionen DM oder 1 % steigen.

(B)

(Schauerte (CDU): Der Fehler liegt in 1987!)

Folglich kann zur finanziellen Deckung dieses Mißverhältnisses überhaupt nur überlegt werden, ob man noch mehr einsparen kann, d. h. noch mehr Korrekturen an bestehenden Ausgabenpositionen, oder ob durch zusätzliche Kredite und Kreditaufnahmen ausgeglichen werden kann. Ich sage Ihnen: Ausgabenverzichte in einer Größenordnung, wie sie dafür notwendig wären, dürften mit Hinblick auf das, was schon seit 1981 Jahr für Jahr durch diese Landesregierung, getragen durch die SPD-Fraktion, getan worden ist, nicht mehr möglich sein. Deshalb gibt es nur eine

realistische Möglichkeit: den Ausgleich über eine verstärkte Inanspruchnahme des Kreditmarktes. Diese zwangsläufige Erkenntnis hat auch deshalb schon Korrekturen an der vorgesehenen Konsolidierungslinie bis 1990 unvermeidlich werden lassen.

(C)

So mußten im Gegensatz zur Finanzplanung des Vorjahres die beabsichtigten Zielwerte der Nettokreditaufnahme für 1988 um 1,1 Milliarden DM, für 1989 um 1,8 Milliarden DM und für 1990 um 2,4 Milliarden DM nach oben korrigiert werden. Der Grund dafür liegt ganz und gar und allein bei der Entwicklung der Steuern, bedingt vorwiegend durch Entlastung, aber auch durch konjunkturelle Steuerausfälle. Bei diesen Korrekturen sind die Folgen der sogenannten Steuerreform 1990 mit einem Gesamtvolumen von 44,2 Milliarden DM nicht einmal berücksichtigt. Durch diese Aktion, die Sie, Herr Schauerte, zusätzlich rechnen müssen, droht für 1990 ein weiteres Loch in den Kassen des Landes mit netto 4 Milliarden DM, und für die Kassen der Gemeinden wird es ein Loch von weiteren 3 Milliarden DM sein.

Meine Damen und Herren von der CDU, wenn das Unwahrscheinliche wahr wird und es gelingen sollte, die zur Finanzierung vorgesehenen 19 Milliarden DM entweder ganz oder teilweise durch Abbau von Steuervergünstigungen bei der Einkommensteuer wieder hereinzubekommen, dann können die unmittelbaren Steuerverluste des Landes und seiner Gemeinden gegebenenfalls niedriger ausfallen. Aber damit, daß dieses Ziel politisch durchsetzbar ist oder auch nur ernsthaft gewollt wird, ist nach den bisherigen Erfahrungen mit dieser Bundesregierung beim Subventionsabbau realistischerweise nicht zu rechnen.

(D)

Alle Zeichen deuten vielmehr darauf hin, daß zur Finanzierung allein auf eine Anhebung indirekter Steuern wie z. B. der Umsatzsteuer und anderer Verbrauchssteuern zurückgegriffen wird.

Nur von Steuererhöhungen in diesem Bereich werden weder die Länder noch die Gemeinden profitieren - entweder gar nicht oder in einem sehr bescheidenen Maße profitieren -, weil die Ertragshoheit hier allein dem Bund zusteht.

(Schauerte (CDU): Das wird nicht so bleiben!)

Ich will, obwohl Sie, Herr Kollege Schauerte, das mit teilweise untauglichen Beispielen zu korrigieren versucht haben, darauf verzichten, auf die verteilungspolitische Schlagseite dieses Steuerpaketes einzugehen, weil es dafür beeindruckende Beispiele in der Ein-

(Schleußer (SPD))

- (A) bringungsrede des Finanzministers gibt. Ich finde, diese Beispiele zeigen, daß mit dem Steuerpaket 1990 die Steuerpolitik ohne soziales Gewissen und ausgewogene Verteilung fortgesetzt wird, denn trotz dieses Riesenvolumens an geplanter Steuersenkung, das Sie überall feiern, wird die Lohnsteuerbelastung der Arbeitnehmer nicht sinken, sondern Rekordhöhen erreichen - trotz dieser gewaltigen Summe.

(Schauerte (CDU): Deswegen muß doch gesenkt werden!)

- Wir haben Ihnen immer vorgeschlagen, den Rau-Tarif zur Grundlage zu nehmen, denn dann hätten Sie eine gerechte Verteilung.

Herr Schauerte, bedrücken nicht auch Sie folgende Prozentzahlen? Als Sie in Bonn 1982 die Regierung bildeten, lag der Lohnsteueranteil bei 16 %. Er stieg auf 17,3 % im Jahre 1986; er wird 1988 auf 18,1 % steigen und wird 1990 19,4 % betragen.

(Schauerte (CDU): Dafür kommt die Steuersenkung!)

Unter Berücksichtigung dessen, was Sie wollen, wird Ihr Weg in den Lohnsteuerstaat nicht aufhören, denn - und das ist auch die Erklärung - das Schwergewicht Ihrer Entlastung liegt allein bei Spitzenverdienern und Unternehmen.

- (B) (Schauerte (CDU): Das ist falsch!
- Dr. Pohl (CDU): Falsche Behauptungen werden nicht durch Wiederholungen richtig!)

- Das kann man alles nachlesen, Herr Kollege Pohl. - Die Rückführung dieses Lohnsteueranteils von 19,4 % auf den von Ihnen vorgefundenen Anteil von 16 %, das bedeutete ein Mehr in den Kassen der Arbeitnehmer, wäre eingetreten, wenn Sie bei Ihren vielen Entlastungsgesetzen von insgesamt 34 Milliarden DM gerecht geblieben wären.

(Schauerte (CDU): Die waren alle gerecht!)

Ich denke, das wäre eine gute Entwicklung gewesen, die Sie bewußt nicht gehen wollten.

Dieselben Lohnsteuerzahler werden auch aus zwei anderen - zugegebenermaßen erst auf den zweiten Blick erkennbaren - Gründen Verlierer dieser sogenannten Reform sein. Durch die Anhebung indirekter Steuern wie zum Beispiel der Umsatz- oder anderer Verbrauchssteuern

(Schauerte (CDU): Das haben bisher nur Sie gekonnt!)

- (C) werden vor allen Dingen die Bezieher kleiner Einkommen überproportional belastet werden.

(Schauerte (CDU): Das war in der Vergangenheit leider immer so!)

Wenn man diesen Weg geht, werden vor allen Dingen diejenigen - die Rentner, die Arbeitslosen, die Studenten -, die, weil sie keine Steuern zahlen, keine Entlastung erhalten,

(Dautzenberg (CDU): Das BAföG wird erhöht, und das Kindergeld wird erhöht!)

trotzdem an der Finanzierung dieser Steuerentlastung beteiligt sein.

Und dieselben Bürger, Herr Schauerte, sind auch dann die Hauptleidtragenden, wenn Länder und Gemeinden wegen ihrer explodierenden Finanzierungsdefizite gezwungen sind, Leistungsangebote einzuschränken, weil sich diese Bürger erst recht keinen armen Staat erlauben können.

Wir sagen aus diesem Grunde nein zu dieser Steuerpolitik auf Pump, dieser Steuerentlastungspolitik auf Pump,

(Zustimmung bei der SPD)

weil sie unsolide finanziert ist, wirtschaftspolitisch nichts bewirkt, verteilungspolitisch ungerecht ist und mit den ruinösen Folgen den öffentlichen Haushalten die Mittel nimmt, die sie für die drei wichtigsten Aufgaben - nämlich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zum Schutz der Umwelt und zur Bewahrung der sozialen Gerechtigkeit - in der Zukunft brauchen.

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

Wir wissen - das hat der Finanzminister dargelegt -, daß ein gewichtiger Block auf der Ausgabeseite die Vorbelastung unseres Haushalts durch die Sonderlast Kohle ist. Der Finanzminister hat ein beeindruckendes Rechenbeispiel gewählt, wie die Gesamtbelastung bis zum Jahre 2000 aussehen würde - ohne daß er Zins- und Zinsnebenwirkungen eingerechnet hat -, wenn es nicht gelingt, im Rahmen einer gesicherten Energieversorgung eine Änderung der gegenwärtigen Finanzierungsbedingungen herbeizuführen. Sie haben in Ihrem Debattenbeitrag eben so getan, als sei das eine Verabschiedung von der Kohlevorrangpolitik, als mache das Verhandlungen schwieriger. Wir erwarten an und für sich nur von Ihnen, Herr Schauerte, und von Ihnen, Herr Dr. Worms als Fraktionsvorsit-

(Schleußer (SPD))

- (A) zender, daß Sie den Positionen des Bundesrates folgen, daß Sie in Nordrhein-Westfalen eine ähnliche Position einnehmen wie Bayern das im Bundesrat getan hat, wie Baden-Württemberg es im Bundesrat gemacht hat, wie Rheinland-Pfalz das im Bundesrat gemacht hat, die den Bund aufgefordert haben - einstimmig aufgefordert haben -, Nordrhein-Westfalen von den Kohlelasten zu entlasten.

(Zustimmung bei der SPD - Schauerte (CDU): Das haben wir doch vorher gefordert!)

Für uns ist es keine Frage, daß wir nach wie vor zu der Verantwortung gegenüber der Kohle stehen werden.

Vorbelastungen der Ausgabeseite unseres Haushaltes - das habe ich im vergangenen Jahr bereits gesagt -, ohne daß man mittelfristig diesbezügliche Entscheidungen treffen könnte, sind die Zinsausgaben, sind die Personalausgaben, die über 50 % des Ausgabevolumens ausmachen. Wir wissen, daß das nur langfristig geändert werden kann. Wir sind auf einem guten Weg. Dieser Weg ist nicht immer einfach, und er wird uns auch nicht immer einfach gemacht.

(Schauerte (CDU): Es wird einem angst, wenn man hört, wie man diesen Weg als gut bezeichnen kann!)

- (B) Ich sage denen, die diese Zusammenhänge nicht sehen wollen oder können, Herr Kollege Schauerte:

Wenn die steuerpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung unverändert Wirklichkeit werden sollten, werden sich unausweichlich folgende Finanzprobleme nicht dadurch lösen lassen, daß man sie ignoriert oder bagatelisiert oder in der Argumentationskette ein wenig doppelzüngig ist, gleichzeitig die Höhe der Nettokreditaufnahme, der Verschuldung, insgesamt angreift, der Landesregierung Zukunftsblockade vorwirft, aber im Zusammenhang beispielsweise mit dem Arentz-Papier von einem maßlosen und unverantwortlichen Abbau sozialer Leistungen spricht, dabei gleichzeitig eine landesweite Kampagne für die Zurückführung des Verbundsatzes aufs Korn nimmt. Wenn man das alles zusammenbringt, versucht man, die Quadratur des Kreises zu beschwören. Das soll bisher sehr wenigen gelungen sein. Ich bin davon überzeugt: Es wird auch der nordrhein-westfälischen CDU nicht gelingen.

Ich sage Ihnen: Sie können doch ernsthaft die Fragen der Konsolidierung der Landesfinanzen nicht mit der Forderung nach unver-

änderten Leistungen an die Kommunen, einem Mehr für die sozial Benachteiligten, mit einer Einstellungsperspektive von 1 500 Lehrern in Einklang bringen. Ich möchte einmal wissen, wie das eigentlich vereinbar ist. Wir wissen aber: Es hat bei Ihnen eine alte Tradition. Einerseits haben Sie bei jeder Haushaltsdebatte die Verschuldungs- und Ausgabenpolitik des Landes kritisiert, andererseits jedoch Forderungen erhoben, deren Realisierung die Verschuldung noch rapide hätte ansteigen lassen. Ich will nicht die gesamten Jahreszahlen von 1983 bis 1986 - 1986 war es ein dicker Happen - wiederholen. 1986 war es nicht weit weg von einer Milliarde zusätzlicher ungedeckter Ausgaben in Ihrem Forderungskatalog.

(C)

(Schauerte (CDU): Das ist doch falsch!)

Für 1987 haben Sie während der Haushaltsberatungen zusätzliche Ausgaben von 100 Millionen DM gefordert. Gleichzeitig haben Sie die Grunderwerbsteuer-Operation rückgängig machen wollen.

(Schauerte (CDU): Haben Sie sich einmal die Einsparungsvorschläge angesehen?)

Das sollte ohne Einsparungen durchgeführt werden, meine lieben Kollegen von der CDU! Im Verlauf des Haushaltsjahres 1987 haben Sie dann noch die Einführung einer Mobilitätshilfe für Ausbildungsplatzbewerber gefordert,

(Bensmann (CDU): Richtig!)

(D)

ebenso die Einführung eines Erziehungsgeldes mit Kosten von 350 Millionen DM, die Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes mit Kosten von ca. 50 Millionen DM, die Verbesserung der Dotierung des Grundstücksfonds und eine Verbesserung der Dotierung der Zuweisungen für Theater und Orchester. Das sind alles Zusatzforderungen im Verlaufe des Jahres 1987. Ich möchte von Ihnen irgendwann wissen - wenn Sie das plenar schon nicht können, dann von mir aus im Ausschuß -, was an Ihrer Politik noch gradlinig ist.

(Beifall bei der SPD)

Nun haben Sie, Herr Kollege Schauerte, vor einer Woche gemeinsam mit dem Oppositionsführer die Forderung nach Gründung einer Landesstrukturbank ausgegraben.

(Bensmann (CDU): Überfällig!)

Sie haben das heute noch einmal sehr dürftig zu untermauern versucht.

(Zuruf von der CDU: Wann kommt denn Ihr Vorschlag?)

(Schleußer (SPD))

- (A) Wir wissen ja gemeinsam, daß das einmal ein Kernpunkt Ihres sogenannten Landeswahlprogramms war. Nachdem Sie das zum Kernpunkt gemacht hatten, haben Sie sich mit den Banken und Sparkassen unterhalten; dann war auf einmal - ich finde, das war noch zur richtigen Zeit - Ihre Forderung nach der Landesstrukturbank nicht mehr vorhanden. Ich frage Sie, wie Sie mit diesem Ladenhüter die angebliche Wachstumslücke

(Schauerte (CDU): Die besteht doch nun wirklich!)

In NRW schließen und notwendige Ersatzarbeitsplätze schaffen wollen. Das müssen Sie wirklich in den Ausschlußberatungen oder von mir aus auch plenar noch näher erläutern.

(Weiss (CDU): Wie sieht denn Ihre Lösung aus?)

- Ich sage Ihnen doch: Wir haben vernünftige Instrumente, mit denen wir die Kreditwirtschaft beeinflussen können.

(Zuruf von der CDU: Welche?)

Sie sind doch sonst gegen neue Bürokratien. Auf einmal ist selbst der Unternehmer Herr Kollege Weiss dafür, daß neue Bürokratien geschaffen werden. Das erstaunt mich, weil ich bisher andere Positionen bei Ihnen gewohnt bin.

- (B) (Weiss (CDU): Wann kommt denn euer Vorschlag? Der liegt doch schon in der Schublade!)

Ich sage Ihnen: Mit der WestLB und den anderen Kreditmöglichkeiten gibt es gute Grundlagen, da weiterzukommen.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Mehr als eine Legislaturperiode konservativer Politik zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Wirtschaft hat keine Besserung auf dem Arbeitsmarkt mit sich gebracht.

(Zustimmung bei der SPD)

Noch immer liegt die Zahl der registrierten Arbeitslosen hoch, und zwar mit steigender Tendenz.

(Weiss (CDU): Das hat nur Bonn zu verantworten!)

Vor diesem Hintergrund wirken die ständigen Schönfärbereien des Bundeswirtschaftsministers nur noch grotesk. Entweder sind es saisonale Einflüsse; dann war es eine

(C) schlechte Wetterlage, dann stimmten die Vergleichszahlen nicht oder waren nicht aussagekräftig, dann war es eine kleine Wachstumsschelle, dann war es eine konjunkturelle Atempause. Immer waren andere für diese Negativzahlen verantwortlich. Ich finde, der Bundeswirtschaftsminister hat täglich so viele neue Entschuldigungen für sein Nichtstun in der Beschäftigungspolitik,

(Weiss (CDU): Sprechen Sie von Rau?)

daß er sich an die von gestern gar nicht mehr erinnern kann.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich glaube, daß man guten Gewissens feststellen kann, Herr Kollege Weiss: Wirtschaftspolitik, von der man in Nordrhein-Westfalen auch betroffen ist, wird in Bonn nicht praktiziert. Da ist Fehlanzeige.

(Zustimmung bei der SPD)

Das provoziert Forderungen an das Land. Wir wissen, daß nachhaltige Anstöße für Verbesserungen der Beschäftigungssituation nur von Bonn ausgehen können. Dort liegt der eigentliche Schlüssel. Dafür bedarf es eines grundsätzlichen Kurswechsels in Bonn, an dem Sie von Nordrhein-Westfalen sich beteiligen können. Sie müssen weg von dem Kurs des beschäftigungspolitischen Nichtstuns!

(Beifall bei der SPD)

(D) Sie wissen auch wie wir, daß das Land weder die finanziellen noch die gesetzgeberischen Möglichkeiten hat, hier an die Stelle des Bundes zu treten. Ich hatte Ihnen schon gesagt, wie sehr wir unter der Finanzpolitik des Bundes leiden, wieviel Mittel uns genommen werden, in Nordrhein-Westfalen Zusätzliches und Erforderliches zu tun.

(Zuruf von der CDU: Immer an der Klagemauer!)

Ich sage Ihnen noch zusätzlich etwas. Die Landesregierung hat trotz dieser Rahmenbedingungen, trotz ihrer eingeschränkten haushaltspolitischen Möglichkeiten eine hervorragende Entscheidung getroffen, da, wo die besonderen Probleme von Kohle und Stahl angesprochen sind. Dazu gab es ja eine gemeinsame Entschließung aller Fraktionen, und darauf baut die Zukunftsinitiative Montanregionen der Landesregierung auf, um in diesen Regionen von Kohle und Stahl neue, zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitnehmer zukunftsorientiert zu qualifizieren. Sie wissen, daß im Haushalt des

(Schleußer (SPD))

- (A) Landes dafür Landesmittel von über 187 Millionen DM zur Verfügung stehen.

Aber auch hier ist die Bundesregierung gefordert, sich wie bei anderen Programmen, beispielsweise dem Werftprogramm, mit zwei Dritteln zu beteiligen - einem Programm, das, wie wir finden, unaufschiebbare und unerläßliche Strukturmaßnahmen in den Montanregionen möglich macht. Das sollte uns 500 Millionen DM bzw. 2 Milliarden DM im Verlaufe von vier Jahren wohl wert sein.

Zu den beschäftigungspolitischen Ansätzen des Haushalts gehört auch, daß wir die Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit, gegen Ausbildungsplatzmangel weiterführen.

(Schauerte (CDU): Kürzen!)

Wenn Sie schon kritische Anmerkungen von mir hören, gelten sie der Entwicklung der Investitionsquote. Mit 12,7 % oder einem Barvolumen von 7,7 Milliarden DM erreicht sie 1987 einen Tiefstand. An dieser Einschätzung, daß das ein wenig mehr sein könnte, ändert auch nichts, daß der Bund mit 12,4 % noch weit darunterliegt.

Ein wesentlicher Grund für diese prozentuale Quote der Investitionen ist die Verlagerung der Wohnungsbauförderung zur Wohnungsbauförderungsanstalt. Man muß da nämlich zweimal rechnen - und nicht nur einmal, wie Sie das tun, Herr Kollege Schauerte: bei dem Ausgabenzuwachs einrechnen und bei der Investitionsquote außen vor lassen.

(B)

(Schauerte (CDU): Ich habe die Quote nicht angesprochen.)

Im Hinblick auf die Finanzierungslücke, die Sie ja kräftig verteidigen - das, was da aus Bonn kommt -, gab es keine sonstige ernstzunehmende haushaltswirtschaftliche Möglichkeit, über Ausgabenreduzierungen weiter nachzudenken. Ich sage nur: Ich bewerte es als einen positiven Aspekt, daß nach dem Tiefstand 1987 die Investitionsquote bis 1990 kontinuierlich, d. h. sowohl absolut wie auch prozentual, bis 13,1 % bzw. 8,5 Milliarden DM ansteigen wird. Sehen Sie sich die Finanzplanung des Bundes an! Da ist das Gegenteil geplant.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend feststellen: Gemessen an den Rahmenbedingungen und den Handlungsmöglichkeiten kann sich die Bilanz unserer Finanzpolitik sehen lassen. Die für das Haushaltsjahr 1988 von der Landesregierung getroffenen Entscheidungen leisten einen guten Beitrag zur Lösung der drängenden Probleme

in unserem Lande: Kontinuität in der Konsolidierung, Perspektive und Augenmaß bei den Ausgabenentscheidungen sind die Kennzeichen. (C)

Wir sind jedenfalls bereit, diesen Haushaltsentwurf zur Grundlage unserer parlamentarischen Beratungen zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Finanzminister Dr. Posser das Wort.

Dr. Posser, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie in der ersten Lesung üblich, nehme ich nur zu einigen Ausführungen der Herren Kollegen Schauerte und Dorn das Wort.

(Weiss (CDU): Warum denn das? Zu Herrn Schleußer sagen Sie gar nichts? Ich würde mich doch bei dem bedanken.)

- Aber ganz sicher habe ich Anlaß, mich bei meinem Kollegen Schleußer zu bedanken. Das wollte ich zum Schluß sagen. Aber zu seinen Äußerungen brauche ich nicht Stellung zu beziehen, weil ich mit ihnen übereinstimme.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung hat dem Landtag immer genaue Auskunft über die finanzielle Situation des Landes gegeben. Da wurde nichts geschönt. Sie berufen sich ja auch, Herr Schauerte, auf meine Äußerungen, in denen immer ohne jede Schönfärberei die Finanzsituation des Landes geschildert worden ist. Nur, Sie sagen entweder gar nichts oder etwas Unrichtiges zu den Gründen für die schwierige Finanzsituation Nordrhein-Westfalens. So haben Sie heute einmal nach einer Erklärung gesucht und gemeint, die Fehler seien zwischen 1978 und 1981 geschehen. (D)

(Dautzenberg (CDU): Die wesentlichen!)

Da seien 32 000 Stellen mehr im Landeshaushalt geschaffen worden. Wie Sie wissen, Herr Schauerte, handelt es sich dabei im Schwerpunkt um Stellen im Schul- und Hochschulbereich, vor allen Dingen im Schulbereich. Da haben wir eine Schüler-Lehrer-Relation festgelegt, und wir mußten einstellungsbereite Lehrerinnen und Lehrer einstellen, solange diese Relation nicht erfüllt war. Wir hatten damals geburtenstarke Jahrgänge.

Nun habe ich immer wieder gehört: Ihr hättet nicht alle einstellen sollen, ihr hättet das ein bißchen verschieben können. - Aus dem Landtag, auch von Ihnen, ist immer gefordert

(Minister Dr. Posser)

- (A) worden, daß wir diese anstellungsbereiten Lehrerinnen und Lehrer einstellen; denn die Eltern, deren Kinder damals in der Schule waren, wurden immer wieder getröstet mit dem Argument: Jetzt können wir, weil es gar keine Lehrerinnen und Lehrer gibt, die Klassenfrequenzen nicht senken, wir können keine bessere Schüler-Lehrer-Relation herstellen. - Und dann sagten uns die Eltern verständlicherweise: Jetzt sind die Lehrerinnen und Lehrer da, und unsere Kinder haben einen Anspruch, jetzt in der Schule die bestmögliche Ausbildung zu bekommen.

Das war die Situation, und deswegen haben wir fast automatisch aufgrund des § 5 der Verordnung zum Schulfinanzgesetz diese großen Einstellungen vorgenommen. Niemand hat gewußt - Sie auch nicht -, daß wir diesen dramatischen Einbruch bei den Schülerzahlen haben würden.

(Dr. Pohl (CDU): Herr Posser!)

Wir können die Lehrer, die überwiegend Beamte sind, eben nur dann aus dem Schuldienst entlassen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür bestehen.

(Dr. Pohl (CDU): Herr Posser, der Pillenknick war bekanntlich 1966!)

- (B) - Ja, aber ich bitte Sie: Die Schülerinnen und Schüler waren in der Schule, und es waren anstellungsbereite Lehrerinnen und Lehrer da, und wir hatten die gesetzliche Grundlage. Der Finanzminister war gar nicht in der Lage, das zu versagen. Das war ein Automatismus. Aber wir können jetzt die Folgerungen aus den dramatisch gesunkenen Schülerzahlen aus sehr verständlichen Gründen nicht ziehen; wir können nur mit den berühmten Vermerken "künftig wegfallend" operieren, das heißt, die Stellen werden nicht mehr neu besetzt, wenn sie frei werden. Das wissen Sie ganz genau.

Sie haben ja auch in den vergangenen Jahren, gerade in den hier kritischen, Mitte der 70er Jahre, niemals gesagt, das Land solle weniger ausgeben. Sie haben immer mehr gefordert. Sie haben 1975 1 478 400 000 DM Mehrausgaben gefordert,

(Schauerte (CDU): Das ist doch nicht seriös!)

Sie haben 1977 1 070 432 100 DM mehr gefordert. 1978 haben Sie 1 245 974 300 DM mehr gefordert. Das sind nur Anträge, die hier im Landtag in den Ausschüssen gestellt worden sind, nicht etwa Erklärungen, die Sie darüber

(C) hinaus noch in der Öffentlichkeit zu weiteren Ausgabesteigerungen des Landes gemacht haben.

(Weiss (CDU): Aber die Deckungsvorschläge?)

- Da war gar keine Deckung dabei.

(Zurufe von der CDU)

- Es regt Sie etwas auf, das kann ich mir ja denken, aber hören Sie doch einmal zu!

(Zuruf von der CDU: Keine Legenden bilden! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Das sind keine Legenden, das sind die Volumina Ihrer Erhöhungsanträge in den von mir angegebenen Jahren.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Finanzminister, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Posser, Finanzminister: Nein, ich habe nicht soviel Zeit. Ich erlaube sie jetzt nicht.

(Weiss (CDU): Dann nehmen Sie noch die Pfennige - weil Sie die Zahlen so genau vorliegen haben!)

- Sicher, die sind genau berechnet. Aber ja, Herr Kollege Weiss. Ich sage das ja nicht aus dem Gedächtnis. Das ist die Summierung Ihrer Anträge, die Sie hier in den Fachausschüssen gestellt haben. Das wollen Sie heute nicht mehr hören. (D)

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Weiss (CDU))

Dann hat uns Herr Schauerte heute morgen eine besondere Legende geliefert. Er hat gesagt: Diese finanziellen Schwierigkeiten des Landes beruhen auf den Zuwendungen an die Neue Heimat in der Vergangenheit. Ich erkläre: Die Neue Heimat hat aus dem Landeshaushalt null DM bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Das kann also überhaupt keine Rolle für unsere Verschuldungssituation spielen.

Sie haben weiter die LEG genannt. Die LEG hat nichts aus dem Landeshaushalt gekriegt. Dann haben Sie gesagt, der Schnelle Brüter hätte soviel gekostet. Null DM aus dem Landeshaushalt hat der Schnelle Brüter gekostet.

(Wendzinski (SPD): Das weiß der Schauerte alles nicht.)

(Minister Dr. Posser)

- (A) Das einzige, was zutreffend ist, war das Klinikum Aachen. Das stimmt. Das Klinikum Aachen ist in mehr als 15jähriger Bauzeit deutlich teurer geworden, als vorher angenommen worden ist. Das ist leider das Schicksal vieler Bauten, die über eine so lange Bauzeit geführt worden sind. Das hat mit Tarifierhöhungen, Materialpreisen, veränderten gesetzlichen Vorschriften zu tun.

Aber, meine Damen und Herren, das Klinikum Aachen hat soviel gekostet, wie das Land in zwei Jahren allein für die Koks-kohlenbeihilfe ausgeben muß, die um keine Mark die Wirtschaftsstruktur unseres Landes verbessert, sondern sich ausschließlich aus veränderten Währungsverhältnissen zwischen amerikanischem Dollar und deutscher Mark ergibt. Dafür müssen wir auch geradestehen. Sie kennen das. Ich habe das Thema mehrfach angesprochen.

(Zuruf von der CDU)

- Natürlich, im Rückblick ist das sehr leicht zu erkennen, was die Mehrbelastungen waren: die Belastungen, die wir weit über dem Bundesdurchschnitt erbracht haben, zum Beispiel für die Gemeinden. Das ist keine neue Erkenntnis. Am 27. Februar 1980 - da waren wir noch in der Koalition - habe ich hier im Plenum gesagt, allein in den Jahren zwischen 1970 und 1977 hätte das Land 11 Milliarden DM in seinen Zuweisungen an die Gemeinden sparen können, wenn die Finanzausstattung so wäre, wie sie in dem zweitbesten Land, nämlich in Baden-Württemberg, war. Es entsprach unserer politischen Überzeugung, daß wir viel für die Gemeinden und Gemeindeverbände getan haben. Das ist sicherlich, im Rückblick gesehen, zuviel gewesen. Deshalb haben wir ja Konsequenzen gezogen, und von den 28,5 % sind wir dann in Stufen auf 23 % heruntergegangen. Aber das ist nicht etwa eine Erkenntnis, die ganz neu wäre, sondern sie ist schon im Februar 1980 hier geäußert worden.

Was sind denn die wirklichen Gründe für die finanziellen Schwierigkeiten unseres Landes? Es sind mehrere. Ich will sie Ihnen kurz nennen: Das ist vor allem eine Scherenentwicklung, die wir erlebt haben. Wir waren bis 1978 und dann noch einmal 1980 mit einem kleinen Betrag - in insgesamt 30 von 38 Jahren des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland - ein Geberland im Länderfinanzausgleich. Und dann sind wir 1979 und ab 1981 nur noch ein Land mit durchschnittlichen, ja sogar unterdurchschnittlichen Einnahmen gewesen. Unterdurchschnittlich waren wir 1985, und wir wären es 1986 auch gewesen, wenn sich nicht durch die bekannte

Flick-Milliarde das Bild etwas anders dargestellt hätte, worunter wir in diesem Jahr wieder zu leiden haben. In derselben Zeit, in der unsere Einnahmen, auf die dieser Landtag nicht mit einer einzigen Mark bei den steuerlichen Einnahmen Einfluß nehmen kann

(Schauerte (CDU): Doch, durch die Wirtschaftspolitik!)

- Mit keiner Mark können wir auf die Steuereinnahmen Einfluß nehmen. Selbst einstimmig nicht!

(Schauerte (CDU): Doch!)

- Nein, die Steuergesetze, auch die Gesetze über die 100%igen Landessteuern, werden in Bonn von den Bundesorganen Bundestag und Bundesrat gemacht. Also nicht vom Landtag,

(Weiss (CDU): Aber die Wirtschaftspolitik!)

von keinem Landtag.

Auf der einen Seite, bei den Einnahmen, sind wir auf durchschnittliche, ja unterdurchschnittliche Einnahmen abgesunken, und gleichzeitig haben wir enorme, weit überproportional entstehende zusätzliche Lasten tragen müssen. Die Kohlelast hat sich von 1979 von etwa 200 Millionen DM ganz sprunghaft auf über 1 Milliarde DM hochentwickelt und ist heute bei rund 1,5 Milliarden DM, im nächsten Jahr sogar etwas darüber, angekommen. Im Schwerpunkt hat die Koks-kohlenbeihilfe - wie gesagt: ohne daß ein Land sie beeinflussen kann - diese Größenordnung durch Veränderung der Währungsverhältnisse genommen.

Das zweite sind die enormen Einnahmeeinbrüche bei den Steuern. Ich habe schon einmal gesagt: 1980 hat nicht die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, sondern hat ein Sachverständigen-gremium von 32 Personen uns im mittelfristigen Zeitraum der vier Jahre 1981 bis 1984 eine bestimmte Steuereinnahmewartung angekündigt. Tatsache für Nordrhein-Westfalen ist, daß diese Erwartungen in vier Jahren um 27,6 Milliarden DM hinter den Ankündigungen zurückgeblieben sind. Das sind objektive Tatsachen.

(Zuruf von der CDU: Weil Sie eine falsche Wirtschaftspolitik machen!)

Darauf hat auch die die Landesregierung dankenswerterweise tragende Fraktion überhaupt keinen Einfluß nehmen können.

(Zuruf von der CDU: Das ist aber in keinem Land so!)

(C)

(D)

(Minister Dr. Posser)

- (A) Ja, es ist richtig, daß wir für viele Bereiche mehr ausgegeben haben – weil wir dies wollten und für vertretbar hielten –, als sich im nachhinein als richtig herausstellt. Ich habe Ihnen den Hauptgrund schon genannt; er liegt in den Finanzzuweisungen an die Gemeinden.

Nun möchte ich den Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P.-Fraktion eines in Erinnerung rufen: Die stärksten Steigerungsraten in den letzten zehn Jahren hatten wir in den Jahren, als wir gemeinsam in der Koalition waren.

(Aha-Rufe von der CDU – Zuruf von der SPD: Kurzzeitgedächtnis!)

1979 und 1980 hatten wir, um nur die beiden letzten Jahre zu nehmen, 8,1 % und 11,0 %. 1981 waren es 4,9 %, 1982 1,9 %, 1983 minus 1,1 %, 1984 1,7 %, 1985 3,7 % und 1986 3,8 %. Wir hatten, Herr Kollege Dorn, nie höhere Steigerungsraten.

(Dorn (F.D.P.): Diese haben wir damals aber nicht voll in Anspruch genommen!)

– Herr Dorn, ich sage das nicht vorwurfsvoll. Ich sage das doch nur, damit Sie verstehen, welche Anstrengungen wir unternommen haben. In einer Nebenbemerkung meinten Sie, die Konsolidierung wäre ohne Erfolg geblieben. Konsolidierung heißt im Sprachgebrauch, die Neuaufnahme von Schulden zu senken. Mein Freund Heinz Schleußer hat dankenswerterweise schon einige Zahlen genannt.

(B)

Es läßt sich doch nicht bestreiten: Aufgrund vorausgegangener Beschlüsse haben wir 1981 eine Nettokreditaufnahme von 10,1 Milliarden DM benötigt, im letzten Jahr, 1986, haben wir 6,333 Milliarden DM gebraucht. Ich sage mit Ihnen, das ist immer noch zu viel. Ich habe mich doch nie anders geäußert. Nur zeigt das doch die große Anstrengung, die wir unternommen haben. Wir haben – die Zahlen hat Ihnen Herr Schleußer geliefert – eine größere Senkung unser Nettokreditaufnahme als der Bund erreicht, der so sehr dafür gelobt wird.

Es ist auch nicht richtig, wenn Sie sagen, Herr Kollege Schauerte, die Gemeinden hätten wir auf dem Stand gelassen, den sie einmal erreicht hätten, weil das Land ihnen Steuern weggenommen hat.

(Schauerte (CDU): Das ist richtig!)

– Nein, das ist nicht richtig. Wir haben Gemeinden keine Gemeindesteuer weggenommen.

(Zurufe des Abg. Schauerte (CDU))

– Was denn? Der große Irrtum, der weit im Lande verbreitet ist und den Sie heute noch einmal hier artikuliert haben, besteht darin, zu meinen, ebenso wie der 15%ige Anteil der Gemeinden an der Lohn- und Einkommensteuer und das Aufkommen bei den Kommunalsteuern sei auch die Finanzleistung des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände eine steuerähnliche, möglichst immer weiter steigende Zuweisung. Das ist der große Irrtum. Unsere Landesverfassung besagt in Artikel 79 nicht, daß das Land die Defizite der Gemeinden und Kreise zu decken hat. Die Landesverfassung sagt nicht: Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind mit einer bestimmten Quote am Landessteueraufkommen beteiligt. Darin steht vielmehr: Das Land gewährleistet im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit einen übergemeindlichen Finanzausgleich.

Daß das mit Steuern nichts zu tun hat, beweist folgende Überlegung: Finanzausgleich bekommen nicht alle Gemeinden. Wir haben zwei kreisfreie Städte, die null allgemeine Finanzzuweisung erhalten.

(Dautzenberg (CDU): Schlüsselzuweisungen!)

Es hängt von der eigenen Steuereinnahmekraft der Gemeinden und von einer bestimmten Referenzperiode ab, so daß sich diese Zuweisungen von Jahr zu Jahr zwar nicht im Gesamtvolumen, aber bei der einzelnen Gemeinde verändern.

(Schauerte (CDU): Wortklauberei!)

(D)

Um Ihnen dies an einem Beispiel deutlich zu machen, will ich Ihnen sagen, wo durch eine Entscheidung von außen einem Land oder den Ländern bei den Steuereinnahmen etwas weggenommen worden ist. Seit 1984 verliert das Land Jahr für Jahr 500 Millionen DM Einnahmen aus der Vermögensteuer, einer hundertprozentigen Landessteuer, weil Bundestag und Bundesrat diese mit einem Schlag um 30 % gesenkt hat, eine Steuer, die die geringste Steigerungsrate seit 1970 aufzuweisen hatte. Das war ein Eingriff in Steuereinnahmen, aber die Volumina bei einem Finanzausgleich können Sie damit rein rechtlich überhaupt nicht vergleichen. Wir nehmen den Gemeinden von eigenen Gemeindeeinnahmen nichts weg.

(Widerspruch des Abg. Schauerte (CDU))

Wegen der gesunkenen finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes müssen wir Ihnen weniger geben. Das ist unsere Verpflichtung;

(Minister Dr. Posser)

- (A) denn wir sind auf das Landesinteresse verpflichtet.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Nun kommen Sie und erzählen uns, das sei so beklagenswert wenig, was die Gemeinden bekämen. Die Gemeinden bekommen im nächsten Jahr, nur im Steuerverbund, bei dem für ihre Verwaltungshaushalte - -

(Weiterer Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

- Können Sie sich eigentlich nicht ein bißchen ruhig verhalten? Was sollen denn die Kinder und die Schüler oben auf der Tribüne über Ihr Benehmen denken, Herr Schauerte?

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD)

Unentwegt reden Sie dazwischen. Dabei haben Sie uns mit Ihren Ausführungen hier schon ergötzt.

(Frau Robels (CDU): Ich sehe keine Kinder auf der Tribüne! - Weitere Zurufe von der CDU)

Die Gemeinden und Gemeindeverbände bekommen im nächsten Jahr - das ist der Haushalt, über den wir hier reden - für ihre Verwaltungshaushalte, für die gemeindliche Schlüsselmasse 422,5 Millionen DM mehr als in diesem Jahr; das ist eine Steigerung von 7,3 %. Der Landeshaushalt steigt um 1,9 %.

(B)

(Dautzenberg (CDU): Zu wessen Lasten?)

- Zu Lasten der Zweckzuweisungen! Sie wissen doch ganz genau, daß wir fast eine Milliarde im Steuerverbund vor uns herschieben. Das wissen Sie doch, Herr Dautzenberg. Deshalb können wir es vertreten. Das machen wir auch im Interesse der Gemeinden und Gemeindeverbände: daß wir das Verhältnis der Schlüsselzuweisungen zu den Zweckzuweisungen auf ein noch nie erreichtes Quotenverhältnis bringen: 86,1 : 13,9. Die optimale Forderung der kommunalen Spitzenverbände ging auf eine Relation von 80 : 20.

(Aigner (SPD): Was macht der Bund bei der Novellierung des GVFG?)

- Herr Kollege Aigner, Sie machen den Zwischenruf zu Recht: Was macht der Bund mit dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz? Aber ich will das jetzt nicht anführen, sondern will zunächst antworten auf diese irreführenden Darlegungen, die wir hier gehört haben.

Seit 1980 - weil da immer so geklagt worden ist - sind die Schlüsselzuweisungen, die das Land an die Gemeinden gezahlt hat, im Jahresdurchschnitt um 4,5 % gestiegen, Jahr für Jahr seit 1980 stärker gestiegen als der Landeshaushalt! Das heißt, unsere Leistungen für die Gemeinden und Kreise mußten immer aus anderen Landesaufgaben herausgeschnitten werden, um eine solche Steigerungsrate durchsetzen zu können.

(C)

Insgesamt, innerhalb und außerhalb des Steuerverbundes, bekommen die Gemeinden in dem Haushalt, über den wir jetzt reden, der Ihnen als Entwurf vorliegt, 13 757 Millionen DM; das sind 29,6 % unserer gesamten Steuereinnahmen. Ich meine, wenn Sie nur einmal den Steuerverbund mit rund 9,5 Milliarden DM nehmen und damit vergleichen, was im ganzen Bundesgebiet geleistet wird im horizontalen Länderfinanzausgleich und bei allen Bundesergänzungszuweisungen an sämtliche finanzschwächeren Länder, was zusammen 4,4 Milliarden DM ergibt, dann ist das, was wir im Steuerverbund unseren Gemeinden und Kreisen geben, mehr als doppelt so hoch wie der Gesamtbetrag, der im Finanzausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern und allen Bundesergänzungszuweisungen herauskommt.

(Dautzenberg (CDU): Aber die Bezugsgröße stimmt doch nicht!)

Ich glaube, man wird das jetzt schon sehr viel besser verstehen, wenn man diese Vergleiche und die Maßstäbe prüft, nach denen wir das nach der Landesverfassung tun.

(D)

(Stump (CDU): Wir stellen das klar.)

Herr Kollege Dorn, Sie meinten, meine Erklärung am 15. Juli - und vorher schon -, daß wir gegenüber der Finanzplanung um 2 Milliarden DM kürzen müssen, sei eine Mogelpackung gewesen. Ich habe das nicht ganz verstanden; wir können ja noch darüber reden. Ich habe die einzelnen Positionen benannt. Haben Sie denn festgestellt, daß diese Kürzungen nicht vorgenommen worden sind? Sie sind doch gemacht worden.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Dann müssen wir im Ausschuß darüber reden. Ich bin dankbar, daß Sie jetzt bestätigen, daß wir das aufklären müssen. Genau das, was ich angekündigt habe und was dankenswerterweise die Fraktion der SPD mitgetragen hat, das ist in der Tat aufgebracht worden.

Nun zu den Kohlelasten! Das ist doch unser Problem. Es ist nicht so, als wenn wir uns

(Minister Dr. Posser)

- (A) von unserer Verantwortung und unseren Leistungen für die deutsche Steinkohle verabschieden wollten – diesem Irrtum will ich hier deutlich widersprechen; das habe ich schon mehrfach getan –, sondern es geht nur darum, daß diese Kohlelasten von Nordrhein-Westfalen – und wir sind das einzige Land, das für die Kohle zahlt – im Länderfinanzausgleich berücksichtigt und nicht gegen uns verwendet werden. Wir haben doch die groteske Situation – das habe ich wiederholt hier erklärt –, daß über die Deckungsquotenberechnung die anderen Bundesländer fast eine halbe Milliarde mehr Umsatzsteuer bekommen, weil wir 1,5 Milliarden DM für die Kohle zahlen. Das kann doch nicht richtig sein.

Es kann genausowenig richtig sein, daß der Bund eine eigene Steuer, die Heizölsteuer, 1960 eingeführt hat. Daraus hat er ein Aufkommen von über 20,5 Milliarden DM gehabt. Uns hat er nichts gegeben, aber seine gesamten Aufwendungen in Höhe von 28 Milliarden DM in Rechnung gestellt – das hat mit der jetzigen Bundesregierung nicht allein zu tun, das war ja früher auch, das sage ich immer –; also hat er nur 8 Milliarden DM aus dem Bundeshaushalt wirklich gezahlt, und wir haben 16 Milliarden DM gezahlt.

In Wirklichkeit ist das Verhältnis bei der deutschen Steinkohle: Zwei Drittel zahlt Nordrhein-Westfalen, und ein Drittel zahlt der Bund aus Haushaltsmitteln. Dies haben inzwischen auch vier unionsregierte Ländern kapiert, die sonst verständlicherweise auch für ihre eigenen Interessen kämpfen und eintreten.

(B)

Nun appelliere ich noch einmal an Sie. Wir haben uns aufgrund einer gemeinsamen Entschließung im Landtag Ende 1980 an den Bund gewendet, daß er die Kohlelasten übernimmt. Das war Ihr Antrag von der CDU-Landtagsfraktion, und jetzt wollen Sie nichts mehr davon wissen.

(Dautzenberg (CDU): Wer sagt das denn?)

– Da bin ich aber gespannt. Das habe ich noch nicht gehört, daß der Bund jetzt die Kohlelasten übernehmen soll. – Da kam die Antwort von der damaligen Bundesregierung, Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff: Nein, das macht der Bund nicht, aber ihr müßt natürlich dafür irgendwelche Berücksichtigung finden; haltet euch an die Ländergesamtheit!

Dann haben wir uns an die Ländergesamtheit gewandt. Die Ländergesamtheit sagte: Nein, das ist eine Sache des Bundes. Außerdem

– hat sich dann herausgestellt – hat er diese eigene Heizölsteuer, die zweckgebunden ist. Auch nach der Erweiterung 1971 steht in der Begründung: Im Vordergrund bleiben die Leistungen für den Steinkohlebergbau. Und die mußten erweitert werden; es war ja grotesk, daß der Bund jahrelang bis mehr als das Vierfache seiner gesamten Aufwendungen für die Kohle aus der Heizölsteuer bekommen hat. Die Heizölsteuer hat manchmal viermal mehr im Jahr für die Bundeskasse eingebracht, als der Bund überhaupt für die Kohle ausgegeben hat.

(C)

(Dr. Pohl (CDU): Herr Posser, da haben Sie aber auch nicht aufgepaßt! Da ist überall geschlafen worden. – Schauerte (CDU): Das war ein ganzer Schlafsaal!)

– Kommen Sie jetzt nicht und sagen: "Die Heizölsteuer hat auch noch der Posser zu verantworten!" Diese Regelung ist 1961 in Kraft getreten.

(Dr. Pohl (CDU): Ja, natürlich! Aber das Problem, daß die uns übervorteilt haben, kam doch später.)

Jetzt versucht der Bund sogar zu sagen, das sei inzwischen Gewohnheitsrecht geworden. Die Übervorteilung des Landes Nordrhein-Westfalen ist tatsächlich ein Gewohnheitsrecht des Bundes geworden – leider, muß ich sagen –, und dagegen wehren wir uns.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Das können sie überall durchziehen, ob es die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" ist –

(Dorn (F.D.P.): Das war aber schon zu Zeiten Helmut Schmidts!)

– So ist es doch leider immer gewesen, nicht erst seit 1982; da muß man immer bei der Wahrheit bleiben. Und ich sage die Wahrheit, auch in diesem Bereich.

Bis vor kurzem hat die CDU erklärt, es sei absolut gerecht, daß wir mit der Kohle so schwer belastet sind. Ich habe das ja alles gesammelt, aber das will ich jetzt nicht aufrühren. Das haben Sie gesagt, ich habe Sie in der Landesvertretung noch darauf angesprochen.

(Bensmann (CDU): Immer bei der Wahrheit bleiben!)

Ich kann nur sagen: Es geht nicht mehr so weiter. Deshalb bin ich dankbar, daß Herr Kollege Rohde sich dazu geäußert hat, daß

(Minister Dr. Posser)

- (A) wir von Herrn Schauerte jetzt zum zweitenmal das Anerbieten gehört haben, daß man sich mit darum kümmern würde.

Wenn Sie geschlossen auf Ihren Bundesparteitagen für unser Land kämpfen würden, dann wäre das längst in Ordnung gekommen; das ist doch ganz klar.

(Beifall bei der SPD)

Es muß zu Ende kommen, daß der Bund uns an die Ländergesamtheit verweist, während die Ländergesamtheit uns an den Bund verweist. Es muß damit zu Ende kommen, daß die anderen Länder den Windfall-Profit haben, während wir die Kohlelast tragen, und auch aus dem Aufkommen der Heizölsteuer muß für uns etwas beigesteuert werden. Wir müssen nun endlich deutlich stärker entlastet werden.

Ich gebe Ihnen zu, Herr Schauerte: Die Wachstumslücke ist das Problem. Aber diese Wachstumslücke hat ja eine industriegeschichtliche Erklärung. Wenn man über 100 Jahre Industriegeschichte in Nordrhein-Westfalen auf Kohle- und Stahlbasis hat - wovon die anderen ja auch profitiert haben -, dann ist das wohl wahr. Ich will mich jetzt dazu nicht im einzelnen äußern. Wenn Sie das interessiert, dann können Sie einmal nachlesen, was ich am 17. Oktober 1978 gesagt habe. Das ist ja nichts Neues, sondern es hing mit folgendem zusammen.

- (B) Essen zum Beispiel hatte Ende der 50er Jahre 28 Zechen, heute hat es keine mehr; das ist Strukturwandel. Die Zecheneigentümer haben damals - verständlicherweise, füge ich hinzu - alles, was sie an Grundbesitz um ihre Zechen herum bekommen konnten, aus zwei Gründen aufgekauft. Der erste Grund war, daß sie nicht wollten, daß andere Industrien sich ansiedelten, die ihnen die Arbeitnehmer wegnahmen. Damals war ja der Bergmannsberuf noch schwieriger und gefährlicher als heute. Das mache ich nicht zum Vorwurf; es ist nur ein Versuch der Erklärung.

Der zweite Grund war auch einsehbar. Nach dem preußischen Berggesetz - dem heutigen Bundesberggesetz - muß der Bergbautreibende für Schäden aufkommen, die sich an der Oberfläche aufgrund des Abbaus unter der Erde ergeben. Wegen dieser Bergschäden wollten die Zechenunternehmer als Grundstückseigentümer die zuviel erworbenen Grundstücke nur abgeben, wenn der Käufer einen notariell vereinbarten Bergschadenverzicht ins Grundbuch hat eintragen lassen. Ich habe als Notarvertreter und Notar in Essen jeden zweiten Grundstückskaufvertrag mit diesem Bergschadenverzicht machen müs-

sen. Das hat die Ansiedlung von Betrieben erschwert. Und nun denken Sie doch einmal an Ihre Reaktion, als wir 1980 das Ruhrprogramm gemacht haben in der Erkenntnis, daß man da helfen muß. Haben Sie denn da mitgemacht, oder haben Sie nicht vielmehr dagegen gewettert?

(Beifall bei der SPD)

Oder nehmen Sie einmal die Industrieansiedlungen. In Herten und Dortmund sind sie gescheitert. Sie sind Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre gescheitert, weil nicht durchzusetzen war, daß da Automobilbetriebe hinkamen. Sie sind nicht an der Landesregierung gescheitert. Dr. Meyers konnte das gar nicht verhindern. Da sorgten die örtlichen Industriegewaltigen dafür, daß keine Konkurrenz hinkam. So ist doch die Lage gewesen.

Wir wollen uns doch hier nicht selber etwas vormachen. Ich möchte Sie also herzlich bitten, daß wir hier nicht Schlachten schlagen, die von den Voraussetzungen her gar nicht geschlagen zu werden brauchen und die nur zusätzliche Schwierigkeiten bringen.

Landesentwicklungsbank, Herr Schauerte! Wir wollen uns gern darüber unterhalten. Herr Schleußer hat schon darauf hingewiesen, daß das Thema nicht zum erstenmal hochkommt, sondern bereits mehrfach aufgegriffen wurde. Die Reaktion in der Stellungnahme der Sparkassenorganisation werden Sie gelesen haben.

Wir haben eine Strukturbank in Nordrhein-Westfalen, das ist die Westdeutsche Landesbank. Sie hat ja ausdrücklich die Aufgabe, auch das zu tun. Sie macht auch eine ganze Reihe von Programmen. Sollen wir denn nun noch eine Bank gründen? Das, was Ihnen vorschwebt, kann die WestLB leisten.

Ich schlage ihnen vor - Herr Schauerte, ich will Sie ja nicht überfordern -:

(Lachen und Beifall bei der SPD - Schauerte (CDU): Das sollten wir gegenseitig nicht!)

Wir bitten einmal die Vertreter der Westdeutschen Landesbank zu uns, und die sind sicher bereit - wenn ich sie richtig beurteile, sind sie auch geistig dazu in der Lage -, alle von Ihnen an sie gestellten Fragen zu beantworten. Dann kann das alles geklärt werden, zum Beispiel, ob wir wirklich neben den anderen privaten und öffentlich-rechtlichen Banken noch eine Landesentwicklungsbank

(C)

(D)

(Minister Dr. Posser)

- (A) oder Landesstrukturbank - oder wie auch immer - brauchen.

(Dautzenberg (CDU): Die blockieren doch!)

- Wir blockieren die WestLB? Das wäre ja das Allerschönste! Wir haben doch das Eigenkapital der WestLB um 1 Milliarde DM erhöht - Sie werden sich erinnern -, damit die Bank sich im Hinblick auf den Grundsatz eins - das Achtzehnfache an Krediten im Verhältnis zum Grundkapital - besser bewegen kann.

(Zuruf von der CDU)

- Sie meinen, das sei zu spät gewesen. Immerhin ist das schon fünf Jahre her, Herr Kollege. Sicher, wir hätten ja von Anfang an ein größeres Kapital vorsehen können. Das kann man nachher sagen, und das will ich auch gar nicht bestreiten. Aber wir haben doch Konsequenzen gezogen, als wir eine unzureichende Lage erkannt haben. Wir bemühen uns doch.

Herr Kollege Dorn, Sie meinten, wir sollten von der bisherigen Finanzplanung um 2 Milliarden DM absenken. Wir haben ja abgesenkt. Sie sind anderer Meinung. Wir werden das fair miteinander besprechen. Wir können ja fair miteinander umgehen. Das können nicht alle, aber wir können das.

(Heiterkeit)

- (B) Sie müssen aber bitte auch folgendes bedenken. Wir haben im Haushaltsaufstellungsverfahren zwischen der Steuerschätzung November 1986 und Mai 1987 bei den Steuern wieder einen Einnahmeausfall von 1 640 Millionen DM hinzunehmen gehabt, und für das nächste Jahr haben wir einen Ausfall von 1 600 Millionen DM zu verzeichnen, wenn es bei der Mai-Schätzung bleibt. Ich bin kein Spökenkieker

(Heiterkeit und Zurufe)

- nein, nein, das bin ich nicht. Ich weiß nicht, ob die November-Steuerschätzung das weiter nach unten bringt. Ich weiß es nicht, und ich hoffe es nicht. Das hoffe ich mit allen, die sich um die Finanzen ihrer Gebietskörperschaft Sorgen machen, für die sie Verantwortung tragen.

Zur Steuerreform will ich jetzt nichts mehr sagen. Dazu habe ich mich schon in der Einbringungsrede geäußert. Ich kann nur das unterstreichen, was Herr Schleußer dazu gesagt hat. Nur, bitte, tun Sie nicht so, als

gäbe es diese Einwendungen nur von sozial-demokratischer Seite.

(C)

(Zurufe von der CDU: Herr Späth!)

Auch innerhalb der CDU wird öffentlich - was mutig ist - von Herrn Späth, von Herrn Rommel, von Frau Breuel - es gibt mehrere - darüber diskutiert. Ich fühle mich nicht befugt, das zu sagen, was im kleineren Kreis gesagt wird. Ich hoffe, daß da rechtzeitig Besinnung einkehrt.

Ich bedanke mich noch einmal bei allen, die jetzt bei der Kohle und beim Stahl mitziehen. Ich habe Herrn Dr. Rohde namentlich schon genannt.

Nur noch ein Punkt! Herr Kollege Dorn, Sie haben gesagt: Mit den Anmeldungen für die "Zukunftsinitiative Montanregionen" ist die Landesregierung zu spät gekommen. Ich will Ihnen sagen: Das ist nicht ganz richtig gesehen. Auf den ersten Blick mögen Sie scheinbar recht haben - aber nur scheinbar, nicht anscheinend!

(Weiss (CDU): Und auf den ersten Blick!)

Das hängt mit folgendem zusammen: Der Bund hat ja außerhalb seiner Haushaltsaufstellung noch ein Programm für die Werften- und die Küstenländer in einer Größenordnung von 420 Millionen DM für 9 400 bedrohte Arbeitsplätze aufgelegt. Sie wissen es. Dann aber hat der zuständige Ausschuß des Bundestages richtigerweise gesagt: Hier gilt ein Gleichbehandlungsbeschluß, der dazu gefaßt wurde. Auf diesen Gleichbehandlungsbeschluß stützen wir uns.

(D)

Die Meldungen über drohende Entlassungen bei Bergbau und Stahl haben sich doch gerade im Frühjahr, ab April/Mai, in dieser dramatischen Größenordnung gezeigt. Das ist doch wahr. Erst seit dieser Zeit wissen wir, daß in beiden Bereichen von 60 000 und noch mehr gefährdeten Arbeitsplätzen geredet wird. Daraufhin haben wir uns auf diesen Gleichbehandlungsbeschluß des Deutschen Bundestages berufen. Da errechnen sich natürlich höhere Zahlen: Wenn ich 420 Millionen DM für drei Jahre für 9 400 bedrohte Arbeitsplätze bereitstelle und wenn es hier mindestens um 40 000 - wenn nicht mehr - Arbeitsplätze geht, dann ist doch klar, daß die Summe sehr viel höher sein muß. Angeboten aber sind für Nordrhein-Westfalen 90 Millionen DM für drei Jahre, also für ein Jahr 30 Millionen DM.

Schließlich haben Sie noch einmal darauf angespielt, daß ich nach meinen Planungen

(Minister Dr. Posser)

- (A) den Ministerpräsidenten bitten will, mich im nächsten Jahr aus der Landesregierung zu verabschieden. Das ist keine Resignation, sondern das ist, wie Sie alle genau wissen, eine Mitteilung, die ich dem Ministerpräsidenten schon vor der letzten Landtagswahl gemacht habe. Das hat nichts mit irgendwelchen aktuellen Vorgängen zu tun, sondern beruht einfach darauf, daß ich nun seit dem 1. April dieses Jahres schon das älteste Mitglied der Steuer- und Finanzverwaltung in Nordrhein-Westfalen bin, daß ich zu den ältesten Mitgliedern der Landtagsfraktion und des Landtags überhaupt gehöre, jetzt schon deutlich über zwanzig Jahre, nämlich 21 Jahre, dem Landtag angehöre und noch bis 1990 im Landtag bleiben will, und daß ich nun am 1. November dieses Jahres das zwanzigste Ministerjahr ununterbrochen in der Landesregierung beginne und davon auch sechs schwere Jahre als Justizminister tätig war. Der von uns allen geschätzte, so früh verstorbene Kollege Willi Weyer hat der Landesregierung 16 Jahre und 10 Monate mit einer vierjährigen Pause angehört. Ich fange jetzt am 1. November das zwanzigste Jahr an.

Ich meine, Sie könnten dafür Verständnis haben. Das sind nicht etwa die Schwierigkeiten mit der Finanzsituation, die – das gestehe ich Ihnen offen zu – mich auch und schon seit Jahren bedrücken; aber ich habe versucht, das zu tun, was unter den objektiven Rahmenbedingungen möglich erschien.

- (B) Ich bedanke mich bei der SPD-Fraktion, daß sie mit Murren und Knurren und mit vielen Einwendungen, die ich im Kern verstehe, weil wir manchem wehtun mußten, doch diesen schwierigen, aber unvermeidlichen Weg der schrittweisen Zurücknahme der Neuverschuldung mitgegangen ist.

Wenn wir uns dabei einmal gemeinsam finden – ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben –, wenn es uns gelingt, Nordrhein-Westfalen in seiner Finanzlage an den Durchschnitt der Bundesländer heranzubringen,

(Schauerte (CDU): Das wäre schön!)

dann ist keine Resignation am Platze, sondern Entschlossenheit, weiterzukämpfen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Dautzenberg für die Fraktion der CDU das Wort.

Dautzenberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister

Posser, wenn man Ihre Ausführungen zu den Gemeindefinanzen hört, dann bekommen die Leute leicht den Eindruck, daß sie alle reicher sind, als es tatsächlich der Fall ist. Ja, Sie haben eine sehr gute Gabe, die Leute oft reicher zu reden, als sie es tatsächlich sind. Wenn sie dann aber feststellen, was tatsächlich unter dem Strich herausgekommen ist, werden sie enttäuscht sein.

(Zustimmung bei der CDU)

Ein zweiter Punkt, meine Damen und Herren! Sie müssen schon Ihre Aussage und die des Kollegen Schleußer deckungsgleich machen. Herr Schleußer hat gesagt, der Konsolidierungsbedarf sei immer erreicht worden, die Konsolidierungsvorgaben seien erreicht worden. Sie sagen: Wenn nichts Entscheidendes passiert – auch in bezug auf die Kohlehilfe –, werden wir in den nächsten Jahren in den finanziellen Ruin hineinfahren. Was stimmt denn nun? Machen Sie doch einmal unter sich diese Aussagen deckungsgleich!

Herr Schleußer, wenn Sie hier ausführen, wir hätten Erhöhungsanträge gestellt, dann begehen Sie immer den Fehler, daß Sie diese kumulativ sehen und nicht dagegenrechnen, was wir gleichzeitig auch eingebracht haben, nämlich Deckungsvorschläge.

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn ich das einmal zurückverfolge: In der 8. Legislaturperiode wurde mit Drucksache 8/590 von der CDU-Fraktion ein Antrag "Vorlegung eines Haushaltssicherungsgesetzes und eines Sparhaushalts" gestellt. Herr Schleußer und Herr Finanzminister, da wäre Zeit gewesen, auf die konkreten Vorstellungen der Union, der CDU hier im Hause, einzugehen. Das ist nicht geschehen.

Seit 1980 hat die CDU-Fraktion Kürzungsanträge gestellt. Sie hat, um einen finanzpolitischen Spielraum zu bekommen, Umschichtungsanträge gestellt – aber immer vor dem Hintergrund, gleichzeitig auch Deckung anzubieten. Ich kann nur feststellen, daß es vielleicht auf Gedächtnislücken beruht, daß Sie das in diesen Ausführungen, die Sie gemacht haben, nicht mitberücksichtigt haben.

Einen Fehler seit 1980 können Sie uns vorwerfen; das ist der, daß wir uns überhaupt die Mühe gemacht haben, uns in dieses von ihnen vorher geschaffene finanzpolitische Gefängnis zu begeben, und auf dieser Grundlage versuchten, Politik zu gestalten. Das war vielleicht unser größter Fehler, weil man immer wieder sah, daß unsere hierzu gestell-

(C)

(D)

(Dautzenberg (CDU))

- (A) ten Anträge mit Ihrer Mehrheit in der Abstimmungsguillotine niedergestimmt wurden und Sie keinen Ansatzpunkt für eine neue finanzpolitische Gestaltung von unserer Seite erkannt haben.

Das, meine Damen und Herren, gehört mit dazu, wenn wir die finanzpolitischen Initiativen der CDU-Fraktion aus der Vergangenheit richtig werten.

Und, Herr Kollege Schleußer - er ist im Augenblick nicht da -, das müssen Sie auch mit Ihrer Aussage in Deckung bringen: Wenn Sie uns für die Entlastung des Landes bei den Kohlelöhnen gewinnen wollen und gleichzeitig sagen, Finanzminister Stoltenberg betreibe seit einiger Zeit eine unsolide Finanzpolitik, was sollen wir darauf denn erwidern? Wenn wir erklären, wir träten mit dafür an, daß das Land Nordrhein-Westfalen von den Kohlelöhnen entlastet werde, muß sich der Bundesfinanzminister gleichzeitig von Herrn Schleußer vorhalten lassen, er betreibe eine unverantwortliche Neuverschuldungspolitik. Wie können Sie denn das in der Aussage zur Deckung bringen? Wie ist Ihnen das möglich, wenn tatsächlich für diese Kohlehilfe eine zusätzliche Neuverschuldung des Bundes erforderlich wäre? Würden Sie dann nein sagen?

(Zuruf der Frau Abg. Robels (CDU))

Oder wollen Sie - -

- (B) (Minister Dr. Posser: Wir wollen Gleichbehandlung!)

- Nein, ich gehe auf den Tatbestand ein, Herr Finanzminister, daß man nicht Herrn Stoltenberg anklagen kann, er betreibe seit zwei Jahren eine unsolide Finanzpolitik, wenn wir gleichzeitig verlangen, die Kohleförderung durch Bonn zu finanzieren.

(Lebhaft Zurufe von der SPD - Gegenrufe von der CDU)

Machen Sie Ihre Aussagen glaubwürdig; dann können wir Sie auch in Bonn mit Nachdruck unterstützen. Man zieht aber doch nicht über denjenigen kritisch her, von dem man - unter Umständen sogar unter Inkaufnahme von Neuverschuldung - Hilfen für das Land Nordrhein-Westfalen haben möchte, Herr Finanzminister Posser!

(Minister Dr. Posser: Und dann ist für die Gemeinden nichts mehr da.)

Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Finanzminister, wenn Sie auch dem finanzpolitischen Sprecher

- der SPD-Fraktion einmal ausrichten würden (C) - er selbst ist jetzt nicht da -, worin hier der Widerspruch in seiner Aussage liegt.

Meine Damen und Herren, zur Steuerentlastung! Auch ständige Behauptungen der SPD erhöhen nicht den Wahrheitsgehalt ihrer Aussage, daß durch die Steuerreform der Bundesregierung die Reichen reicher und die Armen ärmer würden! Sehen Sie sich doch das Entlastungskonzept einmal an! Schauen Sie sich vor allem einmal an, wie bestimmte Punkte jetzt auf 1988 vorgezogen worden sind.

Die Gesamtentlastung beträgt 44 Milliarden DM. Die Anhebung des Grundfreibetrages kostet allein 7 Milliarden DM. Wer wird davon überwiegend begünstigt? - Die Senkung des Eingangssteuersatzes kostet 6,7 Milliarden DM. Die Begradigung der Tarifprogression kostet 23,7 Milliarden DM. Und um ein anderes Beispiel zu nennen: Die Absenkung des Spitzensteuersatzes verursacht Aufwendungen in Höhe von einer Milliarde DM.

(Minister Dr. Posser: Nein, von 2,7 Milliarden!)

- Eine Milliarde DM nach Berechnungen des Finanzministeriums in Bonn.

(Minister Dr. Posser: Da müssen Sie aber erst einmal alle Freibeträge durchgehen!)

- (D) Meine Damen und Herren, wenn Sie jetzt die Entlastungseffekte für die einzelnen Einkommensbezieher betrachten, so kommen Sie zu dem Ergebnis, daß für die Steuerzahler in der bisher mittleren proportionalen Zone der Entlastungsanteil 6,6 % ausmacht, während ihr Beitrag zum bisherigen Steueraufkommen sich auf 4,4 % beläuft. Die Entlastung dieser Steuerzahler ist also höher als ihr bisheriger Beitrag zum Steueraufkommen.

Innerhalb der Progressionszone von 18 000 bzw. 36 000 DM bis 130 000 bzw. 260 000 DM ergibt sich ein Entlastungsanteil in Höhe von 85,9 %; der Beitrag zum bisherigen Aufkommen beläuft sich auf 82,4 %. Wir haben es also wieder mit einer höheren Entlastung für diesen Bereich zu tun, als durch ihn zum Steueraufkommen in der Einkommenssteuer beigetragen wird.

In der oberen Progressionszone macht der Entlastungsanteil 7,5 % aus; der Beitrag der Betroffenen zum Aufkommen nach bisherigem Recht beläuft sich demgegenüber auf 13,2 %. Also gerade für die Höherverdienenden erfolgt in der Relation zum Aufkommen eine wesentlich geringere Entlastung.

(Dautzenberg (CDU))

- (A) Meine Damen und Herren, ich kann das nicht nachvollziehen, wenn hier unterschwellig der Eindruck erweckt werden soll, der "Rau-Tarif" sei ein guter Tarif und der Tarif der Bundesregierung ein schlechter, weil er uns auf der anderen Seite auch noch Einnahmeausfälle beschere.

(Beifall bei der CDU)

Hier wird im Grunde die unterschiedliche politische Philosophie deutlich. Sie von der SPD wollen immer weitere Einnahmen für den Staat erzielen und überlegen dann, welche Entlastungswirkungen daraus für den einzelnen herbeigeführt werden können. Wir hingegen haben den Ansatz - und ihn wollen wir auch beibehalten -: Wie kann ich den einzelnen von Anfang an mehr verfügbares Einkommen belassen, damit sie über die staatlichen Verteilungsmechanismen bei geringen Bezügen in den Genuß der staatlichen Dotation kommen? - Das unterscheidet uns. Diesen Punkt können wir immer wieder darstellen - und das können wir selbstbewußt tun.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Ein letzter Punkt zu den Vorbemerkungen des Herrn Schleußer! Ich hatte den Eindruck, daß Sie hier die Debatte zum Bundeshaushalt führen.

(Schleusser (SPD): Vergleiche müssen doch wohl möglich sein!)

(B)

Und damit machen Sie sozusagen die Vorgabe, daß wir zu dem von der Landesregierung vorgelegten Haushalt gar nicht kommen und daß dies alles verschwiegen werden soll,

(Widerspruch des Abg. Schleusser (SPD))

wie es im Grunde um den finanzpolitischen Status des Landes Nordrhein-Westfalen bestellt ist.

(Zustimmender Zuruf des Abg. Schauerte (CDU) - Gegenruf von der SPD)

- Vielleicht war das noch von Oberhausen her bekannt. - In der Tat sind die großen Sünden in bezug auf die Personalkostenstruktur am Ende der siebziger Jahre begangen worden. Hier, meine Damen und Herren, ist eben das Konzept nicht aufgegangen, daß man versucht hat, über mehr Beschäftigung im öffentlichen Dienst nachhaltige Beschäftigungsimpulse und nachhaltige Anreize auch für das weitere Wirtschaftsleben und für die wirtschaftlichen Aktivitäten zu geben.

(Zuruf des Abg. Schleußer (SPD))

Das ist wiederum der Trugschluß, daß man meint, daß über mehr Beschäftigung im öffentlichen Dienst die Beschäftigungslage verbessert werden könnte. Dabei wird vergessen, daß der öffentliche Dienst die Verteilungsseite des Bruttosozialprodukts darstellt und nicht die Seite der Erwirtschaftung des Bruttosozialprodukts.

(C)

(Schleußer (SPD): Wir hätten noch mehr Personalausgaben, wenn wir Ihren Forderungen nachgekommen wären!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich die Steigerungen bei den Personalkosten seit 1978 anschauen, so werden Sie feststellen, daß gerade im Jahre 1978 - wenn ich das einmal salopp formulieren darf - zum großen Schlag ausgeholt wurde. Allein im Entwurf der Landesregierung zum Haushalt 1978 war ein Stellen- und Planstellenmehr von 20 000 Stellen enthalten. Über die parlamentarische Beratung kamen noch einmal 1 800 Stellen dazu. Im Jahr darauf folgte noch eine Aufstockung um knapp 9 000 Stellen. In der weiteren Haushaltsentwicklung sehen Sie dann den Zusammenhang zwischen mehr Personal im öffentlichen Bereich und der zusätzlichen Verschuldung des Landes.

Meine Damen und Herren, wenn hier kritisiert und die Schuld nach Bonn geschoben wird: Sie haben doch im Grunde seit 1978/79 auch mit dem Haushalt Nordrhein-Westfalens versucht - und das war Ihre Aussage -, Helmut Schmidt im Bund zu stärken und dazu beizutragen, daß Helmut Schmidt Bundeskanzler bliebe. Dafür haben Sie 1981 sogar eine Nettoneuverschuldung von über 10 Milliarden DM - das war die höchste - in Kauf genommen.

(D)

(Hört, hört! bei der CDU)

Herr Finanzminister Posser, da war alles gut, was in Bonn gemacht worden ist,

(Zustimmung bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

und seitdem in Bonn der Regierungswechsel erfolgte, der im Grunde nachhaltige Impulse auch für das Steueraufkommen in Nordrhein-Westfalen gegeben hat, ist alles schlecht, was aus Bonn kommt. Man prügelt auf die ein, man setzt sich sachlich nicht auseinander. Auf der anderen Seite sagt man aber: Ihr müßt uns helfen! Das müssen Sie einmal deckungsgleich bringen, wie Sie das in Bonn gemeinsam mit uns vertreten wollen.

(Zustimmung bei der CDU)

(Dautzenberg (CDU))

- (A) Wir lassen uns nicht in die Pflicht nehmen, wenn von den Problemen des Landes geredet und gesagt wird, es gehe um die Zukunft Nordrhein-Westfalens, um die Bürger in Nordrhein-Westfalen, und Sie gleichzeitig den Machtanspruch erheben: Wir sind als Landesregierung, wir sind als SPD Nordrhein-Westfalen! Wenn Sie weiter diesem Trugschluß unterliegen, werden wir Sie in Ihren Bemühungen in Bonn nicht unterstützen. Wenn es Ihnen aber ernst damit ist, die Sorgen und Nöte der Bevölkerung, der Kohle und des Stahls in Bonn zum Fortschritt für Nordrhein-Westfalen einzubringen, dann werden wir Sie unterstützen. Sie haben zwar in zwei Wahlen die absolute Mehrheit bekommen. Das berechtigt aber nicht dazu, absolutistisch zu regieren und zu sagen: Wir sind Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen, das sind 16,5 Millionen Bürger, die Sie 1985 wahrscheinlich nicht gewählt hätten, wenn sie gesehen hätten, wie das Land weiterhin in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommt,

(Zurufe von der SPD)

wenn 1985 klar gewesen wäre, was hier eigentlich zur Abstimmung stand. Da haben Sie nämlich jemand, der Ministerpräsident ist, der es schafft, immer wieder die Politikbereiche so zu entpolitisieren, daß gar nicht mehr um Sachprobleme gerungen wird, sondern daß fast in einer absolutistischen Form nach dem Motto "Der Staat bin ich" die Darstellung dieser Landesregierung erfolgt.

- (B) (Zurufe von der SPD)

Dafür können Sie natürlich unsere Unterstützung nicht erwarten.

(Weitere Zurufe von der SPD - Gegenrufe von der CDU)

Lassen Sie mich, verehrte Kolleginnen und Kollegen, etwas intensiver auf den Personalhaushalt eingehen! Herr Kollege Schauerte hat dazu schon etwas ausgeführt. Wir haben enorme Personalkostensteigerungen, deren Gründe, Herr Finanzminister, vor allen Dingen Ende der 70er Jahre zu suchen sind. Warum sagen Sie dann, die Finanzsituation des Landes sei überwiegend durch den Bund bedingt, weil dem Land nicht geholfen wird? Soll ich Ihnen vorlesen, wie hoch die Kohlelasten in den Jahren seit 1979 waren und wie hoch, damit korrespondierend, die Neuverschuldung des Landes war? Das war ein Minimum zu den Kohlelasten.

Ich will die Zahlen jetzt nicht wiederholen, sondern versuchen, ob vielleicht mit Ihnen gemeinsam konstruktive Ansätze möglich sind.

Das setzt voraus, daß Sie auch zu konstruktiver Zusammenarbeit bereit sind. Hier spreche ich konkret die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" an. Die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" unter dem Vorsitz des Kollegen Klose hat in den 70er Jahren versucht, entscheidende Grundlagen für die Personalstruktur zu erarbeiten. Sie hat sich Leitlinien gegeben, die nach wie vor Geltung haben könnten, wenn Sie nur bereit wären, sie zu akzeptieren. Wir machen es nämlich nicht mit, daß gegenüber den Verbänden eine Stelleneinsparungspolitik vertreten werden soll, daß sie aber dann, wenn es darum geht, in der Ministerialbürokratie einmal aufgabenkritische Ansätze durchzusetzen, mauern und nicht zu einer Zusammenarbeit bereit sind.

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn die gemeinsame Geschäftsgrundlage, die wir bisher hatten, in der Zukunft nicht fortgesetzt wird, Herr Kollege Trinius, werden wir auch die Arbeit in der Arbeitsgruppe nicht fortsetzen. Das waren ja auch die gravierenden Punkte in der Legislaturperiode von 1980 bis 1985, wo es konstruktive Ansätze zur Personalstruktur gab, die aber durch parteipolitische Mehrheitsbeschlüsse der SPD zugunsten der Ausdehnung der Ministerialbürokratie geopfert worden sind.

(Dr. Pohl (CDU): An der Spitze die Staatskanzlei!)

- An der Spitze der Herr Ministerpräsident! Ich habe durchaus Verständnis dafür. Herr Minister Posser, Sie haben auch bei uns immer Unterstützung für Ihre Linie gefunden. Bedauert haben wir allerdings, daß Sie sich meistens im Kabinett nicht durchsetzen konnten und daß auch Herr Ministerpräsident Rau Sie in dieser Absicht immer allein gelassen hat. Das ist heute hier zu beklagen.

Meine Damen und Herren, die Personalkostenquote betrug 1987 bei Personalausgaben von 23,749 Milliarden DM, gerechnet am Haushaltsvolumen, 39,8 %. Wenn ich anders rechne und es auf die Einnahmen beziehe - und es ist meines Erachtens die seriösere Grundlage für die Ermittlung einer Personalkostenquote, die Gesamteinnahmen des Landes zu nehmen -, komme ich zu dem Ergebnis, daß die Personalkostenquote im Jahre 1987 schon 44,07 % beträgt. Wenn ich die Landschaftsverbände einbeziehe, bewegen wir uns schon fern der 45 % bis hin zu 47, 48 %. Im Jahre 1988 haben wir nochmals eine Steigerung um 2,5 % auf 24,355 Milliarden DM. Gerechnet am Haushaltsvolumen sind das 40,1 %, gerechnet an den Einnahmen 44,23 %.

(C)

(D)

(Dautzenberg (CDU))

- (A) Die höchste Steigerung der Personalkostenquote hatten wir 1979 und 1980. Daraus haben wir heute noch immer die negativen Konsequenzen für unser Land zu tragen.

Damit eines klar wird

(Zuruf des Abg. Schultz (SPD))

- das ist nicht mein Problem, verehrter Herr Kollege Schultz -: Die Kritik gilt nicht den Beschäftigten im öffentlichen Dienst;

(Rohe (SPD): Nun sei nicht feige!)

sie haben sich nämlich nicht, Herr Kollege Rohe, in einer eigenen Perpetuierung diese Stellen geschaffen, sondern diese Stellen sind im Grunde durch politische Entscheidungen geschaffen worden.

(Zuruf des Abg. Schleißer (SPD))

Insofern haben die Politik, das Parlament, die Regierung dann auch die Verantwortung für die Zahl der Landesbediensteten. Das nur zur Klarstellung, damit Sie nachher nicht versuchen, uns wieder in eine bestimmte Ecke zu stellen, als würden wir mit Pauschalurteilen über den öffentlichen Dienst herziehen.

(Rohe (SPD): 1500 wollen Sie einstellen!)

- (B) Eines machen wir nicht mit: in der Arbeitsgruppe mühsam Stellen des mittleren Dienstes, vielleicht noch des gehobenen Dienstes, Angestelltenstellen etwa bis BAT IV mühsam zu sammeln, wenn Sie auf der anderen Seite politische Mehrheitsbeschlüsse fassen, die politische Führungsebene in den Ministerien weiter auszudehnen. Dafür werden Sie unsere Unterstützung auch in Zukunft nicht bekommen. Sie müssen sich darüber klar werden, ob Sie bereit sind, in Zukunft eine entsprechende gemeinsame Grundlage zu tragen.

Meine Damen und Herren, im Jahre 1988 werden effektiv rund 2400 Planstellen abgebaut; 3000 Stellen vor allem im Lehrerbereich werden mit neuen kw-Vermerken, also Vermerken "künftig wegfallend", versehen. Damit haben wir allein im Schulbereich rund 20 000 kw-Stellen. Jedem dürfte klar sein, was das auch für die Haushaltsbelastung bedeutet. Trotzdem haben wir im Schulbereich die Schizophrenie, daß Unterricht ausfällt, daß in manchen Fächern Unterricht nicht erteilt werden kann, weil die notwendigen Fachlehrer nicht vorhanden sind. Wie machen Sie das deckungsgleich: 20 000 Stellen, die normalerweise abgebaut werden müßten, gleichzeitig aber Unterrichtsausfall, weil die Fachlehrer nicht vorhanden sind?

(Schultz (SPD): Das ist sehr schwierig!)

- Herr Kollege Schultz, das liegt mit daran, daß man in den letzten Jahren, in denen Stellen frei wurden, nicht danach gesehen hat, wo die Deckung des spezifischen Fächerbedarfs zu gewährleisten ist, sondern daß jede Stelle, die frei geworden ist, sofort neu besetzt worden ist. Das nenne ich unverantwortliches Regierungshandeln; denn dem Kultusministerium müßte doch aufgrund der Altersstruktur des Lehrkörpers und aufgrund der Fächerkombinationen klar sein, welche Lehrer zu welchen Zeiten gebraucht werden. Hier müßte man mit einem Konzept arbeiten, um die Situation zu verbessern. (C)

Wenn man Personalkosten reduzieren will, habe ich durchaus Verständnis dafür, daß man im ersten Jahr mit einer Besetzungssperre beginnt und daß es vielleicht in diesem ersten Jahr noch nicht möglich ist, stellenscharf zu sagen, wo das Volumen, das durch die Stellenbesetzungssperre erwirtschaftet wird, auf die einzelnen Stellen konkret anzuwenden ist. Aber da wir im Landeshaushalt nunmehr schon so lange das Instrumentarium der Besetzungssperre fahren und es jetzt auch noch um drei Monate auf neun Monate ausgedehnt wird, wäre es doch die Führungsaufgabe der Landesregierung - des Finanzministers und desjenigen, der die Richtlinien der Politik bestimmt, nämlich des Ministerpräsidenten - gewesen, die einzelnen Fachressorts zu beauftragen, Strukturkonzepte für den Personalbereich vorzulegen, mit der Maßgabe, daß wir langfristig zu einem Personalabbau kommen.

Mit 44,08 % Personalkostenanteil an den Einnahmen ist wirklich eine Schallgrenze erreicht, hier ist das Ende der Fahnenstange erreicht, an dem für ein Land wirklich nichts mehr geht, wenn es nicht total manövrierfähig werden will. Das, Herr Finanzminister Posser, was wir durch den Personalbestand und durch die Personalkostenquote haben, ist, wenn man die Relation sieht, im Hinblick auf Entscheidungen, politische Gestaltung und Gestaltungsmöglichkeiten meines Erachtens noch einengender als das, was durch Kohle und Stahl für das Land verursacht worden ist. (D)

Meine Damen und Herren, dafür müßte langsam ein Konzept der Landesregierung kommen, wenn nicht alles nur wiederum Semantik und Lyrik bleiben soll. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren:

Unbeschadet der Zuständigkeit der Ressorts

- d.h. doch: ressortübergreifend -

(Dautzenberg (CDU))

- (A) fällt dem Finanzminister, der für Landeshaushalt und Finanzplanung verantwortlich ist, und dem Ministerpräsidenten, der die Richtlinien der Politik bestimmt und deshalb die wesentlichen Umsteuerungsentscheidungen initiieren muß, eine besondere Verantwortung zu.

Die Notwendigkeit zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Ministerpräsident und Finanzminister auf dem Gebiet der Finanzplanung ist im Jahre 1985 durch eine Änderung der Geschäftsordnung der Landesregierung unterstrichen worden. Danach stellt der Finanzminister die Finanzplanung auf der Grundlage einer vorausgegangenen, laufenden, wechselseitigen und engen Abstimmung der Finanzplanung mit der Regierungsplanung zwischen dem Finanzminister und dem Ministerpräsidenten auf.

Das ist Lyrik aus der Vorlage 10/1105 "Bevölkerungsentwicklung und Regierungshandeln in Nordrhein-Westfalen".

Herr Finanzminister, Herr Ministerpräsident, wenn diese Vorgaben schon 1985 Bestand hatten und auch in Form der Geschäftsordnung der Landesregierung festgelegt worden sind,

(Zustimmung bei der CDU)

- (B) wo sind dann die Strukturkonzepte zur Umstrukturierung der einzelnen Personalhaushalte der Ressorts? Man kann sich nicht, wie sich auch Herr Staatssekretär Haacke in einer der Haushaltskontrollausschußsitzungen eingelassen hat, darauf berufen, aus dieser Vorgabe resultierten große Probleme, wolle man ressortübergreifend vorgehen, es entstünden Abstimmungsschwierigkeiten, es gäbe verfassungsrechtliche Komplikationen. Was hier, Herr Finanzminister, verlangt ist, um für diesen Haushalt wieder Handlungsspielraum zu bekommen, das ist Ihre Handlungsfähigkeit in der Landesregierung und die Richtungsbestimmung durch den Ministerpräsidenten.

Ein bezeichnendes Beispiel bietet der neben Ihnen sitzende Kollege, nämlich der Innenminister. In einer der ersten Sitzungen der Arbeitsgruppe Personalbedarf und Stellenpläne als einer Arbeitsgruppe des Haushalts- und Finanzausschusses wurde vom Innenminister zugesagt: Ja, das erbetene Strukturkonzept zur Polizei werde ich Ihnen so rechtzeitig liefern, daß dies noch in die Haushaltsberatungen 1988 einbezogen werden kann. Bisher, Herr Kollege Schnoor, ist nichts erfolgt. Auf die Große Anfrage zu verweisen, ist eine

Ausrede, denn hätten Sie rechtzeitig mit der Erstellung des Strukturkonzeptes begonnen, hätten Sie die Große Anfrage der F.D.P.-Fraktion aus dem Handgelenk beantworten können. (C)

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Dort wurden im Grunde fast deckungsgleiche Fragen gestellt. Was Sie nicht wollen oder können, ist, durch Regierungshandeln zur Veränderung der Personalstruktur und damit zur Wiedergewinnung auch finanzpolitischer Entscheidungsfreiheit beizutragen. Es wird jetzt wieder ein Jahr vergehen, und wir müssen uns damit vertrösten, unter Umständen im nächsten Jahr damit zu beginnen. Auf Dauer können Sie uns mit diesem Vorgehen, sollte es weiterhin Ihr verantwortliches Regierungshandeln für den Personalhaushalt der Polizei für das Jahr 1988 darstellen, nicht gewinnen.

(Frau Robels (CDU): Wir müssen damit lange leben, leider!)

Darin werden wir Sie nicht unterstützen.

Um es noch einmal zu sagen: Wenn das auf Seite 63 der Vorlage 10/1105 Ausgeführte nicht Lyrik bleiben soll - und auf Lyrik versteht sich der Ministerpräsident ja; und Dialogprogramme und Dialogbereitschaft reichen allein nicht weiter, wenn man es mit handfesten finanzpolitischen Problemen zu tun hat -, muß man entscheiden und auch die notwendige Durchsetzungsfähigkeit an den Tag legen und nicht mit einer fidelen Resignation - wie der Herr Ministerpräsident sich einmal ausgedrückt hat - wiederum zur Lyrik und zur Tagesordnung übergehen. (D)

Ihnen, Herr Finanzminister Posser, nehme ich es ab, daß Sie sich ernsthaft bemühen, dies noch mit auf den Weg zu bringen. Ich hoffe, daß, wenn wir Sie in diesen Bemühungen unterstützen, unsere dann gemeinsamen Bemühungen nicht vergeblich sein werden. Ihnen obliegt, was die Strukturkonzepte der Landesregierung für diesen Bereich angeht, auch eine gewisse Koordinierungs- und Führerschaft.

Das Land Nordrhein-Westfalen wird, wie es der Herr Finanzminister vorgetragen hat, dann in den finanziellen Ruin treiben, wenn auf uns weiterhin steigende Personalkostenquoten und gleichzeitig zurückgehende Investitionsquoten zukommen. Dann ist in der Tat der finanzielle Ruin des Landes Nordrhein-Westfalen vorprogrammiert.

Verehrter Herr Finanzminister Posser: zum Länderfinanzausgleich. Sie müssen uns schon

(Dautzenberg (CDU))

- (A) sagen, welchen Erfolg die gemeinsamen Beschlüsse der Länder im Bundesrat zur Neugestaltung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs - also engerer Finanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen - bisher für das Land Nordrhein-Westfalen gebracht haben. Wenn ich es richtig nachvollziehe, waren sich die Länder immer dann einig und hatten Sie immer dann die Unterstützung der anderen, wenn die Ländergemeinschaft im Grunde zu Lasten und auf Kosten Dritter etwas gefordert hat, aber Sie kamen dann nicht weiter, wenn von der Ländergemeinschaft selbst etwas für das Land Nordrhein-Westfalen gegeben werden sollte. Es entspricht einer einfachen Verhandlungsstrategie, etwas zu Lasten Dritter zu beschließen, zu dem die anderen nichts beizutragen brauchen.

(Dr. Pohl (CDU): Das ist die zweite Form der Erbsünde!)

Was den Beschluß im Bundesrat angeht: Die Länder unterstützen das Land Nordrhein-Westfalen in dem Anliegen, von den Kohlelasten durch den Bund entlastet zu werden. Es wird auch nur dann Erfolg haben, daß die Länder sie unterstützen, Herr Finanzminister, wenn diese Entlastung außerhalb der Summe der Bundesergänzungszuweisungen in Form einer Sonderhilfe erfolgt. Wird dies wiederum immanenter Bestandteil der Bundesergänzungszuweisungen, stehen Sie wiederum vor der gleichen Problematik, daß Sie dann die Zustimmung der anderen Länder nicht bekommen werden, weil Sie dann die Summe erhöht haben und sich selbst wiederum Vorteile aus einer erhöhten Bundesergänzungszuweisung versprechen.

(B)

Deshalb haben wir immer zu überlegen gegeben, ob es dann wohl nicht sinnvoller sei, dies zwar von der Ländergemeinschaft beschließen zu lassen, aber durch bilaterale Verhandlungen zu versuchen, für das Land Nordrhein-Westfalen erfolgreich zu werden. Herr Finanzminister, wir werden Sie in diesem Bemühen, wenn es um die Probleme des Landes Nordrhein-Westfalen geht, unterstützen.

Ein letzter Punkt, meine Damen und Herren, Herr Finanzminister Posser, und ein persönliches Wort. Wenn wir auch oft im politischen Widerstreit sind und auch weiterhin sein werden, schätze ich doch Ihre persönliche Integrität. Ich gehöre seit 1980 dem Landtag an. Wir haben uns oft gestritten. Aber ich habe keinen Zweifel an Ihrer persönlichen Integrität. Um so mehr bedaure ich, daß Ministerpräsident Rau als der Inhaber der Richtlinienkompetenz einer Landesregierung Sie in Ihren Bemühungen um die Konsolidie-

rung des Haushaltes allein gelassen hat.

(C)

(Beifall bei der CDU - Tschoeltsch F.D.P.: Der Minister sieht sich auch hier allein auf weiter Flur!)

Somit sind Sie - das ist das Traurige an Ihrer unzweifelhaften Persönlichkeit - zum Erfüllungsgehilfen der Verschuldungspolitik des Ministerpräsidenten Rau geworden. So werden Sie auch als Finanzminister in die Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen eingehen. Ich hätte Ihnen mehr Erfolg gewünscht. Dann wäre es um unsere Landesfinanzen heute besser bestellt. Mit diesem Haushalt verwalten Sie weiterhin nur den Mangel. Entscheidende Grundlagen für finanzielle Freiräume für die Zukunftsgestaltung werden vom Haushalt 1988 nicht ausgehen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der SPD hat nunmehr Herr Abg. Trinius das Wort. Bitte, Herr Kollege.

(Schultz (SPD): Jetzt stell das einmal alles richtig, was der gesagt hat!)

Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin gerade durch Zuruf aufgefordert worden, ich möge alles richtigstellen, was hier falsch gesagt worden ist. Das ist nicht möglich, sonst müßte ich viel zu viel richtigstellen.

(D)

Ich fange mit den Aussagen an, die Sie zum Steuerrechtsänderungspaket der Bundesregierung, der Bonner Koalition, gemacht haben. Ich wollte das eigentlich auf ein paar wenige Stichworte bringen: Es ist sozialpolitisch ungerecht; das spürt ein Blinder mit dem Krückstock.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt nicht!)

- Aber ja. Es ist finanzpolitisch unseriös - das räumt inzwischen sogar Stoltenberg ein -; es ist wirtschaftspolitisch unsinnig - dafür sprechen die Erfahrungen der letzten Jahre -; es ist gegenüber Ländern und Gemeinden unbillig und unsolidarisch; es ist gemeindefeindlich und zukunftsfeindlich.

Ich will das einmal kurz anhand einiger Stichworte erläutern. Sie haben davon gesprochen, welcher Entlastungsanteil durch die Ausweitung des Freibetrages entsteht. Ich will Ihre Zahlen, die Sie genannt haben, gar nicht anzweifeln.

(Trinius (SPD))

- (A) Allerdings ergibt sich diese Zahl aus der Steuerentlastung für sämtliche Steuerzahler insgesamt. Sie können das nicht als eine spezielle Entlastung der unteren Gruppen ausgeben, denn es passiert ja folgendes: In jedes Teil des Steuersystems kann derjenige, der Spitzenverdiener ist, regelmäßig hereingreifen. Er greift also viermal zu. Eine Erhöhung des Freibetrages führt dazu, daß der Spitzenverdiener nach Maßgabe des Spitzensatzes an dieser Senkung teilhat, nämlich mit 56 bzw. demnächst mit 53 %. Sie müssen diesen Effekt, der sich durch sämtliche Stufen regelmäßig wieder ergibt, in Rechnung stellen. Dann kommen Sie zu einem völlig anderen Ergebnis. Deswegen war ja die umgekehrte Überlegung richtig: Wenn ich den Grundfreibetrag erhöhe, muß ich eigentlich, wenn ich bei gleicher Belastung des Spitzenverdieners bleiben will, den Spitzensteuersatz erhöhen.

(Dautzenberg (CDU): Ich gebe Ihnen recht! Man muß wissen, was man machen will!)

- Richtig, man muß wissen, was man will. Da kommen wir allmählich an den Punkt.

Lassen Sie mich darauf hinweisen: Sie müssen ja mit einkalkulieren - so wie sich die Sozialversicherung entwickelt; Sie überlegen ja doch wohl, die Sozialversicherungsbeiträge zu erhöhen; das zeichnet sich doch wohl bei der Renten- und Krankenversicherung ab -, daß dort, wo Sie die allergeringste Entlastung einbauen, mit zusätzlichen Belastungen bei den Sozialbeiträgen zu rechnen ist.

(B)

Sie denken ja daran, die Mehrwertsteuer zu erhöhen.

(Hardt (CDU): Wer sagt das?)

- Da finden Sie noch genug Ausreden; da brauchen wir keine Sorge zu haben. Strauß hat schon gesagt, welche Ausrede er dafür hat: "Anpassung an die europäischen Mehrwertsteuerregelungen". Wenn Sie die Mehrwertsteuer anheben, führt das dazu, daß diese Anhebung derjenige zu 100 % zu tragen hat, der sein Einkommen fast vollständig in den Konsum stecken muß. Nur nach Maßgabe des Konsums sind sie daran beteiligt und nicht anders.

(Zuruf von der CDU: Das ist falsch!)

Lassen Sie mich auf das hinweisen, was im Rau-Tarif vorgesehen war.

(Abg. Schauerte (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Ich soll hier alles richtigstellen. Soll ich das, was Sie jetzt fragen, auch noch richtigstellen? (C)

Präsident Denzer: Herr Abg. Trinius, ich will Sie in Ihren Überlegungen nicht unterbrechen, sondern nur die schlichte Frage an Sie richten, ob Sie dem Herrn Abg. Schauerte zu einer Frage zur Verfügung stehen.

(Trinius (SPD): Mag er sie stellen!
- Hunger (SPD): Das ist schauerlich!)

- Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Schauerte (CDU): Ich bedanke mich, daß auf die schlichte Frage ein schlichtes Ja kam.

(Heiterkeit)

Herr Kollege Trinius, wollen Sie bestreiten, daß unter Ihrer verantwortlichen Mitwirkung in Bonn die frühere Umsatzsteuer und heutige Mehrwertsteuer von 1968 bis 1982 von 8 % auf 14 % angehoben wurde und Sie deswegen für sich in Anspruch nehmen können, die eigentlichen Mehrwertsteuererhöhungsprofis zu sein?

(Beifall bei der CDU)

Trinius (SPD): Herr Kollege! Argumente, die man gegen einen anderen vorträgt, muß man gegen sich selbst gelten lassen. Dies ist überhaupt keine Frage, und ich werde Ihnen das im weiteren Zusammenhang auch noch vorhalten. - Aber Sie müssen die Mehrwertsteuererhöhung damals auch in den Gesamtzusammenhang stellen; den können Sie nicht draußen vor lassen! (D)

(Schultz (SPD): Richtig!)

Sie wissen doch, wie das Paket damals ausgesehen hat. Ich komme auf einige spezielle Sachen gleich noch zu sprechen.

Bei dem Rau-Steuersenkungstarif haben Sie unterschlagen oder vergessen, daß er eine Erweiterung, wie Sie sie jetzt vorgenommen haben, für 1988 gar nicht vorsah. Dieses Erweiterungspaket, das am 1.1.1988 in Kraft tritt, kostet das Land Nordrhein-Westfalen ungefähr eine halbe Milliarde DM an Einnahmeverlust.

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

- Ach, Herr Kollege, Sie haben die Tabelle doch auch! Die Gemeinden wird allein diese Operation ungefähr 180 Millionen DM kosten. Das ist die Tabelle, die wir im Finanzbericht haben; ich empfehle Ihnen dringend, sich diese sorgsam anzusehen.

(Trinius (SPD))

- (A) Zu unserem Paket gehörte unter anderem die Ergänzungsabgabe für Höherverdienende. Wie weit reicht Ihr Gedächtnis eigentlich zurück? Wenn Herr Blüm nur vier Jahre zurückdenken könnte und nicht mit dem Gedächtnis einer Eintagsfliege herumliefe, könnte er sich an das erinnern, was er 1983 im Ruhrgebiet von Tür zu Tür versprochen hat. Damals hat er gesagt: "Wir wollen ein Solidaropfer von allen Besserverdienenden haben. Das bauen wir in unsere Steuerpolitik ein."

(Schultz (SPD): Ja, das hat er gesagt!)

Solidaropfer aller Besserverdienenden - das war das Versprechen der CDU bis zum Wahltag 1983. Und als die Wähler kamen und sagten: "Bitte, meine Herren von der CDU, wir möchten das Wahlversprechen eingelöst sehen!", da wurde auf sie mit dem Finger gezeigt und gesagt: "Diese Neidhammel, was wollen die eigentlich von uns?"

(Bensmann (CDU): Neidhammel seid ihr auch!)

Da haben Sie vom "Sozialneid" gesprochen und damit das verletzte Gefühl für soziale Gerechtigkeit diffamiert. Sie haben das Gefühl für soziale Gerechtigkeit ausgegeben als Sozialneid!

(B) Stehen Sie zu dem, was Blüm damals gesagt hat! Ich habe ohnehin Zweifel: Herr Blüm hält inzwischen Tag für Tag in der Woche seine Sonntagsreden. Was wird davon eingelöst? Das wird die Frage sein. Es nützt nichts, eine Rede nach der anderen zu halten. Wir legen Wert darauf, daß die Dinge endlich eingelöst werden.

(Hunger (SPD): Das ist ein aufgeblasener Gummilöwe!)

Ich sagte, Ihre Pläne seien gegenüber Ländern und Gemeinden unbillig. Das ist so. Die Einnahmемinderungen treffen die Länder und die Gemeinden überproportional und den Bund unterproportional.

(Schauerte (CDU): Das ist falsch!)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dautzenberg?

(Zustimmung des Abg. Trinius (SPD))

- Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dautzenberg (CDU): Herr Kollege Trinius, würden Sie mir zugestehen, daß die CDU/CSU-Bundtagsfraktion gemeinsam mit der F.D.P. und der Bundesregierung das umgesetzt hat,

was sie den Wählern im Bundestagswahlkampf versprochen hat, (C)

(Rohe (SPD): Nein! - Lachen bei der SPD)

und es konsequent war, daß diese Steuerentlastung so, wie sie angekündigt wurde, auch umgesetzt worden ist?

(Widerspruch bei der SPD)

Trinius (SPD): Herr Kollege! CDU, CSU und F.D.P. wußten, was sie wollten. Sie sind mit einer gespaltenen Strategie in den Wahlkampf gezogen. Sie haben versprochen, den Solidarbeitrag von den Besserverdienenden einzufordern. Die F.D.P. hatte dem widersprochen. Das klang schon fast nach Absprache, das müsse man anschließend in der Koalitionsvereinbarung bereinigen. Sie müssen aber als Partei zu dem stehen, was Sie als Partei versprochen haben.

(Dreyer (CDU): Das tun wir doch auch!)

- Nein, das haben Sie nicht getan.

Dann haben Sie uns vorgeworfen, wir kritisierten nur die jetzige Bonner Regierung. Das ist nicht richtig. Wir haben hier mit großer Heftigkeit an der Beseitigung der Lohnsummensteuer 1979 Kritik geübt. Wenn Sie sich den Finanzbericht genau anschauen, sehen Sie auch, wie die Beseitigung der Lohnsummensteuer sich in Nordrhein-Westfalen für die Gemeinden ausgewirkt hat. (D)

(Schauerte (CDU): Wer hat sie beschlossen?)

- Richtig, Herr Kollege! Aber wenn wir dies damals kritisiert haben, wenn auch ohne Erfolg

(Zuruf von der CDU)

- jawohl! -, und die Sommerpresse 1978 voll davon war, vor allem von der Kritik Dr. Possers, dann können Sie uns nicht gleichzeitig vorwerfen, wir richteten die Kritik einseitig an der jetzigen Bonner Koalition aus. Das stimmt nicht.

Sie können den Unterlagen für die Haushaltsberatungen entnehmen, daß die Beseitigung der Lohnsummensteuer die Gemeinden bei der Gewerbesteuer insgesamt so weit zurückgeworfen hat, daß sie erst 1985 den Stand von 1979 wieder erreicht haben. Das ist natürlich ein Stück Minderung der Aufgabengestaltungsfähigkeit der öffentlichen Hand gewesen. Dies ist

(Trinius (SPD))

- (A) so einzuräumen, und dies darf sich einfach nicht wiederholen.

Es geht Ihnen auch in Bonn inzwischen nicht mehr um Konsolidierung. Es geht um etwas ganz anderes. Es geht Ihnen auf der einen Seite um eine Umverteilung

(Zuruf von der CDU)

- aber ja! -

(Zustimmung bei der SPD)

von Einkommen und Belastungen, und es geht Ihnen um gesellschaftspolitische Veränderungen.

Sie benutzen die Steuerpolitik, um gesellschaftspolitische Veränderungen herbeizuführen. Das geben Sie ja auch selber zu. Das läuft bei Ihnen unter dem Stichwort "Mehr Verantwortlichkeit für den einzelnen, weniger Verantwortlichkeit für die öffentliche Hand oder für die Solidargemeinschaft". Das ist Umbau von Gesellschaft.

Es geht Ihnen auch nicht um Konsolidierung. Ginge es um Konsolidierung, dann müßte das Ziel ja weiterhin sein, die Nettokreditaufnahme zu mindern. Stoltenberg hat inzwischen erklärt, die Steigerung der Nettokreditaufnahme im nächsten Jahr werde zwei wesentliche Ursachen haben. Die eine wesentliche Ursache: Der Rückgang der Bundesbankgewinne; die andere wesentliche Ursache: Die Senkung der Steuern. Da bitte ich Sie - mein Kollege Heinz Schleußer hatte das vorhin angesprochen - darum, einmal die Maßstäbe, die Stoltenberg für die Beurteilung von Kreditaufnahmen selber aufgestellt hat, sich selbst gegenüber anzuwenden.

(B)

Da war gesagt worden, die Schuldenaufnahmen der sozialliberalen Koalition seien sozialetisch unvertretbar, sie rüttelten an den sozialetischen Grundlagen des Generationenvertrages. Das war die Aussage, die er da geprägt hat. Da muß ich fragen: Was haben wir denn getan? Wir haben natürlich Schulden gemacht oder Kredite aufgenommen und haben daraus u. a. ein Zukunftsinvestitionsprogramm finanziert. Das Rhein-Bodensee-Programm zum Beispiel. Das heißt, der Belastung mit Zins und Tilgung von künftigen Jahren stand auf der anderen Seite ein Gegenwert gegenüber, der den künftigen Generationen übergeben wird.

(Schultz (SPD): Richtig!)

Da gibt es also auf der einen Seite Belastung und auf der anderen Seite Gegenwert. Hier

sollen Kredite aufgenommen werden, nicht um damit einen Gegenwert für die Zukunft zu schaffen,

(C)

(Schultz (SPD): Sondern um verfrühstückt zu werden!)

sondern um Geschenke, die heute unnötigerweise verteilt werden, durch künftige Generationen zu finanzieren.

(Zuruf von der CDU)

Wenn Sie diesen hohen ethischen Maßstab anwenden, dann müssen Sie ihn auch gegen sich selbst gelten lassen. Ich sage nichts gegen den Maßstab. Aber dann müssen Sie Ihre Beschlüsse, so wie wir unsere Beschlüsse, unter diesem gleichen Maßstab beurteilen. Und dann ist das eine Zerrüttung nicht nur der sozialetischen Grundlagen des Generationenvertrages, sondern auch ein Verstoß gegen den Sinn der Verfassungsvorschriften. Lassen Sie sich das einmal in Ruhe durch den Kopf gehen. Wenn die Verfassung vorsieht, die Kreditaufnahme soll die Investitionshöhe nicht überschreiten, dann geht der Verfassungsgeber regelmäßig davon aus: Kredite werden nur für Investitionen aufgenommen, es sei denn, es liegt eine ganz besondere Situation vor. Die liegt aber nicht vor.

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

Denn Sie wären frei, eine solche Senkungsoperation auch um ein Jahr zu schieben oder etwas anderes zu machen. Lesen Sie die Rede von Stoltenberg, die er vorige Woche im Bundestag gehalten hat, da steht das ausdrücklich drin.

(D)

Nun ein paar Bemerkungen zu Ihren mittelfristigen Finanzplanungen

(Schauerte (CDU): Unseren oder Ihren?)

- sehr schön; wir können die mittelfristige Finanzplanung, Herr Kollege, nur aufgrund der Daten machen, die wir von Bonn bekommen -

(Zuruf von der CDU: Nein!)

- aber ja -, der regionalisierten Steuerschätzung und natürlich der Ausgabenentwicklung, wie wir sie hier sehen. Die mittelfristige Finanzplanung von Nordrhein-Westfalen bezieht ein: die letzte Steuerschätzung vom Mai; sie bezieht ein das Steuersenkungserweiterungsgesetz, das zum 01.01.1988 in Kraft treten soll. Damit hätten wir die steuerlichen Einnahmen und die Ausgaben, mit denen wir voraussichtlich zu rechnen haben.

(Trinius (SPD))

- (A) Wir können nicht die weitere Entwicklung ab 1990/91 einbeziehen. Der Finanzminister hat in der mittelfristigen Finanzplanung dargestellt, wie es sich nach der bisherigen Planung entwickeln würde, wie es sich entwickeln wird nach den neuen Daten auf der Grundlage Mai 1987, und er hat dargelegt, wie sich die Sache voraussichtlich entwickeln wird, wenn die Beschlüsse in Kraft treten, die Sie beabsichtigen.

Dabei sind folgende Punkte offen: Wird es einen Abbau von Subventionen geben - ja oder nein? Wenn ja, in welcher Größenordnung? Und wenn ja, bei wem entfallen dann die Ausgaben? Wieweit führt das zu einer Entlastung der Gemeinden oder des Landes oder des Bundes auf der Ausgabenseite? Das kann gegenwärtig keiner sagen. Es ist auch nicht klar, ob es eine Erhöhung der Steuern geben wird. Es ist nicht klar, welche Steuern betroffen sein werden. Und damit ist auch nicht klar, wie sich die Sache denn auf dieser Seite darstellt.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

- Wir machen doch die mittelfristige Finanzplanung jetzt, nehmen sie doch jetzt zur Kenntnis.

(Dautzenberg (CDU): Was hat der Finanzminister vorgelegt?)

- (B) - So, Herr Kollege, das ist ja nicht nur etwas, was uns beunruhigt. Das beunruhigt ja nicht nur uns. Von Gesetzes wegen sind wir verpflichtet, eine Finanzplanung vorzulegen, die einen Zeitraum von fünf Jahren umfaßt. Wir bekommen aber, bei Licht gesehen, aufgrund fehlender Beschlüsse von Bonn, aufgrund fehlender Aussagen dort nur eine saubere Darstellung für zwei Jahre hin. Da stehen wir ja nicht allein. Schauen Sie sich doch an, was in Hannover geworden ist. Frau Birgit Breuel hat sich die Daten aus Bonn angesehen und auf ihre Daten in Niedersachsen bezogen, und da ist ihr schwarz vor Augen geworden. Da hat sie die Auswirkungen der Steuersenkungsoperation 1990 in zwei Abschnitte zerlegt: die eine Hälfte 1990 und die andere Hälfte 1992, was dann zu Interventionen der F.D.P. geführt hat. Sie hat dann schließlich diese Zahlen wieder zusammenschreiben müssen. Das heißt, die Grundlagen für die Finanzplanung, die von Bonn jetzt geliefert werden, sind so brüchig, daß sich selbst ein CDU-Mitglied wie Frau Breuel, zuständig für Finanzen eines Landes, nämlich Niedersachsen, gezwungen sieht, das Ganze auseinanderzunehmen, weil sie sonst die Finanzentwicklung ihres Landes verantwortlich überhaupt nicht mehr darstellen kann.

Bei dem Kollegen Dorn hatte ich heute morgen den Eindruck, als ob eine unmittelbare Verantwortung von Bonn für die Gemeinden geleugnet würde. Die besteht aber wirklich. Ich verweise nur darauf, daß man ablesen kann, wie sich die einzelnen Beschlüsse von Bonn direkt netto auf die Kasse der Gemeinden auswirken. Sie haben die Übersicht; ich empfehle sie Ihnen allen. Aber ein paar Zahlen will ich dann doch nennen:

Die finanziellen Auswirkungen allein bei den Gemeinden: eine halbe Milliarde 1985, 1 Milliarde 1986, 1987 1,3 Milliarden DM, 1988 2,3 Milliarden DM. Wenn wir über die noch fehlenden Daten genauer Bescheid wissen, könnte man die für die Folgejahre angegebenen Werte noch präzise ergänzen. Das heißt, Bonn greift in die Kassen der Gemeinden unmittelbar mit seinen Beschlüssen ein.

Auf der anderen Seite bleibt dabei außer acht, wie sich die Aufgabenbelastung in den Gemeinden entwickelt. Sie wissen, daß in den letzten Jahren die Gemeinden bei den Sozialausgaben eine durchschnittliche Belastung von 10 % zu tragen hatten. Sie alle haben zur Kenntnis genommen, daß die Sozialminister empfehlen, die Regelsätze bei den Sozialleistungen in einem Jahr um 10 % zu erhöhen. Damit erhöhen sie die Sozialleistungen. Gleichzeitig ist mit steigenden Fallzahlen zu rechnen. Aufgrund dieser beiden Faktoren werden die Sozialkosten weiter in die Höhe getrieben.

Hatte ich Sie vorhin richtig verstanden, Herr Kollege Schauerte, daß Sie von einer "Kohlelastlegende" gesprochen haben?

(Schauerte (CDU): Mit der Auswirkung auf die Schulden!)

- Von einer "Kohlelastlegende"?

(Schauerte (CDU): Mit Auswirkung auf die Schulden!)

Herr Kollege, da bleibt mir die Sprache weg!

(Schauerte (CDU): Uns auch! - Heiterkeit bei der CDU)

Sie vergessen den Antrag, den Ihre Fraktion 1980 gestellt hat, wonach Sie die Kohlelast ausdrücklich anerkennen und die Landesregierung bitten, diese Kohlelast möge der Bund tragen.

(Schauerte (CDU): Sie machen eine Legende daraus!)

(Trinius (SPD))

(A) - Wir machen doch keine Legende daraus!

(Frau Robels (CDU): Wissen Sie überhaupt, was eine Legende ist?)

Dann vergessen Sie, daß die Bundesländer insgesamt diese Sonderlast des Landes Nordrhein-Westfalen anerkennen.

Herr Dautzenberg, Sie sagen, wir sollten auf die Kritik an Stoltenberg verzichten, nur dann gebe es "Kohle für die Kohle" aus Bonn.

(Dautzenberg (CDU): Das habe ich nicht gesagt!)

Herr Kollege, dabei überhebt sich die Opposition, sie wird der Regierungspartei keinen Maulkorb verordnen können. Soweit kommt es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Das müssen Sie einmal dem Kumpel an der Ruhr erzählen: Sie hätten ja gern für die Kohle "Kohle", also Geld, gegeben, aber weil die SPD den Stoltenberg kritisiert, deswegen seien Sie nicht dazu bereit. Da kommen Sie schön ins Flattern.

(Zurufe von der CDU)

Was ist das für ein merkwürdiges erschüttertes Selbstbewußtsein, meine Kollegen von der CDU? Sie bitten uns: Wenn es heißt, "wir in Nordrhein-Westfalen" - das sind Sozialdemokraten, es gibt auch ein paar christliche Demokraten,

(B)

(Frau Robels (CDU): Das sind ganz viele!)

es gibt ein paar freie Demokraten -, dann sollten wir jedesmal hinzufügen: Wir, das sind wir alle! Das müßten wir jedesmal dazu sagen. Herr Kollege, Sie brauchen sich nur entschieden, offen und effektiv für die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen einzusetzen, dann hört der Bürger, daß es auch eine CDU gibt, die etwas für Nordrhein-Westfalen tut.

(Beifall bei der SPD - Hardt (CDU): Dann brauchen wir aber bessere Vorgehen von Seiten der Landesregierung!)

Wenn der Bürger, wenn er von Nordrhein-Westfalen spricht, an die SPD denkt, dann muß das doch daran liegen, daß der Bürger den Eindruck hat, die SPD tut etwas für unser Land, die anderen nicht.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn ich hanseatischer Bürger von Bremen wäre, würde ich sogar, wenn ich "Bremen" höre, als CDU-Mitglied sagen, das sind alles Sozialdemokraten. Sie wissen, 80 % aller Bürger von Bremen sagen: Bonn tut nichts für diese Stadt. (C)

(Frau Robels (CDU): Das stimmt auch nicht!)

Sie haben mit 23 % ungefähr den Anteil an Stimmen in Bremen erhalten, der den 20 % entspricht, die offensichtlich glauben, Bonn täte noch etwas dafür.

Wir fordern Sie erneut auf: Nehmen Sie die Interessen des Landes bedingungslos wahr, nicht nur durch Reden, sondern lassen Sie uns in Sachen Kohle und Stahl so zusammenfinden, wie wir dies nach der Beschlußlage des Landtages eigentlich sind.

(Dautzenberg (CDU): Das wäre ein Appell an die Adresse des Ministerpräsidenten!)

Dazu müssen Sie, Herr Kollege - dazu hätte ich gern etwas von Ihnen gehört - ein Wort sagen.

Der Bundeskanzler Stoltenberg beklagt sich über die Kohlelast des Bundes.

(Zuruf von der CDU: Der ist Finanzminister!)

Hören Sie doch einmal zu! Die Kohlelast des Bundes beträgt 2,4 Milliarden DM für 1988, die des Landes 1,5 Milliarden DM. (D)

(Frau Thoben (CDU): Das geht nicht!)

Dazu sagt der Bundesfinanzminister: Der dramatisch angestiegene Subventionsbedarf macht es notwendig, die bisher gewährten Mittel für den Export von Koks- und Kohle ab 1988 schrittweise aus der öffentlichen Förderung herauszunehmen. Können Sie sich noch erinnern, worüber wir im Haushalts- und Finanzausschuß vor ein paar Tagen in Aachen mit dem Eschweiler Bergwerks-Verein gesprochen haben? Können Sie sich daran erinnern, daß alle Fraktionen erklärt haben, Wolfram Dorn gegen seinen Bundeswirtschaftsminister, Sie gegen die Pläne von Bangemann und Stoltenberg, so, wie Bonn das vorhat, können wir mit der Kohle nicht umgehen? Dann müssen Sie auch hier dazu etwas sagen.

(Zuruf von der F.D.P.: Wir unterstützen das ja auch!)

2,4 Milliarden DM - das ist weniger als 1 % des Bundeshaushaltes - sind für Stoltenberg

(Trinius (SPD))

- (A) eine so unerhörte Last, daß er sagt, das müsse abgebaut werden.

1,5 Milliarden DM sind bei einem Haushalt von 60 Milliarden DM etwas mehr als 2 %. Das ist für Sie eine "Kohlelastlegende"? So lassen wir mit unseren Problemen nicht umgehen.

Herr Kollege, Sie haben sodann den Länderfinanzausgleich, die Bundesergänzungszuweisungen angesprochen.

(Schauerte (CDU): Ein trauriges Kapitel!)

Es genügt nicht, zu sagen: Wir fordern, daß Bonn Nordrhein-Westfalen künftig gerecht behandelt. Wir werden ja verfassungswidrig benachteiligt.

(Schauerte (CDU): Nachteilsausgleich, das ist das gleiche!)

Dann müssen Sie mehr sagen und Stellung dazu nehmen, wie Sie sich den Nachteilsausgleich vorstellen. Sie müssen Stellung dazu nehmen, ob Sie die Position von Diether Posser unterstützen, daß der Nachteilsausgleich, der uns zusteht, aus zusätzlich bereitzustellenden Mitteln des Bundes gezahlt werden soll, wie wir das fordern.

(Schauerte (CDU): Das ergibt sich aus dem Gesetz und der Verfassung!)

- (B) - Aber es ergibt sich aus dem, wie wir unsere eigenen Gemeinden behandelt haben.

(Widerspruch des Abg. Schauerte (CDU))

Als wir einmal unterlegen sind, da haben wir nicht an der Verbundmasse irgend etwas geändert, sondern wir haben zusätzliche Haushaltsmittel bereitgestellt zur Bereinigung des Fehlers, den wir gemacht hatten.

(Hardt (CDU): Und den Rest befrachtet!)

Wenn das Bundesverfassungsgericht feststellt, hier habe der Bund verfassungswidrig gehandelt, dann können nicht diejenigen dafür zur Kasse gebeten werden, die verfassungswidrig behandelt worden sind, und es können nicht diejenigen zur Kasse gebeten werden, die finanzschwach sind und deshalb einen Ausgleich brauchen. Wir haben nicht die Münsteraner nach Dortmund oder nach Oberhausen geschickt und gesagt: Holt euch von Oberhausen ab, was die Oberhausener zuviel bekommen haben. Das ist der Weg, den

Stoltenberg in bezug auf die Länder untereinander vorhat.

(C)

(Wendzinski (SPD): Sehr richtig!)

Unsere Position ist: Für eine verfassungswidrige Regelung, die der Bund zu verantworten hat, muß der Bund auch selbst finanziell geradestehen.

(Zustimmung bei der SPD)

Auch zu dem zweiten Punkt in dem Zusammenhang müssen Sie Stellung nehmen: Soll der Ausgleichsbetrag für Nordrhein-Westfalen errechnet werden auf der Grundlage eines verfassungsrechtlich gebotenen Weges oder auf der Grundlage, die das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt hat? Der Bundesfinanzminister legt für die Ausrechnung des Betrages, den Nordrhein-Westfalen bekommen soll, die vom Gericht für verfassungswidrig erklärte Regelung zugrunde.

Das Land Nordrhein-Westfalen sagt: Wenn ich einen Verfassungsschaden ausgleichen will, dann muß ich doch von einer verfassungsrechtlich einwandfreien Grundlage ausgehen. Das ist unsere Forderung, und die steht gegen die Forderung von Stoltenberg. Auch hierzu müßten Sie klipp und klar sagen, welche Forderung Sie stützen. Ich kann Ihnen nur empfehlen, treten Sie in beiden Punkten der Position der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen bei. In Heller und Pfennig bedeutet das: Was Stoltenberg vorhat, bringt uns 58 Millionen DM, die verfassungsrechtlich einwandfreie Lösung bringt uns 368 Millionen DM.

(D)

Dann sprachen Sie davon, wo denn das Geld für den Ausgleich der Kohlelasten herkommen soll. Sie wollen es nicht aus den Bundesergänzungszuweisungen nehmen - gut -, sondern Sie wollen eine Sonderzuweisung des Bundes.

(Schauerte (CDU): Die will der Finanzminister auch!)

Das sagen Sie, weil Sie wahrscheinlich auch wissen, daß der Bundesfinanzminister die Bundesergänzungszuweisungen künftig kappen will. Die Länder sind der Auffassung, dies dürfe nicht geschehen, sondern die Summe der Bundesergänzungszuweisungen müsse künftig weiterhin an das Umsatzaufkommen insgesamt gekoppelt sein, und sie solle künftig nicht 1,5 % betragen, sondern mehr. Das ist die Position der Länder. Nun müssen Sie hier auch öffentlich erklären, daß Sie diese Ländermehrheitsposition gegen den

(Trinius (SPD))

- (A) Minister Stoltenberg für richtig halten. Statt dessen drücken Sie sich an dieser wichtigen Entscheidung vorbei. Oder Sie haben noch Klärungsbedarf - dann bin ich gespannt.

Bei den Bundesergänzungszuweisungen sagt das Land: Da gibt es eine ungerechtfertigte, systembedingte Bevorzugung derjenigen, die keine Kohlelasten zu tragen haben. Das beziffern wir mit 450 Millionen DM. Die wollen wir direkt haben; denn es geht nicht, daß wir belastet werden, und die anderen bekommen einen Ausgleich dafür. Das kann nicht sein. Sie müssen wirklich Klarheit darüber schaffen, wer die Kohlelasten tragen soll, der Bund oder die anderen Ländern in Gemeinschaft oder wer eigentlich. Die Antworten sollten Sie uns klipp und klar geben.

Ich komme zu der wichtigen Initiative "Zukunftsinitiative Montanregionen". Da ist unser Vorschlag auf der Grundlage des einstimmig gefaßten Landtagsbeschlusses vom März dieses Jahres, daß viermal 500 Millionen DM bereitgestellt werden sollen, verteilt auf vier Jahre, im Verhältnis 2 : 1. Dies ist alles angemessen und nur recht und billig. Der Finanzminister hat das im einzelnen dargelegt. Aber dann kann man doch hier nicht sagen: Das läßt sich alles nicht machen, das ist zu spät. Wenn das eine dringende, notwendige Angelegenheit ist, dann kann man dafür auch mal einen Bundesnachtragshaushalt machen.

- (B) Wir haben doch in Aachen bei unserer Sitzung alle gesehen, wie dringend erforderlich es ist, den über einen Zeitraum von sieben bis acht Jahren geplanten Abbau von 8 000 Arbeitsplätzen beim Eschweiler Bergwerks-Verein von vornherein flankierend zu begleiten - nach Möglichkeit im selben Zeitraum - durch die Schaffung neuer zukunftsweisender Arbeitsplätze. Das ist doch wohl der Punkt.

Meine Damen und Herren! Wenn wir alle zu diesem Beschluß des Landtags noch stehen, müssen wir auch alle zu der Forderung stehen, daß der Bund viermal 333 Millionen DM jährlich bereitstellt, so wie Nordrhein-Westfalen vier Jahre lang 167 Millionen DM jährlich bereitstellt. Dann müssen Sie alles dafür tun, daß das unmittelbar in der Bundesregierung umgesetzt wird.

Oder ich verstehe Ihre Anfragen nicht mehr. Da stellen Herr Kollege Tschoeltsch und Herr Kollege Schaumann eine Anfrage bezogen auf Herne und fragen die Landesregierung, warum Herne nicht im Programm der Montanregionen enthalten sei. Sie halten offensichtlich diese "Zukunftsinitiative Montanregionen" für ganz ausgezeichnet, sonst würden Sie eine solche Anfrage gar nicht stellen. Wenn sie

- (C) denn so zukunftsversprechend ist, dann müssen Sie doch alles tun, damit Bund und Land dieses Ding gemeinsam finanzieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere noch einmal an die sozial-ethischen Grundlagen von Herrn Stoltenberg, bezogen auf den Generationenvertrag. Wenn Sie dafür 333 Millionen DM zusätzlichen Bundeskredit aufnehmen, dann ist das zukunftsorientiert, dann ist das sozial-ethisch gerechtfertigt und qualitativ etwas völlig anderes, als die Geschenke von heute die Leute von morgen bezahlen zu lassen.

(Zustimmung des Abg. Schultz (SPD))

Von Personalkosten war die Rede. Herr Kollege, da könnte ich Ihnen eigentlich viele Geschichten erzählen; an ein paar möchte ich erinnern. Einmal wünsche ich Ihnen, Herr Schauerte und Herr Dautzenberg, daß bei Ihren haushaltspolitischen Reden im Plenum auch Ihre Fachpolitiker einmal zuhören;

(Schauerte (CDU): Die waren heute da, nur Ihre waren weg!)

denn die haben noch vor ein paar Tagen ein Sonderprogramm für Sportlehrer eingebracht.

Die werden wohl demnächst auch noch ein Sonderprogramm für die Religionslehrer und für die Kunst- und Musiklehrer einbringen,

- (Frau Matthäus (CDU): Haben wir schon!) (D)

und sie werden demnächst wohl auch noch mit einigen anderen Sonderprogrammen überkommen. Die F.D.P. hat bei Gelegenheit des sogenannten Lehrermangels mit einem Mal entdeckt, daß sie eigentlich für den zweiten Berufsschultag eintreten muß, denn sonst kann sie die Lehrer, die sie das letzte Mal gefordert hat, gar nicht beschäftigen. Dann müssen Sie ja den zweiten Berufsschultag einführen. Das wird alles hochinteressant, und ich bin sehr gespannt.

Bei den Versetzungen der Lehrer haben wir ja tolle Sachen erlebt.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt!)

Die Arbeitsgruppe Personalbedarf und Stellenpläne hatte dem Kultusminister gesagt: du mußt den Ausgleich bei dir in Deinen einzelnen Kapiteln dann eben durch Versetzungen bewerkstelligen. Das war einstimmig. Im Haushalts- und Finanzausschuß wurde das ohne Widerspruch genauso gesehen. Im Ple-

(Trinius (SPD))

- (A) num wurde das so berichtet - kein Widerspruch. Als dann die ersten sich meldeten und sagten, das sei für sie unerträglich - und was weiß ich, was nicht alles -, drehte sich mit einem Mal die Stimmung hier im Landtag um, und keiner von der CDU und von der F.D.P. erinnerte sich noch an die einstimmig ausgesprochene Empfehlung der Arbeitsgruppe.

(Bensmann (CDU): Es geht um die Art und Weise, wie dilettantisch das gemacht wurde!)

Nein, nein! Sie haben mehr verlangt. Über die Art und Weise, Herr Kollege, lasse ich immer mit mir reden. Ich habe dazu auch öffentlich sehr deutlich und kritisch Stellung genommen. Ich will Ihnen folgendes sagen: Ich habe sogar den Verdacht, da hat es eine Reihe von Schulaufsichtsbeamten gegeben, die haben die Figuren für die Versetzung so rausgepickt, daß die bei einem Einspruch vor Gericht sofort Recht bekommen mußten. Da hat es durch Schulaufsichtsbeamte einen Boykott der Beschlüsse des Landtages gegeben.

(Hardt (CDU): Sind ja ungeheuerliche Behauptungen, die Sie da aufstellen!)

- Wollen wir dem nachgehen? Wir werden da bald fündig.

(Hardt (CDU): Ob der Kultusminister das deckt?)

(B)

- Wir werden da sehr schnell fündig!

Dann komme ich zur Kritik an der Ministerialbürokratie. Das ist natürlich immer besonders beliebt, und ich kann Ihnen da auch so ein paar schöne Geschichten erzählen. Vielleicht interessieren die Sie.

Erstens. Wir haben - das ist richtig - auch als sozialliberale Koalition in Bonn die Zahl der Staatssekretäre erheblich erhöht, um gut 20 %. Kaum sind Sie dran, packen Sie noch einmal 20 % oben drauf.

Nun will ich Ihnen mal etwas von der Kultusbürokratie erzählen. Da war eine schöne Geschichte. Wenn ich mir in der Arbeitsgruppe Personalbedarf und Stellenpläne den Organisationsplan des Kultusministeriums mal mit bloßem Auge angucke, dann komme ich als gemeiner Abgeordneter zu dem Ergebnis, daß da zwei Abteilungsleiter zuviel sind und daß man dies und das noch streichen könnte.

(Dautzenberg (CDU): Im MAGS auch!)

Wissen Sie, was da passiert ist? Der erste Einspruch gegen diese Analyse kam von der CDU. Warum? Da spekulierte einer, der dieser Partei angehörte, auf diesen Beförderungsposten.

(C)

Der zweite Einspruch kam vom Landesrechnungshof. Dem ging es zu weit, daß ein Abgeordneter so etwas mit bloßem Auge erkennt; da muß man doch Sachverstand dahintersetzen, möglichst fünf Leute, einen ganzen Senat, einen Senatspräsidenten, die das möglichst in ein bis zwei Jahren Arbeit gründlich analysieren. Wissen Sie, was denen dann eingefallen ist, nachdem sie ein Jahr lang untersucht hatten? - Im Kultusministerium sind zwei Abteilungen zuviel.

(Bensmann (CDU): Das ist doch was!)

- Herr Kollege, wenn wir als Abgeordnete uns ein bißchen mehr auf unseren gesunden Menschenverstand verlassen würden, wenn wir als Landtag ein bißchen mehr Selbstbewußtsein hätten - Sie sprachen die Arbeitsgruppe an -, dann kriegten wir manches in kurzer Zeit zuwege, wofür die Bürokratien mit 20 Leuten zwei Jahre brauchen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Deshalb, Herr Kollege, unterstütze ich das, was Sie hier kritisch zur aufgabenkritischen Stellenplananalyse angemerkt haben. Dies ist überhaupt keine Frage. Wenn Sie sagen, die neunmonatige Sperre wird als aufgabenkritisches Instrument nicht taugen, dann gebe ich Ihnen Recht. Das ist lediglich ein Mittel, um etwas zu sparen. Aber sie leitet noch nicht die notwendige aufgabenkritische Untersuchung ein; es mag sein, daß sie sie etwas erleichtert.

(D)

Ich habe, was ich ungern tue - aber das mußte ich in einem finanzpolitischen Debattenbeitrag machen -, erneut von der Last der Kohle, von der Last des Stahls gesprochen. Ich tue das deswegen so ungern, weil bei solchen Reden folgendes in Vergessenheit gerät: Die Kohle in Nordrhein-Westfalen wird von unter Tage mit einer Fördertechnik herausgeholt, die vom Technischen und vom Sicherheitstechnischen her Weltspitze darstellt.

(Dautzenberg (CDU): Unbestritten! Und es gibt zudem den Vorrang für die Steinkohle.)

Das ist das eine. Dies bedeutet auch, daß wir bei Erhaltung der Kohle in Nordrhein-Westfalen eine wichtige Exportbranche - nämlich den Maschinenbau für unter Tage - erhalten

(Trinius (SPD))

- (A) können. Es wird viele Länder geben, bei denen die Kohle so kompliziert liegt wie in Nordrhein-Westfalen, und es gibt nur wenige, wo man die Steinkohle im Tagebau abbauen kann; dies ist allgemein bekannt. Was wir also hier für die Kohle tun, kann auch der Exportindustrie insgesamt helfen.

Wir vertrauen auf die Innovationskraft in unserem Lande. Sie haben davon gesprochen, daß wir mit unserem Bruttosozialprodukt um etwa einen Punkt der durchschnittlichen bundesweiten Steigerungsrate hinterherhinken.

(Schauerte (CDU): Jährlich!)

Jahresdurchschnittlich etwa 1 Prozentpunkt. Wenn Sie dabei die Entwicklung bei Kohle und Stahl berücksichtigen, dann müssen Sie zu dem Ergebnis kommen, daß wir sehr leistungsfähige Branchen in Nordrhein-Westfalen haben müssen, die dafür sorgen, daß wir auch in Nordrhein-Westfalen eine Steigerung des Bruttosozialproduktes haben.

Wir haben Innovationskräfte aber auch bei der Kohle, auch beim Stahl. Wir setzen auf diese Kräfte, auf diese Qualität, die wir erreicht haben in der Forschung, bei unseren Facharbeitern und bei unseren Ingenieuren. Ich glaube, daß insgesamt - auch unter den Belastungen, unter denen wir stehen - Nordrhein-Westfalen stolz sein kann. Und Nordrhein-Westfalen hat gute Entwicklungsmöglichkeiten. Aber zu dem Stolz des Landes Nordrhein-Westfalen gehört auch der Anspruch, von Bonn endlich gerecht behandelt zu werden.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter.

Für die Fraktion der CDU hat nunmehr das Wort Herr Abg. Dr. Pohl. Bitte sehr, Herr Kollege!

Dr. Pohl (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Streckenweise hat man bei der Debatte und angesichts der Anwesenheit der Kollegen hier im Saal den Eindruck, die Agonie der Landesfinanzen habe sich auf die heutige Parlamentsdebatte übertragen: Nichts geht mehr; Frust greift um sich, Herr Posser! Längst vorbei sind die Zeiten, in denen Ihr Amtsvorgänger Halstenberg dem Parlament bei Einbringung des Landeshaushalts einmal sagte: Da habt ihr eine Milliarde DM zur freien Verfügung; stellt Erhöhungsanträge! Was meinen Sie, meine sehr verehrten Damen

und Herren, wie alle hier im Saal waren und wie alle die Ohren gespitzt haben!

(C)

Nichts geht aber auch mehr negativ! Denn, Herr Minister, verraten Sie mir einmal, wie Sie eigentlich angesichts dieser Schulden-situation im nächsten und im übernächsten Haushalt weiter kürzen wollen. Auch negativ sind Sie am Ende, nachdem Sie diesem Haushalt versuchsweise so viele Kürzungen in Einzeltiteln zugemutet haben.

Damit sind wir bei der Schuldenentwicklung. Einer Ihrer Vorgänger, Herr Minister Posser, hat hier ein Zitat gebraucht. Sie haben 1966 im Landtagswahlkampf gesagt: "Wählt SPD, und wir sind in Nordrhein-Westfalen über den Berg!" Damals hat Ihnen der Finanzminister Pütz entgegengehalten: Die finanzpolitische Talfahrt wird beginnen. Und wie recht hatte der Mann! Denn heute kann ich nur sagen: Wir sind ins Berglose gefallen, Herr Minister!

(Zustimmung bei der CDU)

Nehmen wir doch einmal die Entwicklung, Herr Schleußer:

1966 Wachablösung von Meyers durch Herrn Kühn - Landesverschuldung: 600 Millionen DM. 1978 Wachablösung Kühn durch Herrn Rau - 28 Milliarden DM Landesverschuldung. Heute, Herr Minister Posser: Rau nach 10 Regierungsjahren Ende 1988 100 Milliarden DM Verschuldung! Da kann ich nur sagen: Inzwischen hat die Verschuldung unseres Landes die galoppierende Schwindsucht bekommen. Und ich habe nichts gehört, Herr Finanzminister, wie Sie diese Schwindsucht heilen wollen, die unseren Landeshaushalt heute kennzeichnet.

(D)

Da sagen Sie, Herr Minister - ich habe es vielleicht gehört; nur ist das völlig irrelevant -, das sei Fremdvverschulden: die Kohle, der Länderfinanzausgleich, die Steuerreform. Nehmen wir das doch einmal alles in allem! Kohle: 13 Milliarden Mark; Länderfinanzausgleich - ich nehme Ihre eigenen Angaben -: 700 Millionen Mark; Steuerreform bis heute - nicht die von morgen; denn das tun Sie ja immer gern, das Versagen von heute mit dem Hinweis auf die Zukunft zu bemänteln: - 1,5 Milliarden Mark. Das sind 15 Milliarden Mark. Buchen wir die auf die Seite "Fremdvverschulden", und stellen wir dem einmal die 100 Milliarden Verschuldung des Landes gegenüber, die wir Ende 1988 haben! Da kann ich nur sagen: ganz weit überwiegend hausgemacht, Eigenverschulden! Diese Landesregierung muß sich an die eigene Nase greifen.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) Dann wird gesagt, Herr Finanzminister: Wir haben konsolidiert.

(Zurufe des Abg. Mernizka (SPD))

Darf ich Ihnen einmal schildern, wie das ging? Finanzminister Wertz im Frühjahr 1975 - schade, der Kollege Grätz ist nicht da - bei der Verabschiedung des ersten Weiterbildungsgesetzes des Landes, das uns Weiterbildungsausgaben beschert, die größer sind als die Summe der Weiterbildungsausgaben aller deutschen Bundesländer, Wertz also damals zu den eigenen Freunden von der SPD-Fraktion: "Wir müssen konsolidieren; das kann ich nicht verantworten!" Schuldenstand 1974: 11,2 Milliarden DM.

Halstenberg nach der Landtagswahl 1975: "Wir werden konsolidieren." Schuldenstand Ende 1975: 16,9 Milliarden DM.

Posser, Herr Minister, nach Ihrem Amtsantritt 1979: "Wir werden konsolidieren." Schuldenstand Ende 1979: 30,8 Milliarden DM.

Herr Minister Posser im Mai 1981 in der Sondervorlage für die Kabinettsondersitzung am Wochenende: "So geht es nicht weiter; wir müssen konsolidieren. Die Schulden sind hausgemacht!" 33 Maßnahmen wurden im einzelnen aufgezählt. Was ist geschehen? Schuldenstand Ende 1981: 50,3 Milliarden DM.

- (B) Posser-Brief im August 1985: "Wir kommen in die Lage der Schuldenländer Polen, Mexiko, Brasilien!" Schuldenstand Ende 1985: 82,4 Milliarden DM.

Posser heute, bei der letzten Vorlage des Landeshaushalts durch ihn: Ende 1988 Schuldenstand 100 Milliarden DM. - Herr Minister, die Konsolidierungspolitik dieser Landesregierung ist gescheitert!

(Zustimmung bei der CDU)

Ja, so sieht das aus! So sehen die Fakten aus. Da brauchen wir nicht immer drum herumzureden.

(Hunger (SPD): Sie machen falsche Rechnungen auf!)

Nun kommen die Personalausgaben. In den siebziger Jahren, Herr Minister, haben Sie gesagt: Wir mußten einstellen. Ich habe Ihnen schon als Zwischenruf entgegengehalten: Sie mußten nicht. Wir hätten, wie das teilweise auch in diesem Hause vorgeschlagen worden ist, durch Änderungen dieser sogenannten Leistungsgesetze Veränderungen herbeiführen können - darauf komme ich gleich noch zu-

rück -; aber auch Vorschläge in anderen Bereichen der Landespolitik, Personalkosten einzusparen - Privatisierungsanträge, Entbürokratisierungsanträge, Rationalisierungsanträge -, sind vom Tisch gefegt worden. Man wollte sie ideologisch nicht; denn die Staatsquote mußte ja hochgetrieben werden, Herr Kollege Schleußer. Wieso sollen wir Staatsaufgaben privatisieren, entbürokratisieren? Großes Ellwein-Gutachten! Nichts als heiße Luft, keine Konsequenzen! Und Rationalisierung der Landesverwaltung? Jetzt - Herr Kollege Burger ist im Moment nicht da - geben wir uns wieder Mühe. In den siebziger Jahren haben Sie gesagt: Das darf der Landtag nicht - Hoheit der Landesregierung.

Und zwischen 1980 und 1985? Keine Gruppe "Personalbedarf und Stellenpläne". Die hatte man ja gar nicht mehr nötig. Man hatte die absolute Mehrheit, Kollege Reinhold Trinius. Man konnte verfahren, wie es einem politisch in den Kram paßte. Es wurde erhöht. Mahnungen wurden in den Wind geschlagen.

Angeichts dieser Tatsache habe ich kein Verständnis dafür, daß Sie auf Zwangsläufigkeiten und Notwendigkeiten verweisen, während Sie selbst keinerlei Anstrengungen unternommen haben, die Personalausgaben zu beschränken.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, gleich zum Landeshaushalt im übrigen! Zunächst jedoch möchte ich noch auf die immer wieder vorgebrachte Mär erwidern, die Erhöhungsanträge der Union hätten zu noch mehr Ausgaben geführt.

(Schleußer (SPD): Das steht doch alles in Drucksachen; das kann man nachlesen!)

Mit dieser Mär hat schon Herr Farthmann in einer der letzten Debatten hier im Landtag begonnen. Er hat sie dann im Landkreistag in Bergisch-Gladbach vor 14 Tagen wiederholt - wider besseres Wissen; ich habe ihm die Sache nämlich schon einmal schriftlich gegeben. Diese Mär greift jetzt Herr Posser zum zweiten Mal auf.

(Dautzenberg (CDU): Das hatte er vergessen!)

Da ich ja um Integrität besorgt bin und Sie, Herr Finanzminister, immer Wert auf Integrität legen, wie ich sie Ihnen auch zolle: Wenn Sie noch einmal hier Erhöhungsanträge der Union zitieren, und zwar Jahrgang für Jahrgang, dann bitte ich Sie darum, jedesmal zugleich auch die Deckungsanträge der Union aus

(C)

(D)

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) denselben Haushalten ziffernmäßig darzulegen. Dann werden Sie nämlich feststellen, daß die Anträge insgesamt entweder nicht zu einer Erhöhung geführt oder die vorgesehene Anhebung unterschritten hätten.

(Schleußer (SPD): Das ist falsch, was Sie da sagen! - Zustimmung bei Abgeordneten der SPD - Lebhafter Widerspruch bei der CDU - Unruhe)

- Regen Sie sich bitte nicht auf! Ich spreche Herrn Farthmann und Ihnen, Herr Posser, bei Wiederholung dieser Behauptungen die Wahrfähigkeit ab! Ich werde darüber eine Dokumentation erstellen, da ich das leid bin. - Sie müssen es jetzt besser wissen. Ich sage dies heute zum dritten Mal von dieser Stelle aus, und ich wiederhole: Ich werde es dokumentieren.

(Lebhafte Zurufe von der SPD - Gegenrufe - Unruhe)

- Es kommt noch besser, meine Damen und Herren!

(Schleußer (SPD): Besser kann es gar nicht mehr kommen! - Lachen bei der CDU - Erneut Unruhe)

Zu den Bemühungen der Opposition seit 1970! - Es fängt - mir liegt hier das Archiv-Originalexemplar vor - am 22. November 1971 an. Mein verehrter verstorbener Kollege Helmut Kumpf - hier steht noch seine Unterschrift! - schrieb sinngemäß: Angesichts der drohenden Entwicklung der Landesfinanzen macht die Union den Vorschlag, Position um Position eine Kürzung um insgesamt 1 Milliarde DM vorzunehmen. - Wir sind deshalb verlacht worden in diesem Hohen Hause, weil man uns entgegengehalten hat: Was wollt Ihr denn? Es geht doch immer weiter so mit dem Wachstum! Wir wollen verteilen, aber wir wollen doch nicht kürzen!

(Beifall bei der CDU - Dautzenberg (CDU): So einfach war das damals! - Weitere Zurufe)

Ich muß das fortsetzen; wir sind noch lange nicht fertig! - Dann kommt der Antrag der Fraktion der CDU vom 3. Februar 1976; dabei geht es um die Vorlegung eines Haushaltsversicherungsgesetzes und eines Sparhaushalts, Herr Minister. - Herr Präsident, ich darf mit gültiger Erlaubnis einige Sätze zitieren:

Bund, Länder und Gemeinden haben im Jahre 1975 Haushaltsdefizite von rund 75 Milliarden DM mit Krediten ausgleichen müssen. Auch das Land Nordrhein-Westfalen wächst geradezu in eine folgenschwere

Schuldensituation hinein. Das Land wird Ende 1976 eine Gesamtverschuldung von ca. 23 Milliarden DM zu tragen haben.

- Was waren das, wenn man es unter heutigen Aspekten betrachtet, noch schöne Zeiten! -

In Sorge um die sich weiter abzeichnende finanzpolitische Entwicklung des Landes bietet dieser Antrag eine Grundlage, auf der alle Fraktionen des Landtags und die Landesregierung den Beginn eines durchgreifenden Versuchs zur Sanierung der Staatsfinanzen unternehmen können.

Unser Vorschlag war: Änderung der Leistungsgesetze - 500 Millionen DM; Kürzung einzelner Haushaltstitel - 500 Millionen DM.

(Zuruf des Ministers Dr. Posser)

- Ja, lieber Herr Posser, und dann wollen Sie angesichts dieser ganzen Darlegungen sich immer noch hier hinstellen und erklären: Die Union hat nur Erhöhungsanträge gestellt.

(Frau Friebe (SPD): Hat sie auch!)

Das hätte es noch weit schlimmer gemacht, wenn das im Einzelfall nicht unzutreffend gewesen wäre. Und ich wiederhole: Generelle Bemühungen sind hier auf allgemeines breites Lachen gestoßen. - Ich sehe noch den hochverehrten Herrn Regierungspräsidenten Antwerpes - damals stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD -, der meinte: Das machen wir jetzt nicht bei der zweiten Lesung; dazu haben wir keine Zeit. Das machen wir vielmehr bei der dritten Lesung! - Und dann, Herr Posser, kam Ihr Amtsvorgänger, Herr Halstenberg, und erklärte: Das haben wir angesichts des Wachstums des Landes Nordrhein-Westfalen und der Konsolidierung seiner Staatsfinanzen überhaupt nicht nötig! - Auf diese Weise sind wir "abgeschmiert" worden, Herr Minister! Das sind Fakten, sind Tatsachen, mit denen Sie sich einmal vertraut machen sollten.

(Beifall bei der CDU - Lachen und Zurufe von der SPD)

Nun zum Landeshaushalt im übrigen! Herr Minister, ich halte diesen Haushalt, was die Frage der Nettokreditaufnahme betrifft, für zumindest verfassungsbedenklich. Ich bin auch der Meinung, daß der Haushalt finanzpolitisch hilflos und ohne Perspektiven ist.

Verfassungsbedenklich! - Sie sehen eine Nettokreditaufnahme von 5,615 Milliarden DM vor. Sie haben ein Investitionsvolumen von 5,745 Milliarden DM. Die nach der Verfassung

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) gebotene Grenze ist hiernach knapp um 130 Millionen DM überschritten.

(Minister Dr. Posser: Nach der Einbringungsrede!)

- Ja, nach der Einbringungsrede. Ich teile die Bedenken des Kollegen Schleußer im Hinblick auf die Investitionsquote überhaupt. Hier haben wir einen Tiefpunkt erreicht, der meines Erachtens angesichts der konjunkturellen Lage unseres Landes nicht mehr zu verantworten ist, Herr Minister. Auch dies müssen wir uns sagen.

(Minister Dr. Posser: Und wie ist es beim Bund?!)

- Ich kritisiere dies generell für die öffentlichen Haushalte, aber speziell für unseren Haushalt.

Herr Finanzminister, müssen wir nicht auch die Kreditaufnahme für die Nebenhaushalte mit einbeziehen, wenn wir Verfassungsgrenzen betrachten? Hier erscheint mir das Verfassungsbedenken zu bestehen, Herr Kollege Trinius, nämlich ob wir nicht, wenn wir andere Kreditaufnahmen für Nebenhaushalte mit betrachten, über die verfassungsmäßig zulässige Grenze in unserem Haushalt hinauskommen.

- (B) Lieber Reinhold Trinius, wenn Sie sich eben darüber ereifert und damit auseinandergesetzt haben, daß der Bund hier etwas Falsches tue, was er nicht dürfe, dann kann ich darauf nur erwidern: Man sollte auch in diesem Fall nicht immer wieder auf die Dritten verweisen, sondern sich an die eigene Nase fassen, wenn man solche Anschuldigungen in Richtung auf Bonn erhebt. Dann können wir ja gemeinsam im Haushalts- und Finanzausschuß dafür sorgen, daß das geändert wird.

(Zurufe der Abgeordneten Schleußer (SPD) und Dautzenberg (CDU))

Weiteres Stichwort: Hilflös! - Herr Finanzminister, es gibt nichts Schöneres zu studieren als die mittelfristige Finanzplanung. Ich habe mir die entsprechenden Zahlen aus den Jahren 1980 bis 1987 einmal fotokopiert. Diese Fotokopien, Herr Finanzminister, wollte ich Ihnen eigentlich im Anschluß an meine Rede schenken; dann brauchen Sie sich das nicht vervielfältigen zu lassen.

Wissen Sie, was Sie darin immer wieder feststellen werden? In dieser Miffrifi steht immer, die Schuldenaufnahme des jeweiligen Jahres müsse eine bestimmte Höhe haben: acht Milliarden, neun Milliarden, zehn Milliarden DM.

(C) Und dann kommt die Perspektive, liebe Kolleginnen und Kollegen: Jahr für Jahr - mit guten Vorsätzen ist ja bekanntlich der Weg zur Hölle gepflastert - geht das dann nach unten. Wenn man dann das nächste Jahr, das übernächste Jahr und das darauffolgende Jahr wieder darauflegt, findet man, daß die Treppenstufe jeweils ein Jahr weiter hochgelegt worden ist, daß aber die berühmte Konsolidierung, die am Schluß kommen soll, nie eintritt. Sie tritt auch jetzt wiederum nie ein, Herr Minister, und deshalb muß ich Ihnen sagen: Auch aus diesem Grunde sind Ihre Konsolidierungsbehauptungen für mich nicht glaubwürdig. Ich sage ganz offen, Herr Trinius: Die mittelfristige Finanzplanung als Instrument: Also, bitt' schön die können's halt vergessen! Sie ist für die Frage, was das Land finanzpolitisch für die Zukunft wirklich will, praktisch eine Nullaussage.

Damit sind wir bei der Perspektivlosigkeit. Über die Haushaltsstrukturreform - und diese fehlt - ist ja schon gesprochen worden. Herr Kollege Dorn hat darauf hingewiesen, Herr Kollege Riemer wird das sicherlich gleich noch beim Gemeindefinanzierungsgesetz tun. Aber da hatten wir doch die große Untersuchung der Staatskanzlei über die Bevölkerungsentwicklung im Lande Nordrhein-Westfalen und über die Konsequenzen, die wir daraus ziehen sollen, Herr Kollege Trinius, Herr Kollege Schleußer, Herr Posser. Ich kann nur feststellen: Zur Finanzpolitik findet sich dort keine Aussage, und in den übrigen Bereichen haben wir ein Sammelsurium von Feststellungen und angeblichen Maßnahmen, die aber kein politischer Maßnahmenkatalog sind. Deshalb mache ich hier und heute die Aussage: Sie sind finanzpolitisch hilflos, und Sie sind landespolitisch perspektivlos, meine Damen und Herren von der Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

(D) Und dann sagen Sie, Herr Posser - und Herr Trinius schließt sich dem an -: Entschlossenes Handeln der Union in Bonn ist erforderlich! Herr Trinius hat eben unseren Antrag von 1981 zitiert. Ich habe noch im Ohr, was Sie uns damals gesagt haben, Herr Posser, als wir das mit dem Kohledrittel in die Diskussion brachten: Das geht nicht in Bonn, das ist überhaupt nicht möglich, das können wir nicht umsetzen, im übrigen sagen die Bonner, das müßten wir bei den anderen Ländern mit einklagen. - Das haben Sie mir damals erwidert; daran kann ich mich noch genau erinnern. Und jetzt stellt sich Herr Posser hier hin: Es muß Schluß sein mit dem immerwährenden Verweis von Bonn auf die Länder und von den Ländern wieder zurück auf das Land Nordrhein-Westfalen! - Herr

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) Minister, Sie haben doch im Jahr 1981 das gleiche getan,

(Minister Dr. Posser: Nein!)

und ich bin der Meinung, wir sollten uns jetzt tatsächlich um gemeinsames Handeln gegenüber Bonn bemühen. Wir haben hier keinen Nachholbedarf, Herr Minister, gar keinen Nachholbedarf. Wir haben Ihnen Zusammenarbeit beim Länderfinanzausgleich angeboten, wir haben mehrere Stunden gemeinsam gesessen und überlegt, wie wir die Sache auf die Reihe bringen können, wir haben - zuletzt noch der Brief unseres Landesvorsitzenden Norbert Blüm - in Sachen Stahl und Kohle um Hilfe an die anderen Ministerpräsidenten appelliert, und wir werden uns in unserem Eintreten für das Land gegenüber dem Bund durch niemanden übertreffen lassen.

Und jetzt: Vorschläge! - Jetzt machen wir einmal einen Vorschlag, wie man das Wachstum im Lande bei fehlendem Geld mittels Geld - das ist fast ein Gegensatz - anstacheln kann. Mein Kollege Schauerte und meine Fraktion schlagen eine Landesstrukturbank vor, wir machen einen detaillierten Vorschlag. Was erfährt dieser Vorschlag? Das gleiche Schicksal wie die Kürzungsanträge aus den 70er Jahren! Es ist natürlich alles Unsinn, was die Opposition vorschlägt, das macht die WestLB alles viel besser!

- (B) (Minister Dr. Posser: Wir wollen doch im Ausschuß darüber reden!)

- Herr Minister, wenn diese Landesregierung nicht bereit ist, konstruktive Anregungen der Opposition zum Nutzen unseres Landes aufzugreifen, dann bestreite ich der Landesregierung und der Mehrheitsfraktion das Recht, die Opposition negativ zu schelten und der Opposition vorzuhalten, sie sei destruktiv und helfe nicht beim Wiederaufbau dieses Landes.

(Beifall bei der CDU)

Der Ministerpräsident - das weist der Schuldenstand aus - ist finanzpolitisch am Ende. Der Ministerpräsident ist angesichts dieses Landeshaushalts hilflos und ohne Perspektive. Herr Minister Posser, Sie sind - das hat mein Kollege Leo Dautzenberg schon gesagt - eine Persönlichkeit, die zerrissen ist zwischen Einsicht und Notwendigkeit auf der einen Seite und den ideologischen Zwängen und Forderungen der Partei und der Führungslosigkeit des Ministerpräsidenten auf der anderen Seite. Dies nennt man eine tragische

Persönlichkeit. Ich bedaure, daß Sie eine solche sind, Herr Posser. (C)

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Frau Abg. Thoben für die Fraktion der CDU das Wort.

Frau Thoben (CDU): Herr Präsident, ich möchte nur, wenige Anmerkungen zu einigen Äußerungen des Herrn Trinius und zur Einlassung von Herrn Posser machen.

Herr Trinius, zum Programm Zukunftsinitiative Montanregionen haben Sie natürlich folgende Information hier nicht vorgetragen: Der Beitrag des Landes im Rahmen dieses Programms ist laut Ausweis des vorgelegten Haushalts rund 100 Millionen DM, aber knapp 80 Millionen dessen, was Sie als Landesbeitrag definieren, wollen Sie anderen Regionen wegnehmen. Das sollten Sie mit vortragen, wenn wir hier darüber debattieren, was Sie tatsächlich für die Regionen tun und zu wessen Lasten das geht.

Daß die Einnahmeseite völlig ungeklärt ist, daß nämlich 333 Millionen DM in der Luft hängen, während Sie im Land alle Arbeitsloseninitiativen, evangelischen Kirchen, Kommunen, Verwaltungsstellen auffordern, Wunschlisten zu Weihnachten zusammenzustellen, um dann Anfang November der staunenden Öffentlichkeit zu sagen, was alles hier im Land passieren würde, wenn man doch nur jemanden hätte, der es bezahlen kann, das ist nicht die Art von Gemeinsamkeit, die wir im März hier im Landtag beschlossen haben. (D)

(Beifall bei der CDU)

Wir werden morgen ausreichend Gelegenheit haben, dazu im Rahmen anderer Anträge, die zur Debatte stehen, Stellung zu nehmen.

Zu Ihrer Einlassung über die Kohlesubventionen! Mir ist die von Ihnen genannte Zahl völlig unverständlich. Der jüngst von der Landes- und der Bundesregierung unter - das darf ich in aller Bescheidenheit hinzufügen - kräftiger Beihilfe der Opposition verlängerte Hüttenvertrag schreibt eine Finanzierung von zwei Dritteln zu einem Drittel fest. Wie die Größenordnungen, von denen Sie hier gesprochen haben, zustande kommen - legte man sie zugrunde, würde das Land sehr viel mehr als ein Drittel zahlen -, sollten Sie der staunenden Öffentlichkeit vielleicht noch einmal vortragen.

(Trinius (SPD): Die Zahlen sind alle aus dem Haushalt zu ersehen!)

(Frau Thoben (CDU))

- (A) - Wir werden sie uns im Rahmen der Haushaltsberatungen einmal aus der Nähe anschauen.

(Trinius (SPD): Sie reden im Augenblick nur von der Kokskohlenbeihilfe!)

- Die Kokskohlenbeihilfe steht auch nach Ansicht des Finanzministers zur Debatte, wenn er das Land bei der Mitfinanzierung der Kohlepolitik als überfordert ansieht. Anders habe ich ihn nie verstanden.

Herr Finanzminister, das Gesetz über die Zweckbindung der Heizölsteuer ist zu einem Zeitpunkt verändert worden, als Sie hier im Lande regiert haben und die SPD in Bonn die Regierungsverantwortung trug.

(Minister Dr. Posser: 1971!)

Das heißt also, der Veränderung der Zweckbindung,

(Minister Dr. Posser: Erweiterung!)

der Erweiterung der Zweckbindung haben Sie damals auf Bundesebene zugestimmt und aus der Sicht des Landes offensichtlich auch nicht widersprochen.

(Minister Dr. Posser: Weil damals das in die Bundeskasse fließende Aufkommen aus der Heizölsteuer viel höher war als die Ausgaben für die Steinkohle.)

- (B) - Ich möchte daran Fragen anschließen.

Nun frage ich Sie: Welche Art der erweiterten Zweckbindung würden Sie heute ablehnen? Sind Sie dagegen, daß aus dem Heizölsteuer-aufkommen Energieeinsparung gefördert wird? Sind Sie dagegen, daß aus dieser zweckgebundenen Steuer der Fernwärmeausbau mit finanziert wird? Sind Sie als Finanzminister dieses Landes tatsächlich dagegen, daß die Energieforschung und die Energietechnologieförderung in diesem Bereich aus diesem Topf weiter finanziert wird? Sollte das der Fall sein, dann tragen Sie das bitte hier vor; denn von diesen Mitteln hat Nordrhein-Westfalen in erheblichem Umfang profitiert. Die Leute, die die Mittel verwenden und damit Arbeitsplätze sichern, hätten die Aussage von Ihnen dann auch sehr gern. Dann können wir die anderen Dinge weiter erörtern.

Das Aufkommen aus dieser Steuer betrug, wenn wir nur die letzten Jahre 1980 bis 1987 nehmen, nach meiner Information 6,6 Milliarden DM. In demselben Zeitraum betrugen allein die Hilfen für die Steinkohle auf Bundesebene 16,8 Milliarden DM. Das heißt,

wenn es in einzelnen Jahren vorübergehend rechnerisch Einnahmeüberschüsse des Bundes gab - das will ich gar nicht bestreiten -, so haben Sie insgesamt einen Aufwand des Bundes für die Steinkohle, der sich, wie ich glaube, nicht nur sehen lassen kann, sondern der in einer Größenordnung liegt, daß wir alle gemeinsam ein Interesse daran haben sollten, in Zukunft möglichst viel davon zu erhalten.

(Zustimmung bei der CDU)

Deshalb trage ich das heute hier vor. Wir sind im Steinkohlenbergbau in einer so kritischen Situation - das wissen Sie sehr gut -, daß wir alles unterlassen müssen, anderen Bundesländern oder sonstigen Leuten mit anderen Interessen auch noch zusätzliche Argumente dafür zu liefern, daß wir als Land das Interesse an der Kohle verlieren.

(Minister Dr. Posser: Sie unterstützen uns ja neuerdings!)

Ich sage Ihnen, Herr Posser: Wenn es einen ungeeigneten Augenblick in der Geschichte des Landes gibt, um in Sachen Kohle die Mitverantwortung des Landes in finanzieller Hinsicht in Frage zu stellen, dann ist es der Sommer 1987.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich warne Sie sehr vor dieser Argumentation zum jetzigen Zeitpunkt.

Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

Es liegt ja auf der Hand, daß der finanzielle Ruin unseres Landes unabweisbar kommen muß, wenn sich da nicht jetzt wirklich in vorgerückter Stunde etwas ändert. Am Rande des Reviers stellt sich nicht nur für uns im Niederbergischen die Frage, wie wir in den nächsten Jahren finanziell über die Runden kommen. Wir sind verpflichtet, auch an die nächste Generation zu denken. Zur Sicherung und Verbesserung der Chancen der Ungeborenen müssen wir zu auch unpopulären Entscheidungen bereit sein.

Das Zitat lautet weiter:

Die Alternative kann auf dem Hintergrund der Eröffnungen von Johannes Rau und Diether Posser nur lauten: Die Kohlevorrangpolitik wird aufgegeben, wenn Nordrhein-Westfalen mit seiner Subventionierung allein gelassen wird. Oder: Sie wird fortgesetzt, wenn Bund und Bundesländer sich gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen zu gleichen Teilen auch materiell für die Kohlevorrangpolitik engagieren.

(C)

(D)

(Frau Thoben (CDU))

- (A) Herr Posser, ein Antrag eines SPD-Ortsverbandes für Ihren kommenden Parteitag! Mich würde interessieren, wie er beschieden wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Letzte Anmerkung! Herr Rau hat Herrn Blüm Unterstützung für den Brief angeboten, den Herr Blüm den Ministerpräsidenten in Sachen Kohlepolitik geschickt hat. Er hat ihn begrüßt. Ich möchte Ihnen empfehlen - und wäre dann auch sehr gespannt, was passiert -: Stellen Sie ihn doch auf Ihrem Parteitag zur Abstimmung!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, zum Haushaltsgesetz selbst liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir wenden uns jetzt der Beratung des Gemeindefinanzierungsgesetzes zu. Ich erteile zunächst Herrn Abg. Dr. Riemer zur Begründung des Gesetzentwurfs der F.D.P.-Fraktion das Wort.

Dr. Riemer (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! "Alle Jahre wieder, und jedesmal schlimmer", kann man eigentlich nur sagen, wenn man das Gemeindefinanzierungsgesetz 1988 und die damit verbundenen Eingriffe in die Gemeindefinanzen sieht. Das Gemeindefinanzierungssystem ist für die Landesregierung zu einer Trickkiste geworden. Selbst alte Hasen sind überrascht und staunen ungläubig, was die Landesregierung Jahr für Jahr - mit gewaltigem Wortgeklänge! übrigens und verschleiern den Wortgebärden - immer wieder daraus hervorzaubert. Kein Kämmerer in Nordrhein-Westfalen steht mit seiner Finanzplanung auf einem festen Boden. Viele haben das Gefühl, sie drehen sich in einem Karussell mit zunehmender Geschwindigkeit,

(B)

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

und es sei nur eine Frage der Zeit, wann sie in hohem Bogen herausgeschleudert würden.

Meine Damen und Herren, es ist höchste Zeit, ja längst überfällig, daß wir uns im Interesse der kommunalen Selbstverwaltung von einem Finanzausgleich verabschieden, der von der Landesregierung selbst als ultrakomplex bezeichnet wird. Wir müssen uns von einem Finanzausgleich verabschieden, der vom Verfassungsgerichtshof des Landes mit erhobenem Zeigefinger gerügt wird, und zwar mit dem Bemerkten, der Finanzausgleich dürfe nicht allein nach Gründen politischer Zweckmäßigkeit gestaltet werden. Allein die kaum zählbaren Probe- und Simulationsrechnungen, die jedes Jahr von der Landesregierung im Vorfeld und auch nach der Einbringung des

Gemeindefinanzierungsgesetzes veranstaltet werden, hätten schon Anlaß sein müssen, dieses System abzuschaffen. (C)

Meine Damen und Herren, wie brauchen im Bereich des Finanzausgleichs einen grundsätzlichen Neuanfang.

Die Regierung und die Mehrheitsfraktion reden immer so viel von der ökonomischen und ökologischen Erneuerung des Landes. Dabei ist wenig oder nur Widersprüchliches darüber zu hören, daß besonders auch der Staat, seine Aufgabenstellung, Organisation und Funktion,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

insbesondere aber auch sein Verhältnis zu den Gemeinden und das Verhältnis der Gemeinden untereinander und deren Verhältnis zu ihren Bürgern in den Erneuerungsbereich gehören. Land und Gemeinden sind mit ihrer Organisation und Funktion nicht nur mitten drin im Erneuerungsbereich, sondern ihre Erneuerung ist Voraussetzung für eine innovative Politik des Landes überhaupt, und die wichtigste, einschneidendste Erneuerung wäre natürlich eine neue und andere Regierung!

Was wir brauchen, ist ein effektives, innovatives, flexibles und dynamisches Verwaltungs- und Politiksystem, das die Potentiale dieses Landes erschließen kann, und das bedeutet im wesentlichen, die Voraussetzungen und Möglichkeiten für die Entfaltung des Bürgers zu schaffen. Wer die Potentiale dieses Landes erschließen will, muß unten anfangen. Nur wenn sich die Bürger in den Gemeinden gemeinsam entfalten können, und wenn es den Gemeinden des Landes gutgeht, dann - und nur dann - kommt auch das Land voran. (D)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Gerade deshalb ist das Thema der Gemeindefinanzen so wichtig. Das jetzige System ist im Laufe der letzten Jahre undurchschaubar, verwachsen und durch Manipulationen deformiert worden. Die Gemeinden sind immer mehr zu unteren Verwaltungsstellen des Landes geworden, die zur Disposition der Regierung stehen und deren Finanzen als Reservekasse des Landes mißbraucht werden.

Wir dagegen, meine Damen und Herren, sind der Meinung, die Gemeinden haben eine eigenständige Position auch gegenüber dem Land. Dies ist eine Rechtsposition, und aus dieser Rechtsposition ergeben sich auch Rechte der Gemeinden gegenüber dem Land.

(Zustimmung bei der F.D.P.)